



MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Der neoliberale Staat in der Krise der sozialen Reproduktion
Eine Analyse des Staatsverständnisses im wissenschaftlichen
Diskurs zur Krise der sozialen Reproduktion

verfasst von | submitted by
Marie Sophie Höfel B.A.

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2024

Studienkennzahl lt. Studienblatt | Degree
programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von | Supervisor:

Mag. Dr. Marion Löffler Privatdoz.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Theoretischer Hintergrund und Forschungsstand	3
2.1 Soziale Reproduktion	3
2.2 Feministisch-materialistische Staatstheorie	10
2.3 Die Krise der sozialen Reproduktion	26
3. Analyse	29
3.1 Methode	29
3.2 Analysematerial	31
3.3 Diskursanalyse	50
3.3.1 <i>Diskursfragmente und Diskurspositionen</i>	51
3.3.2 <i>Diskursstränge</i>	67
3.3.3 <i>Ergebnisse</i>	70
3.4 Analyse der staatstheoretischen Positionen im untersuchten Diskurs	72
4. Auswertung und Fazit	77
4.1 Auswertung	77
4.2 Fazit	80
Literatur	82
Abstract	87

1. Einleitung

Das Anliegen der vorliegenden Arbeit ist es, die Rolle des (neoliberalen) Staates in der aktuellen Krise der sozialen Reproduktion zu beleuchten. Dabei soll untersucht werden, inwiefern sich im wissenschaftlichen Diskurs zu dieser aktuellen Krise Verständnisse dieser Rolle identifizieren lassen, die Leerstellen bzw. blinde Flecken oder Unter-Thematisierungen der feministischen Staatstheorie aufzeigen.

Ich habe mich in der Vergangenheit bereits mehrfach mit der sogenannten Krise der sozialen Reproduktion beschäftigt und mich dabei immer wieder gefragt, welche Position darin dem (kapitalistischen) Staat zukommt. Verschiedene (feministische) Theoretiker*innen, wie beispielsweise Gabriele Winker oder Nancy Fraser, sehen die Krise der sozialen Reproduktion in der widersprüchlichen Rolle sozialer Reproduktion im (modernen) Kapitalismus begründet. In „Solidarische Care-Ökonomie“ beschreibt Winker diese Widersprüchlichkeit folgendermaßen:

„Für die Verwertung des Kapitals ist es also nicht nur wichtig, dass Arbeitskraft reproduziert wird, sondern auch, dass diese Reproduktion möglichst kostengünstig stattfindet. Wie dies konkret passiert [...] ist in der Logik des kapitalistischen Verwertungsprozesses weitgehend unbedeutend. Entscheidend ist, dass erstens Arbeitskraft in möglichst hohem Umfang zur Verfügung steht, dass Beschäftigte zweitens gleichzeitig durch nicht entlohnte Sorgearbeit die Reproduktionskosten der Arbeitskraft gering halten, dass sie drittens dafür sorgen, dass ihre Arbeitskraft [...] rentabel einsetzbar ist, und dass sie viertens ihre Kinder als Arbeitskräfte von morgen großziehen und sich auch um unterstützungsbedürftige ehemalige Arbeitskräfte kümmern.“ (Winker 2021, 73)

In dieser Widersprüchlichkeit liegt Fraser zufolge die Wurzel der aktuellen Krise sozialer Reproduktion bzw. Care-Krise, denn das Leisten von Reproduktionsarbeit beruhe zwar nach wie vor auf vergeschlechtlichter Arbeitsteilung, doch die Idealvorstellung und das Ziel im modernen Finanzkapitalismus sei die Integration aller (also auch Frauen*) in die Produktionssphäre, weshalb das Leisten von Reproduktionsarbeit gesellschaftlich abgewertet werde (vgl. Fraser 2017: 33ff.). Durch diese zunehmende Integration von Frauen* in die Produktionssphäre entstehen Fraser zufolge im globalen Norden und Westen „Sorgelücken“, die unter anderem durch den Zugriff auf migrantische Arbeitskraft aus dem globalen Süden und besonders Osteuropa gedeckt werden sollen, wodurch sogenannte „global care chains“ entstehen (vgl. ebd., 34). Für mich stellt sich bei diesen Analysen von Fraser und Winker die Frage nach der Rolle des (kapitalistischen) Staates sowohl bei der widersprüchlichen Position von Reproduktionsarbeit im (modernen) Kapitalismus, als auch bei Maßnahmen die

vermeintlich die Symptome der daraus folgenden Krise bekämpfen sollen (z.B. Care-Migration), dabei allerdings die Krise nicht lösen, sondern nur verschieben.

Um die Rolle des Staates in der Krise der sozialen Reproduktion untersuchen zu können, soll der wissenschaftliche Diskurs zu dieser Krise analysiert werden, um dabei herauszufinden, wie der Staat in diesem Diskurs thematisiert wird. Dabei sollen folgende Forschungsfragen beantwortet werden: „Wie wird der Staat im wissenschaftlichen Diskurs zur Krise der sozialen Reproduktion thematisiert? Inwiefern kann dieses Staatsverständnis mit der feministisch-materialistischen Staatstheorie erklärt werden?“. Ich habe mich dafür entschieden hier die feministisch-materialistische Staatstheorie zu verwenden, da die Krise, wie bei Winker und Fraser erläutert, in der Situation sozialer Reproduktion im kapitalistischen Verwertungsprozess begründet liegt. Meiner Meinung nach bietet die feministisch-materialistische Staatstheorie die beste Möglichkeit, um den Zusammenhang von Geschlechterverhältnissen, kapitalistischer Produktionsweise und dem Staat zu beleuchten, was meiner Meinung nach auch zentrale Einflüsse auf die gesellschaftliche Organisation sozialer Reproduktion sind.

Im Rahmen der Analyse in der vorliegenden Arbeit sollen die folgenden drei Hypothesen überprüft werden:

1. Der Staat nimmt im Verständnis der feministisch-materialistischen Staatstheorie, eine zentrale Rolle in der gesellschaftlichen Organisation sozialer Reproduktion ein. Da der Begriff „soziale Reproduktion“ einen materialistischen Ursprung hat und der Begriff „Care“ diesen explizit materialistischen Ursprung nicht hat, kann davon ausgegangen werden, dass das Staatsverständnis von Diskursbeiträgen, die den Begriff der sozialen Reproduktion verwenden, eher dem der feministisch-materialistischen Staatstheorie entspricht als bei den Beiträgen, die den Care-Begriff verwenden. Allerdings zeigt sich bereits bei der Auswahl der Texte für die Analyse im Rahmen der vorliegenden Arbeit, dass „Care“ ein breit und teilweise auch synonym mit „sozialer Reproduktion“ verwendeter Begriff ist. Daher soll auch die Gegenhypothese, dass die Verwendung der Begriffe „Care“ oder „soziale Reproduktion“ keinen Einfluss darauf hat, ob das Staatsverständnis eines untersuchten Textes, dem der feministisch-materialistischen Staatstheorie entspricht, überprüft werden.

2. Der krisenhafte Zustand sozialer Reproduktion erfordert Maßnahmen, um diesem zu begegnen. Daher besteht die Möglichkeit, dass der Staat als Reaktion auf die Krise im Bereich der sozialen Reproduktion anders agiert, als von der feministische-materialistischen Staatstheorie angenommen. Daher müssten diese theoretischen Leerstellen durch an die aktuelle Situation angepasste theoretische Überlegungen ergänzt werden, um das Staatsverständnis in allen Teilen des Diskurses theoretisch erfassen zu können.

3. Durch die Covid-19-Pandemie war der Staat gezwungen, Maßnahmen zu ergreifen, um dieser Krise zu begegnen. Dies hat das Verständnis, wie der Staat in Krisen und damit vor allem auch in der Krise der sozialen Reproduktion agiert, beeinflusst.

Um die Forschungsfragen beantworten und die Hypothesen überprüfen zu können sollen zunächst der theoretische Hintergrund und der Forschungsstand zur vorliegenden Arbeit beleuchtet werden. Dabei gehe ich zunächst auf den Begriff der sozialen Reproduktion ein, dann auf die feministisch-materialistische Staatstheorie und anschließend auf die Krise der sozialen Reproduktion. Anschließend soll dann die Analyse des wissenschaftlichen Diskurses zur Krise der sozialen Reproduktion durchgeführt werden. Dafür soll zuerst die Methode der Diskursanalyse erklärt werden. Danach wird dann kurz das Analysematerial vorgestellt und anschließend wird die Diskursanalyse durchgeführt. Dabei werde ich zunächst darauf eingehen, wie der Staat in den einzelnen Diskursbeiträgen thematisiert wird, diese Thematisierungen werde ich dann zu mehreren Diskurssträngen des Staatsverständnisses zusammen fassen und anschließend die Ergebnisse der Diskursanalyse zusammenfassen. Zum Abschluss der vorliegenden Arbeit werde ich dann die Hypothesen überprüfen und ein Fazit ziehen, in dem ich versuchen werde, die Forschungsfragen zu beantworten.

2. Theoretischer Hintergrund und Forschungsstand

In diesem Kapitel soll zunächst der Begriff der sozialen Reproduktion eingeführt und erläutert werden. Anschließend soll dargestellt werden, welche Rolle die feministisch-materialistische Staatstheorie dem Staat in Bezug auf soziale Reproduktion zuschreibt. Danach soll auf die Krise der sozialen Reproduktion eingegangen werden.

2.1 Soziale Reproduktion

Der Begriff der (sozialen) Reproduktion stammt aus der marxistischen Theorie. Daher findet sich bereits in Texten von Karl Marx und Friedrich Engels ein Verständnis dieses Begriffs.

So schreibt Marx im Kapital Band I

„So wenig eine Gesellschaft aufhören kann zu konsumieren, so wenig kann sie aufhören zu produzieren. In einem stetigen Zusammenhang und dem beständigen Fluß [sic!] seiner Erneuerung betrachtet, ist jeder gesellschaftliche Produktionsprozeß [sic!] daher zugleich Reproduktionsprozeß [sic!]. Die Bedingungen der Produktion sind zugleich die Bedingungen der Reproduktion.“ (MEW 23: 591).

Diesen Zusammenhang könne man laut Marx daran erkennen, dass auch die Reproduktion eine kapitalistische Form habe, wenn dies ebenfalls für die Produktion gelte (vgl. ebd.: 591).

„Wie in der kapitalistischen Produktionsweise der Arbeitsprozeß [sic!] nur als ein Mittel für den Verwertungsprozeß [sic!] erscheint, so die Reproduktion nur als ein Mittel, den vorgeschossenen [sic!] Wert als Kapital zu reproduzieren, d.h. als sich verwertenden Wert.“ (ebd.: 591)

In dieser kapitalistischen Logik sei auch die individuelle Konsumtion von Arbeiter*innen Teil der Produktion und Reproduktion des Kapitals, denn sie diene dazu die Arbeitskraft der vorhandenen Arbeiter*innen zu reproduzieren und darüber hinaus diese dazu zu befähigen, neue Arbeiter*innen zu zeugen (vgl. ebd.: 597).

„Innerhalb der Grenzen des absolut Notwendigen ist daher die individuelle Konsumtion der Arbeiterklasse Rückverwandlung der vom Kapital gegen Arbeitskraft veräußerten Lebensmittel in vom Kapital neu exploitierbare Arbeitskraft. Sie ist Produktion und Reproduktion des dem Kapitalisten unentbehrlichsten Produktionsmittels, des Arbeiters selbst.“ (ebd.: 597)

Aus diesem Grund sei die Erhaltung und Reproduktion der Arbeiter*innenklasse eine Bedingung für die Reproduktion des Kapitals, weshalb reproduktive Tätigkeiten, die Marx hier als individuelle Konsumtion beschreibt, zwar für die Arbeiter*innen selbst unproduktiv seien, in ihrer Funktion für die Kapitalisten und den Staat seien sie jedoch produktiv, denn sie würden jene Kraft produzieren, die in der Lage sei, den fremden Reichtum zu produzieren (vgl. ebd.: 597f.). Teil dieser reproduktiven Tätigkeiten ist für Marx neben der individuellen Konsumtion auch die (Aus-) Bildung kommender Generationen von Arbeiter*innen (vgl. ebd.: 599).

Abschließend erklärt Marx den Zusammenhang von Produktion und Reproduktion im Kapitalismus folgendermaßen:

„Der kapitalistische Produktionsprozeß [sic!], im Zusammenhang betrachtet oder als Reproduktionsprozeß [sic!], produziert also nicht nur Ware, nicht nur Mehrwert, er produziert und reproduziert das Kapitalverhältnis selbst, auf der einen Seite den Kapitalisten, auf der andren den Lohnarbeiter.“ (ebd.: 604)

Hier zeigt sich, dass für Marx Reproduktion nicht nur ein zentrales Element des kapitalistischen Produktionsprozesses ist, sondern diesen erst ermöglicht und die Bedingungen für ihn schafft. Daher reproduzieren sich im kapitalistischen Produktionsprozess auch die gesellschaftlichen Ausbeutungsverhältnisse, die den Produktionsprozess und auch den Reproduktionsprozess möglich machen (vgl. ebd.: 603).

Gerade in Bezug auf den Reproduktionsprozess bezieht sich diese meiner Meinung nach nicht nur auf Klassenantagonismen, sondern auch und gerade auf vergeschlechtlichte Ungleichheits- und Ausbeutungsverhältnisse. Daher hat sich im Anschluss an Marx‘ Verständnis von Reproduktion eine feministische Theorie der sozialen Reproduktion entwickelt, auf die ich nun genauer eingehen möchte.

Im April 2020 veröffentlichte das „Marxist Feminist Collective“, bestehend aus Tithi Bhattacharya, Svenja Bromberg, Angela Dimitrakaki, Sara Farris und Susan Ferguson, sieben Thesen zur Situation sozialer Reproduktion in der Covid-19-Pandemie. Abgesehen von ihren Einschätzungen und Überzeugungen zur aktuellen Situation wird besonders in der ersten These deutlich, wie das Kollektiv die Rolle sozialer Reproduktion im Kapitalismus definiert. Diese Rolle sei ein zentraler Widerspruch im Kapitalismus, denn die Autorinnen* argumentieren

„Capitalism’s ability to produce its own life blood – profit – utterly depends upon the daily “production” of workers. That means it depends upon life-making processes that it does not fully and immediately control or dominate. At the same time, the logic of accumulation requires that it keeps as low as possible the wages and taxes that support the production and maintenance of life.

This is the major contradiction at the heart of capitalism.” (The Marxist Feminist Collective 2020)

Hier zeigt sich, wie die marxistisch-feministische Theorie bei der Definition der Rolle sozialer Reproduktion im Kapitalismus an Marx’ Verständnis von Reproduktion anknüpft.

Verschiedene Mitglieder des „Marxist Feminist Collective“ haben sich auch an anderer Stelle mit dem Begriff und der Theorie der sozialen Reproduktion auseinandergesetzt. So hat Tithi Bhattacharya im Jahr 2017 das Buch „Social Reproduction Theory. Remapping Class, Recentring Oppression“ herausgegeben. Verschiedene Beiträge daraus möchte ich hier näher beleuchten, um ein Verständnis der Theorie sozialer Reproduktion zu entwickeln. In der Einleitung erklärt Bhattacharya die zentrale Rolle, die Arbeit und Arbeitskraft nach marxistischem Verständnis im Kapitalismus spielen. Daher stellt sie die Frage: „If workers’ labor produces all the wealth in society, who then produces the worker?“ (Bhattacharya 2017a: 1). Die zentrale Erkenntnis der Theorie sozialer Reproduktion sei, dass menschliche Arbeit das Zentrum der Produktion und Reproduktion der Gesellschaft als Ganzes sei (vgl. ebd.: 2). Diese Arbeit werde vom Kapitalismus aber nur dann als legitime Arbeit wahrgenommen, wenn es sich dabei um produktive Arbeit handle, während die Arbeit, die notwendig sei, um Arbeiter*innen zu versorgen und somit Arbeitskraft zu reproduzieren, naturalisiert und somit nicht als solche wahrgenommen werde (vgl. ebd.: 2). Die Theorie sozialer Reproduktion (Social Reproduction Theory, kurz: SRT) verstehe den Kapitalismus nicht nur als Wirtschaftssystem mit Arbeiter*innen und Kapitaleigentümer*innen, denn es müsse darüber hinaus untersucht werden, wie die soziale Reproduktion des gesamten Systems den ständigen Akkumulationsdrang im Kapitalismus sichere (vgl. ebd.: 2).

„Second, and following from above, SRT treats questions of oppression (gender, race, sexuality) in distinctly nonfunctionalist ways precisely because oppression is theorized as structurally relational to, and hence shaped by, capitalist production rather than on the margins of analysis or as add-ons to a deeper and more vital economic process.” (ebd.: 3)

Diesem Zusammenhang zwischen Produktion und Reproduktion widmet sich Bhattacharya auch in einem späteren Beitrag im gleichen Buch. Sie unterscheidet hier zwischen biologischer Reproduktion (Reproduktion neuer Generationen der Arbeiter*innenklasse) und der Reproduktion der Arbeitskraft der vorhandenen Arbeiter*innen durch das Stillen ihrer Bedürfnisse (vgl. Bhattacharya 2017b: 73). Beide Formen der reproduktiven Arbeit würden im Kapitalismus besonders von Frauen* erledigt und seien daher die Quelle der Unterdrückung von Frauen* in diesem System (vgl. ebd.: 73).

„Social reproduction of the *capitalist system* – and it is to explain the reproduction of the system that Marx uses the term – is therefore not about a separation between a noneconomic sphere and the economic, but about how the economic impulse of capitalist production conditions the so-called non economic.” (ebd.: 75)

Daraus folge, dass der Klassenantagonismus, der ein zentraler Aspekt kapitalistischer Produktion sei, auch die Sphäre der Reproduktion im Kapitalismus präge, was dazu führe, dass „[...] the very acts where the working class strives to attend to its own needs can be the ground for class struggle.” (ebd.: 77). Daher kommt Bhattacharya zu folgender Überzeugung über die Rolle des Klassenkampfes in der Sphäre der sozialen Reproduktion im Kapitalismus:

„Reproduction, in short, is therefore a site of class conflict. However, this conflict is inflicted with certain contradictory tendencies. For instance, as the orchestrator of the production process, the capitalist class strives to limit the needs and consumption of the working class. However, to ensure the constant realization of surplus value, capital must also create new needs in the working class as consumers, and then “satisfy” those needs with new commodities. The growth of workers’ needs under capitalism is thus an inherent condition of capitalist production and its expansion.” (ebd.: 79)

Hier zeigt sich eine Erkenntnis, die auch in den Überlegungen des „Marxist Feminist Collective“ deutlich geworden ist. Die Rolle der sozialen Reproduktion stellt im kapitalistischen Produktionsprozess einen Widerspruch dar.

Die Situation der sozialen Reproduktion hat sich mit der historischen Entwicklung und Veränderung des kapitalistischen Systems ebenfalls verändert. Darauf und auch auf die Widersprüchlichkeit, die sich ebenfalls in dieser Entwicklung zeigt, gehen Salar Mohandesi und Emma Teitelman in ihrem Text „Without Reserves“ ein, der ebenfalls im vorher angesprochenen Buch von Bhattacharya erschienen ist. Sie schreiben:

„Thus we might say that the history of capitalism can be understood as a complex process of subsuming forms of social reproduction under capitalist relations: as with forms of production, capitalism first laid hold of preexisting reproductive process without fundamentally altering them, then subsumed them altogether, unevenly modifying their very materiality. These different forms of subsumption did not follow one another as stages in history but overlapped in contradictory ways. Waged social reproduction has not fully supplanted unwaged reproductive activities, just as capitalism cannot transform all of those activities into commodities.” (Mohandesi/Teitelman 2017: 62)

Mohandesi und Teitelman gehen in ihrem Text auch darauf ein, dass das Konzept der sozialen Produktion dabei helfe, das Verhältnis von Gender, Sexualität, Race und Klasse im Kapitalismus zu verstehen (vgl. ebd.: 37). Besonders auf den Zusammenhang zwischen vergeschlechtlichter und rassistischer Unterdrückung im Kapitalismus geht auch David McNally in seinem Beitrag „Intersections and Dialectics: Critical Reconstructions in Social Reproduction Theory“ ein. Er bezieht sich dabei auf eine Argumentation von Angela Davis in „Women, Race and Class“.

„For Davis, in other words, we are dealing with a capitalist mode of production and reproduction that entails historically specific relations of gender and racial oppression. Rather than enumerating discrete axes and vectors, she shows the systematic interrelations in and through which racial and gender domination are utterly interwoven with capitalist exploitation – so much so that they cannot legitimately be considered separable, even if they remain analytically distinct at a certain rough-and-ready level of abstraction.” (McNally 2017: 111)

Neben Bhattacharya haben sich auch weitere Mitglieder des „Marxist Feminist Collective“ in anderen Arbeiten der Definition des Begriffs der sozialen Reproduktion gewidmet. Susan Ferguson tut dies in „Children, Childhood and Capitalism: A Social Reproduction Perspective“, indem sie sich der Rolle von Kindern und Kindererziehung in der Reproduktion des kapitalistischen Systems widmet. Sie argumentiert, dass Kinder als aktuelle und zukünftige Arbeiter*innen direkt an den Institutionen und Prozessen sozialer Reproduktion teilnehmen würden (vgl. Ferguson 2017: 113). Dies sei vor allem der Fall, weil Kinder die „Objekte“ der reproduktiven Arbeit Anderer seien, doch darüber hinaus würden Kinder auch einen Prozess der Selbsttransformation in kapitalistische Subjekte durchlaufen (vgl. ebd.: 113). Aufgrund dieser Rolle von Kindern im kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsprozess wird Kindheit im kapitalistischen System von eben diesem geprägt:

„Although children and childhoods vary historically, geographically, and socially between and within capitalist societies, the fundamental demands of capital for a renewable supply of labor power exert strong pressures for certain (privatized) forms, (disciplining) practices, and (alienated) states of being to emerge.” (ebd.: 113)

Dies zeigt meiner Meinung nach wiederum, dass es sich bei der sozialen Reproduktion um die Reproduktion des gesamten kapitalistischen Systems handelt und dass dieses daher auch alle Bereiche und Phasen des menschlichen Lebens bedingt.

In ihrem Text „Das Ganze der Arbeit revolutionieren!“ vertritt Gabriele Winker die These, dass (nicht entlohnte) Reproduktionsarbeit in die Marx'sche Arbeitswerttheorie integriert werden kann (vgl. Winker 2018: 102). Um diese These zu erläutern, greift sie, wie auch andere Autor*innen auf die hier bereits eingegangen wurde, auf die Theorie von Karl Marx zurück. Winker erklärt, dass laut Marx die Ware Arbeitskraft die Einzige sei, die mehr Güter und Dienstleistungen produzieren könne, als zu ihrer Reproduktion notwendig sei, wodurch im kapitalistischen Produktionsprozess Mehrwert erzeugt würde (vgl. ebd.: 103). Diesen Mehrwert würden sich dann wiederum die Produktionsmittelbesitzenden aneignen, weshalb diese danach streben würden, die Kosten für die Reproduktion der Ware Arbeitskraft möglichst gering zu halten (vgl. ebd.: 103). Winker gibt hier allerdings zu bedenken, dass Marx die gesellschaftlich notwendige, unentlohnte, familiäre Haus- und Sorgearbeit nicht wahrnehme (vgl. ebd.: 103). Diese Arbeit sei erst in der Auseinandersetzung der zweiten Frauenbewegung mit Marx' Theorie in den Fokus gerückt und als integraler Bestandteil der kapitalistischen Produktionsweise verstanden worden (vgl. ebd.: 103). Winker erklärt die Bedeutung der unbezahlten Reproduktionsarbeit für den kapitalistischen Produktionsprozess folgendermaßen:

„Die nicht entlohnte Reproduktionsarbeit ist zwar keine direkt wertschaffende Arbeit, da Arbeitskraft im familiären Zusammenhang von den meist weiblichen Familienangehörigen nicht warenförmig produziert wird. Das Ausmaß der Reproduktionsarbeit kann aber dennoch die durchschnittlichen Reproduktionskosten und damit den Wert der Arbeitskraft beeinflussen.“ (ebd.: 104)

Je mehr die Arbeit zur Reproduktion der Arbeitskraft außerhalb der Familie geleistet und durch Kommodifizierung konsumierbar werde, desto höher müssten die Löhne der Arbeiter*innen sein, um diese Reproduktion zu gewährleisten, was den Mehrwert reduziere (vgl. ebd.: 104). Durch diesen Zusammenhang bestimme die Form in der Reproduktionsarbeit geleistet werde, über den Mehrwert, der im kapitalistischen Produktionsprozess erzeugt werde (vgl. ebd.: 104). Trotzdem sei das sogenannte „Ernährermodell“ mit einer erwerbslosen Hausfrau* für das Kapital letztendlich nicht erstrebenswert, da durch eine steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen* insgesamt die Löhne sinken würden, da der Unterhalt einer Familie nun von zwei Personen gedeckt würde, wodurch das Haushaltseinkommen zwar insgesamt steige da nun höhere Reproduktionskosten entstehen würden, weil weniger Zeit für unentlohnte Reproduktionsarbeit sei, doch die deutlich höhere Mehrwertproduktion durch die Verdopplung der Arbeiter*innenschaft übersteige diese höheren Lohnkosten deutlich (vgl. ebd.: 104f.).

Außerdem werde darüber hinaus durch die Gesundheits-, Bildungs- und Familienpolitik versucht die Kosten der Reproduktion möglichst gering zu halten, indem entlohnte Reproduktionsarbeit möglichst kostengünstig gehalten werde und auch die unentlohnte Arbeit von Frauen* neben ihrer Erwerbsarbeit weiter gefördert werde (vgl. ebd.: 106).

„Mit dem Verweis auf konstruierte Ungleichheiten, insbesondere in Bezug auf die Leistungsfähigkeit, können bestimmten Personengruppen geringere materielle Ressourcen zugewiesen und damit die Reproduktionskosten der Arbeitskraft gesenkt werden.“ (ebd.: 106)

Diese Ungleichheiten würden besonders anhand von klassistischen, heteronormativen, rassistischen, bodyistischen und vergeschlechtlichten Herrschaftsverhältnissen konstruiert (vgl. ebd.: 106). Dies zeigt, dass die Reproduktionsarbeit im kapitalistischen System durch verschiedene, intersektional verknüpfte Herrschaftsverhältnisse geprägt ist.

In „Intime Verhältnisse“. Eine gesellschaftstheoretische Erweiterung der Debatte um soziale Reproduktion“ beleuchten die Autorinnen Julia Dück und Katharina Hajek verschiedene Debatten über den Begriff der Reproduktion. Durch diese Einbeziehung verschiedener Perspektiven auf (soziale) Reproduktion kommen sie zu dem Schluss, dass zwischen zwei Formen der Reproduktion unterschieden werden könne. Auf der einen Seite gebe es den Begriff der *gesellschaftlichen* Reproduktion, der die (Wieder-) Herstellung politischer, ideologischer, kultureller und ökonomischer Verhältnisse sowie deren Kohärenz zueinander beschreibe (vgl. Dück/Hajek 2018: 228). Auf der anderen Seite stehe der Begriff der *sozialen* Reproduktion, der die Wiederherstellung der Arbeitskraft beschreibe, die über vergeschlechtlichte und rassistische Machtverhältnisse reguliert werde (vgl. ebd.: 228).

Aus den erläuterten Quellen zu sozialer Reproduktion lässt sich schließen, dass es sich dabei um einen Begriff handelt, der auf die Marx'sche Theorie zurück geht, vor allem in der materialistischen bzw. marxistischen feministischen Theorie eine Rolle spielt und durch das feministische Verständnis geprägt und erweitert wurde. Soziale Reproduktion beschreibt die (Wieder-)Herstellung der Ware Arbeitskraft, die für den kapitalistischen Produktionsprozess unverzichtbar ist, da nur durch sie Mehrwert erzeugt werden kann. Daher kann meiner Meinung nach auch davon gesprochen werden, dass durch diese Reproduktion der Ware Arbeitskraft auch das kapitalistische System an sich reproduziert wird, da nur durch die kontinuierliche Reproduktion von Arbeitskraft (der aktuellen Arbeiter*innen und zukünftiger Generationen der Arbeiter*innenklasse) auch kontinuierlich kapitalistisch produziert und dadurch Mehrwert erzeugt werden kann. Die Tätigkeiten, die für diese Reproduktion von Arbeitskraft notwendig sind, werden im wissenschaftlichen und auch im gesamtgesellschaftlichen Diskurs auch unter dem Begriff „Care“ bzw. „Care-Arbeit“ gefasst. Diesen definiert beispielsweise die Friedrich-Ebert-Stiftung folgendermaßen:

„Die Tätigkeit des Sorgens und Sich-um-andere-Kümmerns ist Care-Arbeit, zu Deutsch Sorgearbeit. Sie ist in der Regel unbezahlt. [...] Gemeint sind Hausarbeit, Betreuung von Kindern und Pflege von Angehörigen. Sie kann den familiären Rahmen verlassen [...]. Care-Arbeit gibt es auch in bezahlter Form, ungelernt oder mit einer professionellen Ausbildung. [...] Weltweit lastet Care-Arbeit auf den Schultern von Frauen. [...] Im Verhältnis von arm und reich verteilt sich Care-Arbeit neu, aber meist auch unter Frauen. Migrantinnen aus armen Ländern bedienen die steigende Nachfrage in Ländern des globalen Nordens.“ (vgl. FES)

Wie diese Definition deutlich macht, erfasst auch der Begriff der Care-Arbeit die gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten, die mit dem Begriff der sozialen Reproduktionsarbeit beschrieben werden. Auch die gesellschaftlichen Ungleichheitsverhältnisse, die die Verteilung dieser Arbeit beeinflussen, werden vom Care- ebenso wie vom Reproduktionsbegriff erfasst. Doch an der hier angeführten Definition von Care-Arbeit lässt sich auch der zentrale Unterschied zwischen dem Care-Begriff und dem Begriff der sozialen Reproduktion ablesen. Es zeigt sich, dass beim Care-Begriff nicht darauf eingegangen wird, welche Funktion die damit beschriebenen Tätigkeiten für das kapitalistische Produktionssystem haben. Daher soll in der vorliegenden Arbeit vom Begriff der sozialen Reproduktion ausgegangen werden.

Wie im Verlauf dieses Kapitels an verschiedenen Stellen angesprochen, ist die Situation der sozialen Reproduktion im Kapitalismus widersprüchlich, denn einerseits ist konstante Reproduktion notwendig, um überhaupt Mehrwert produzieren zu können, doch andererseits ist dieser Mehrwert höher, je geringer die Kosten für die notwendige Reproduktionsarbeit sind. Um diese Kosten möglichst gering zu halten, wird Reproduktionsarbeit im Kapitalismus besonders von Angehörigen marginalisierter Gruppen und vor allem von Frauen* geleistet. Dabei verknüpfen und verschränken sich verschiedene Ungleichheitsverhältnisse.

Wie diese Ungleichheitsverhältnisse und damit die Bedingungen für kapitalistische Produktion und Reproduktion von staatlicher Seite gestützt und sogar erzeugt werden, soll im nächsten Abschnitt erläutert werden, indem dargestellt wird, wie die feministisch-materialistische Staatstheorie die Rolle des Staates in Bezug auf die soziale Reproduktion definiert.

2.2 Feministisch-materialistische Staatstheorie

Wie im vorherigen Abschnitt gezeigt, stammt der Begriff der sozialen Reproduktion aus der marxistischen bzw. materialistischen (feministischen) Theorie und geht auf theoretische Überlegungen von Marx selbst zurück. Daher soll hier auch mit einer Theorie des Staates gearbeitet werden, die dem entspricht und ebenfalls materialistisch bzw. marxistisch ist. Darüber hinaus muss diese Staatstheorie auch feministisch sein, um den vergeschlechtlichten Charakter der sozialen Reproduktion, der im vorherigen Abschnitt ebenfalls dargestellt wurde,

abbilden zu können. „Während die maskulinistischen Staatstheorien des male- und mainstream der Politikwissenschaft den Staat als geschlechtsneutral konzipieren, besteht das Anliegen feministischer Staatstheorie gerade darin, dessen Vergeschlechtlichung sichtbar zu machen.“ (Ludwig 2015: 8).

Diese Staatstheorie kann nicht auf Marx direkt zurück gehen, da sich, wie auch verschiedene Autor*innen feststellen, in den Werken von Marx keine Theoretisierung des Staates findet und hier somit in der Marx'schen Theorie eine Leerstelle vorliegt (vgl. z.B. Löffler 2011:93, Genetti 2015: 145). Allerdings könnten laut Marion Löffler in den Werken von Marx und Engels zwei Grundüberlegungen zum Staat identifiziert werden. Einerseits zeige sich ein Verständnis, wonach der Staat von der Gesellschaft getrennt institutionalisiert sei, wobei diese Trennung als historischer Prozess begriffen werde (vgl. Löffler 2011: 94). Der Staat gehe somit aus der Gesellschaft hervor und verselbstständige sich (vgl. ebd.: 94). Nach diesem Staatsverständnis werde er zudem als bürokratischer Apparat gesehen, in dem die Exekutivgewalt das Herzstück bildet (vgl. ebd.: 94). Andererseits zeige sich bei Marx und Engels auch ein Verständnis des Staates als bürgerlicher Staat, der vor allem die Interessen der Bourgeoisie vertrete, und als kapitalistischer Staat (vgl. ebd.: 94). Nach diesem Verständnis sei der Staat der „ideelle Gesamtkapitalist“, bilde daher den „juridischen Überbau“ der kapitalistischen Produktionsweise und ermögliche so auch ihre Reproduktion, da es der Staat sei, der den „doppelt freien Lohnarbeiter“ ermögliche, ohne den der kapitalistische Produktionsprozess nicht möglich sei (vgl. ebd.: 94).

Im Gegensatz zu Marx finden sich bei Friedrich Engels auch direkte Aussagen zu seinem Verständnis von Staatlichkeit, vor allem in späteren Texten. So beschäftigt er sich beispielsweise in „The Origin of the Family, Private Property, and the State“ mit der Entstehung des „modernen“ Staates und auch mit der Entstehung vergeschlechtlichter Ungleichheit. Er schreibt über den Staat:

„As the state arose from the need to hold class antagonisms in check, but as it arose, at the same time, in the midst of the conflict of these classes, it is, as a rule, the state the most powerful, economically dominant class which, through the medium of the state, becomes also the politically dominant class, and thus acquires new means of holding down and exploiting the oppressed class. [...] the modern representative state is an instrument of exploitation of wage labour by capital.“ (Engels 1884: 753)

Hier zeigt sich wieder das Verständnis des bürgerlichen und kapitalistischen Staates, der den Rahmen für die Ausbeutung der Arbeiter*innenklasse bietet, wie es auch Löffler bei Marx und Engels identifiziert. Engels sieht Parallelen zwischen der monogamen Familie, die die Frau*

als dem Mann* unterlegen definiere, und dem Staat, der die Interessen der herrschenden Klasse vertrete, da beide das Ergebnis des Prozesses der Zivilisation seien:

„The form of the family corresponding to civilization and under it becoming the definitely prevailing form is monogamy, the supremacy of the man over the woman, and the individual family as the economic unit of society. The cohesive force of civilized society is the state, which in all typical periods is exclusively the state of the ruling class, and in all cases remains essentially a machine for keeping down the oppressed, exploited class.” (ebd.: 757)

Es lässt sich also bereits bei Engels ein Zusammenhang zwischen vergeschlechtlichter Ungleichheit und dem (kapitalistischen) Staat erkennen. Um diesen deutlich herauszuarbeiten, soll hier ein feministisch-materialistisches Verständnis des Staates erläutert werden. Dabei soll es besonders darum gehen, welche Rolle der Staat nach diesem Verständnis im Prozess der sozialen Reproduktion spielt.

Eine bekannte neomarxistische Theorie des Staates ist die Staatstheorie von Nicos Poulantzas. Da auch verschiedene Werke zur feministisch-materialistischen Staatstheorie daran anknüpfen (vgl. z.B. Sauer 2018a, Ludwig/Sauer2010), soll an dieser Stelle auch auf die Staatstheorie von Poulantzas eingegangen werden, obwohl diese nicht als feministische Staatstheorie erdacht wurde. Laut Poulantzas könne es weder eine allgemeine Theorie der Ökonomie noch eine allgemeine Theorie des Staates geben, denn die Begriffe des Staates/des Politischen und der Ökonomie würden sich in verschiedenen Produktionsweisen unterschiedlich darstellen (vgl. Poulantzas 1978: 17).

„Im Gegensatz dazu ist eine *Theorie des kapitalistischen Staates* mit einem spezifischen Gegenstand und Begriff vollständig berechtigt: Sie wird durch die Trennung des Raums des Staates von der Ökonomie im Kapitalismus möglich. Das gleiche gilt für die Theorie der kapitalistischen Ökonomie, die ihrerseits durch die Trennung der Produktionsverhältnisse/der Arbeitsprozesse vom Staat möglich ist.“ (ebd.: 18)

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Poulantzas den Staat als Terrain versteht, auf dem Klassenkämpfe ausgetragen werden und das bereits bei der Konstituierung verschiedener Klassen(-fraktionen) präsent ist (vgl. Löffler 2011: 104). Daher müsse der Staat als soziales Verhältnis verstanden werden (vgl. ebd.: 104). Poulantzas schreibt dazu:

„Ich meine, und dabei präzisiere ich einige meiner vorhergehenden Analysen, daß [sic!] der Staat, in diesem Fall der kapitalistische Staat, nicht als ein sich selbstbegründendes Ganzes begriffen werden darf, sondern, wie auch das »Kapital«, als ein Verhältnis, genauer als die materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassen und Klassenfraktionen, das sich im Staat immer in spezifischer Form ausdrückt.“ (Poulantzas 1978: 119)

Der Staat ermögliche es den herrschenden Klassen, ein gemeinsames Interesse zu formulieren und damit einen „Block der Macht“ zu bilden, doch trotzdem müsse er auch die subalternen Klasse organisieren und integrieren (vgl. Löffler 2011: 104f.). Poulantzas geht bei seiner Theoretisierung des Staates auch auf den Reproduktionsprozess ein.

„Wir können nun zuerst die Frage klären, auf welche Bereiche sich die entscheidende Aktivität des Staates richtet. Die Reproduktion der Arbeitskraft findet in Grenzen statt, die durch die Produktionsverhältnisse erzwungen werden: es geht nie um die bloße technische Qualifikation; die erweiterte Reproduktion verweist vielmehr auf die gesellschaftliche Arbeitsteilung. Das Engagement des Staates muß [sic!] also in erster Linie in den Produktionsverhältnissen selbst liegen, um sie so zu verändern, daß [sic!] die Steigerung der Produktivität der Arbeitskraft und die Erhöhung des relativen Mehrwerts möglich werden.“ (Poulantzas 1978: 162f.)

Es zeigt sich hier, dass Poulantzas davon ausgeht, dass der kapitalistische Staat versucht, die Produktivität der Arbeitskraft zu erhöhen, was bedeuten kann, dass in den Reproduktionsprozess eingegriffen wird, um die Kosten der Reproduktion zu verringern und damit automatisch Produktivität und Mehrwert zu erhöhen. Dies macht Poulantzas allerdings nicht explizit. Er geht auch nicht darauf ein, dass für die Reproduktion der Ware Arbeitskraft auch eine Form von Arbeit benötigt wird. Da er diese reproduktive Arbeit nicht als solche thematisiert, spielen in seiner Argumentation auch die Ungleichheits- und Machtverhältnisse, entlang derer diese Arbeit organisiert wird, keine Rolle. Das einzige Machtverhältnis, das in Poulantzas Argumentation von Bedeutung zu sein scheint, ist das Klassenverhältnis bzw. der Klassenantagonismus. Daher kann Poulantzas aus feministischer Perspektive eine Geschlechterblindheit vorgeworfen werden, da er dem Staat zwar einen Klassen- jedoch keinen Geschlechtscharakter unterstellt (vgl. Löffler 2011: 109). Auch andere Ungleichheitsverhältnisse, die bei der Organisation von reproduktiver Arbeit mit vergeschlechtlichter Ungleichheit intersektional verschränkt sind, spielen für Poulantzas keine Rolle. Um diese Leerstelle zu füllen, soll hier nun der Blick auf „explizit“ feministische materialistische bzw. marxistische Staatstheorien gerichtet werden.

Trotz der „Geschlechterblindheit“ bei Poulantzas kann aus feministischer Perspektive an seine Theorie angeknüpft werden. So erklärt Jörg Nowak, dass Ehe und Familie für Poulantzas die Grundlage des Staates bilden würden (vgl. Nowak 2006: 140). Auch Birgit Sauer schließt an die Argumentation von Poulantzas an und beschreibt im Anschluss an diesen den Staat als ein Kräftefeld, bei dem es sich um einen Kompromiss zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessen und Identitäten handelt, weshalb es sich beim Staat nicht um eine einheitlich agierende Institution mit einer Logik handle (Sauer 2018a: 208f.). Sie fasst ihr Staatsverständnis folgendermaßen zusammen:

„Ein feministisch-materialistisches und diskursiv inspiriertes Staatskonzept hat die Marx'sche Vorstellung von der Gewaltförmigkeit des kapitalistischen Staates geschlechtsspezifisch und intersektional erweitert. Der Staat ist nicht nur kapitalistisch sondern auch patriarchal, und ihm liegt eine spezifische geschlechtsspezifische Gewaltstruktur zugrunde. Die feministische Debatte erweitert das Konzept staatlicher Gewaltstrukturen um weitere gesellschaftliche Ungleichheiten wie Sexualität, Ethnizität, Religion oder Migration.“ (ebd.: 214)

Hier wird deutlich, wie Ungleichheitsverhältnisse in staatliche (Gewalt-)strukturen eingeschrieben sind. Sauer macht hier allerdings nicht explizit deutlich, wie dies die soziale Reproduktion beeinflusst. Sauer hat auch an anderer Stelle aus feministischer Perspektive an die Staatstheorie von Poulantzas angeknüpft, beispielsweise im gemeinsam mit Gundula Ludwig verfassten Text „Engendering Poulantzas oder: Sinn und Zweck feministischer Anrufung materialistischer Staatstheorie“. Darin formulieren die Autorinnen zunächst drei Ziele einer feministisch-kritischen Konzeptualisierung des Staates, ehe sie sich Überlegungen widmen, wie Poulantzas Theorie feministisch-kritisch angeeignet werden kann. Das erste dieser Ziele ist „[...] die Ambivalenz und Paradoxie staatlicher Interventionen in Geschlechter- und Sexualitätsarrangements analytisch zu fassen [...].“ (Ludwig/Sauer 2010: 174). Dies sei notwendig, um die Gleichzeitigkeit von vergeschlechtlichter Ausbeutung und einer Erosion patriarchaler Strukturen erklären zu können, denn im Zuge von Globalisierung und Neoliberalisierung seien Frauen* nicht nur Opfer, sondern könnten durch zunehmende Erwerbsarbeit auch mehr Macht innerhalb von Familienökonomien erhalten (vgl. ebd.: 174). Daher müssten Kapitalismus und Patriarchat als zwei heterogene und auch widersprüchliche Systeme betrachtet werden (vgl. ebd.: 174). Das zweite Ziel, das Sauer und Ludwig formulieren, ist „[...] die Transformation von Staatlichkeit als Aspekt der Veränderung von Geschlechterverhältnissen [zu] begreifen.“ (ebd.: 174). Diese bedeute, dass „[...] Staatlichkeit als Arena von Geschlechterkonflikten und -auseinandersetzungen [...].“ (ebd.: 174) verstanden werden sollte. Das dritte Ziel ist, dass eine Perspektive auf Subjektivierungs- und politische Mobilisierungsprozesse eröffnet werden sollte (vgl. ebd.: 174). Anschließend geben die Autorinnen einen kurzen Überblick über den Stand der Debatte in der feministischen Staatstheorie und widmen sich dann der feministischen Aneignung der Staatstheorie von Nicos Poulantzas. Analog zu Poulantzas Verständnis des Staates als Verdichtung des Kräfteverhältnisses zwischen Klassen (siehe oben), sei der Staat aus der Perspektive feministischer Staatstheoretiker*innen auch eine Verdichtung von Geschlechterverhältnissen (vgl. ebd.: 178).

„Mit dem Theorem der Verdichtung kann der Staat nicht als einheitliches Instrument »der« Männer gefasst werden, und dies nicht nur, weil eine Homogenität »der« Männer sowohl in Analogie zu Poulantzas als auch aus feministischer Perspektive angesichts der Verwobenheit der Kategorien Geschlecht, Klasse, Ethnie nicht legitimierbar ist, sondern auch, weil ebenso Interessen von Frauen in den Staat eingelagert sind.“ (ebd.: 178)

Ludwig und Sauer erläutern, dass laut Poulantzas der Staat die kapitalistischen Produktionsverhältnisse reguliert, was ihrer Meinung nach feministisch erweitert werden könne, indem man davon ausgehe, dass der Staat über das Arbeits- und Familienrecht und durch Ideologie bestimmte „Zuständigkeiten“ vergeschlechtlicht und somit die Reproduktion reguliert (vgl. ebd.: 179f.). Sie schreiben: „Die Trennung von Produktion und Reproduktion entsteht erst mit dem Kapitalismus, und für deren Aufrechterhaltung und Legitimation wird Geschlecht zentral.“ (ebd.: 180). Diese Trennung zwischen Produktion und Reproduktion sei staatlich reguliert, denn die vergeschlechtlichte Trennung dieser beiden Bereiche werde zur Voraussetzung für die Reproduktion kapitalistischer Produktionsverhältnisse, wobei der Bereich der Reproduktion als „privat“ definiert werde (vgl. ebd.: 180). Daraus folgern die Autorinnen:

„Der Staat »verteilt« die Individuen nicht nur auf *Klassen*, sondern auch auf *Geschlechter* – einer heteronormativen Logik folgend lediglich auf zwei als binär geltende. Durch das Recht, Ideologien, sowie bestimmte »Wahrheitsformen« reguliert der Staat somit auch die Hervorbringung von vergeschlechtlichter Subjektivität, deren Übernahme zur Voraussetzung der Reproduktion der gesellschaftlichen Ordnung als patriarchale, heteronormative und kapitalistische wird.“ (ebd.: 181f.)

Somit zeige eine feministische Erweiterung von Poulantzas Theorie, dass auch die generative Reproduktion, welche die Voraussetzung dafür sei, „[...]“, dass überhaupt Individuen in die Welt kommen, diese gepflegt, genährt und erzogen und auf Klassen verteilt werden können.“ staatlich reguliert sei (ebd.: 182). Abschließend entwickeln Ludwig und Sauer auf Basis ihrer feministischen Erweiterung der Theorie Poulantzas und darüber hinaus gehender Überlegungen vier Dimensionen eines feministisch-kritischen Staatskonzepts. Erstens sei der Staat ein gesellschaftliches Verhältnis und ein Machtfeld, in dem sich verschiedene Ungleichheitsverhältnisse (Geschlecht, Sexualität, Klasse und Race) verknüpfen und verdichten (vgl. ebd.: 183f.). Zweitens: „Staatlichkeit entsteht aus Geschlechterverhältnissen und umgekehrt: Der Staat ist konstitutiv für die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung.“ (ebd.: 185). Drittens sei der Staat ein Wissenskomplex und Staatlichkeit entstehe daher in einem Geflecht unterschiedlicher diskursiver Arenen (vgl. ebd.: 185f.). Und viertens müssten Subjektivierungsprozesse im staatlichen Kräftefeld angesiedelt werden, denn politische Identitäten und staatliche Strukturen würden wechselseitige Konstitutierungsverhältnisse bilden (vgl. ebd.: 186).

„Die vier Elemente verweisen auf eine mögliche produktive Aneignung von Poulantzas' materialistischer Staatstheorie: Die »Vergesellschaftung« von Staatlichkeit im Horizont des Poulantzas'schen Denkgebäudes ermöglicht eine geschlechterkritische Infragestellung des sedimentierten politischen »Gehäuses der Hörigkeit« (Max Weber), kann doch die Qualität staatlicher Institutionen als *soziales Kräftefeld* sichtbar gemacht werden. Der Staat ist dann sowohl eine *strukturierte Struktur*, der geschlechtshierarchische Pfadabhängigkeit zugrunde liegt; er ist aber auch eine *strukturierende und produktive Struktur*, die auch widerständige Identitäten – den geschlechtsspezifischen, sexuellen und ethnisierenden Zuschreibungen widerstehend – hervorbringen kann.“ (ebd.: 186)

Beide Autorinnen haben sich auch an anderer Stelle mit feministischer (materialistischer) Staatstheorie auseinandergesetzt. Zunächst möchte ich hier auf „Geschlecht, Macht, Staat“ von Gundula Ludwig eingehen. Darin geht sie auf die Trennung zwischen der öffentlichen und der privaten Sphäre ein, die ab dem Ende des 18. Jahrhunderts vergeschlechtlicht sei, wobei die „Öffentlichkeit“ die politische Sphäre sei, die als vermeintlich männlich* definiert werde, während die „Privatheit“ als naturhaft und vor-politisch konstruiert werde, was als vermeintlich weiblich definiert werde (vgl. Ludwig 2015: 20ff.). Hier zeigt sich eine Analogie zur vergeschlechtlichten Trennung zwischen der Produktions- und Reproduktionssphäre, auf die Ludwig und Sauer in ihrem gemeinsamen Text eingegangen sind (siehe oben). Diesen Zusammenhang verdeutlicht Ludwig auch im weiteren Verlauf ihres Texts, indem sie darauf eingeht, wie diese vergeschlechtlichte Trennung auch in die kapitalistische Produktionsweise eingeschrieben ist. Die Erfindung der Geschlechterdifferenz sei eine entscheidende Voraussetzung für die Durchsetzung geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung im Rahmen der Ausbreitung kapitalistischer Produktionsweise (vgl. ebd.: 25). Dabei sei die Arbeit in der Produktion entlohnt und durch einen Arbeitsvertrag reguliert, während Reproduktionsarbeit unbezahlt und durch familiäre (private) Beziehungen strukturiert sei (vgl. ebd.: 25). Diese Trennung sei vergeschlechtlicht, denn mit der Verbreitung des Kapitalismus habe sich ein Bild von Männern* als „Familienernährern“ und von Frauen* als „Hausfrauen“ durchgesetzt (vgl. ebd.: 25). Zur Bedeutung der unbezahlten, vor allem von Frauen* geleisteten Reproduktionsarbeit im kapitalistischen System und zur feministisch-marxistischen Debatte darum, ob es sich dabei im Marx'schen Sinne um „Arbeit“ handelt, kommt Ludwig zu folgendem Schluss:

„Vor diesem Hintergrund argumentieren marxistisch-feministische Theoretiker_innen, dass Hausarbeit ebenso wie Lohnarbeit gesellschaftlich organisiert und ein Ausbeutungsverhältnis ist. Die Ausbeutung wird jedoch verschleiert durch den unbezahlten Charakter sowie durch den Mythos, die Arbeiten seien Tätigkeiten aus Liebe und mithin Ausdruck einer ‚natürlichen Weiblichkeit‘.“ (ebd.: 29)

Ihre Orientierung an der marxistischen Theorie sei der Grund für die anfängliche Staatsferne der Frauenbewegung und -forschung gewesen, aber sie sei auch impulsgebend für erste Theoretisierungen des Verhältnisses von Staat und Geschlecht gewesen, denn es sei das Vorhaben gewesen, das Verhältnis von Kapitalismus und Patriarchat zu theoretisieren (vgl. ebd.: 32). Anschließend an das marxistische Verständnis des Staates als „kapitalistisch“ sei der Staat daher in ersten feministischen Auseinandersetzungen als „patriarchal“ definiert worden (vgl. ebd.: 33). Mit Blick auf die Rolle des Staates im Prozess sozialer Reproduktion bezieht sich Ludwig auf die Argumentation von Mary McIntosh, welche diese Rolle vor allem darin sehe, dass der Staat die Institution der (heteronormativen) Familie stütze. McIntosh definiere die Familie als Institution, über die der Kapitalismus und das Patriarchat verwoben sind, denn sie sei zentral für die Reproduktion kapitalistischer Verhältnisse (vgl. ebd.: 33). Dies liege einerseits darin begründet, dass innerhalb der Familie die Arbeiter*innenklasse reproduziert wird und andererseits auch darin, dass die Frauen*, die innerhalb der Familie unbezahlte Reproduktionsarbeit leisten, als „Reservearmee“ für die Lohnarbeit dienen (vgl. ebd.: 33). Die vergeschlechtlichte Arbeitsteilung, die dem zugrunde liegt, sei auf den Staat zurückzuführen, denn das Familienbild des „männlichen Lohnarbeiters“ und der „Hausfrau“ werde staatlich organisiert und hervorgebracht (vgl. ebd.: 33f.). Daher könne die patriarchale Komponente des Staates als indirekt bezeichnet werden, denn der Staat stütze über die Familie die Unterdrückung von Frauen* (vgl. ebd.: 34). Mit Blick auf aktuelle Entwicklungen kommt Ludwig zu dem Fazit, dass es einen Wandel gesellschaftlicher Verhältnisse und staatlicher Regulierungsweisen von Geschlechter- und Sexualitätsverhältnissen gegeben habe, was zu einigen Verbesserungen geführt habe, „[a]ndererseits aber weisen Geschlechter- und Sexualitätspraktiken patriarchale und heteronormative Beharrlichkeiten auf.“ (vgl. ebd.: 125f.). Es würden weiterhin vor allem Frauen* als Zuständige für Reproduktionsarbeit adressiert und aktuelle Politiken würden zu einer Reaktivierung traditioneller Geschlechterbilder führen, denn um die Finanz- und Wirtschaftskrise zu „bewältigen“ würde Reproduktionsarbeit zu „Sparzwecken“ in Familien rückverlagert und dort vor allem von Frauen* übernommen (vgl. ebd.: 126). Hier zeigt sich, dass für Ludwig der Staat nach wie vor die vergeschlechtlichte Arbeitsteilung organisiert oder zumindest stützt und damit in den Reproduktionsprozess involviert ist und diesen entscheidend prägt.

Auch Birgit Sauer hat sich an verschiedenen Stellen mit feministischer (materialistischer) Staatstheorie auseinandergesetzt. So schlägt sie in „Das „bewundernswert Männliche“ des Staates. Überlegungen zum Geschlechterverhältnis in der Politik“ eine Theoretisierung des Staates vor, die unterschiedliche Theorietraditionen verbindet, um den Zusammenhang von

Geschlechterverhältnissen und Staatlichkeit theoretisch fassen zu können (vgl. Sauer 2003: 18). Die verschiedenen Theorietraditionen, die sie dafür zusammenfügt, sind die Staatstheoretisierung von Max Weber, der Neo-Institutionalismus, der Neo-Marxismus (Antonio Gramsci und Nicos Poulantzas), die Systemtheorie und die diskurstheoretischen und körperbezogenen Theorien (Michel Foucault und Pierre Bourdieu) (vgl. ebd.: 18).

„Diese Ansätze besitzen trotz radikal unterschiedlicher Perspektiven und kontroverser Zielsetzungen doch auch Gemeinsamkeiten: den unbezweifelbaren *Zusammenhang* von Staat und Gesellschaft, die Idee einer relativen *Autonomie* des Staates von sozialen Verhältnissen und seiner Widersprüchlichkeit, die Bedeutung von *Institutionen* für die Analyse von Staatlichkeit, die Rolle der *Individuen* für die Aufrechterhaltung staatlicher Herrschaft sowie die zunehmende *Dezentrierung* des Staates.“ (ebd.: 18)

Sauer nennt dann acht „Essentials“ ihres Staatskonzepts. Erstens sei der Staat ein Apparat mit der Bürokratie als Herrschaftsmechanismus. In diesen bürokratischen Institutionen gebe es historisch geschlechtsspezifische bürokratische Identitäten, die hegemoniale Männlichkeit reproduzieren würden (vgl. ebd.: 18). Doch zweitens sei der Staat eben nicht nur Apparat, sondern auch Staatsmacht, denn es handle sich dabei um eine soziale Herrschaftsstruktur, in der staatliche Repräsentationsverhältnisse hegemoniale Geschlechterverhältnisse seien (vgl. ebd.: 19). Der dritte Punkt in Sauers Staatskonzept ist der wichtigste für die vorliegende Arbeit, da sie darin darauf eingeht, wie der Staat die vergeschlechtlichte Arbeitsteilung beeinflusst. Im Anschluss an Poulantzas schreibt sie „Der Staat ist *drittens* die Verdichtung und Institutionalisierung eines sozialen Verhältnisses (vgl. Poulantzas 1978: 119) – in unserem Fall eines geschlechtsspezifischen Ungleichheitsverhältnisses. Staatlichkeit ist *Ausdruck* des Geschlechterverhältnisses, und sie *organisiert* Geschlechterverhältnisse.“ (Sauer 2003: 19). So wie die Kapitalakkumulation eine politische Regulation benötige, um zu funktionieren, so gelte dies auch für die Akkumulation männlicher Herrschaft durch „[...] Normen und Institutionen, die die Geschlechterungleichheit nicht thematisieren.“ (vgl. ebd.: 19f.). Wie diese Normen und Institutionen zur vergeschlechtlichten Arbeitsteilung beitragen, erläutert Sauer folgendermaßen:

„Die *soziale* Grundlage von demokratischer Staatlichkeit bildet ein relativ stabiler sozialer „Geschlechterkompromiss“, d.h. ein hegemoniales Konstrukt von hierarchischer Zweigeschlechtlichkeit. Die Teilung der Arbeit und die Trennung von öffentlich und privat – Grundlagen unseres Geschlechterregimes – fungieren dann gleichsam als Sparschweine männlicher politischer Macht. Soziale Geschlechterverhältnisse finden also im Staatsapparat ihren Niederschlag und machen ihn tendenziell zu einer frauenfeindlichen Einrichtung.“ (ebd.: 20)

Viertens spiegle der Staat nicht nur bestehende Geschlechterverhältnisse wieder, sondern sei auch ein „autonomer“ Akteur mit eigenen Interessen (vgl. ebd.: 20). Fünftens seien nicht nur Regierungen und Beamt*innen Akteur*innen des Staates, „[...] sondern auch historisch sedimentierte machtvolle Netzwerke, in die die autonomen staatlichen Akteure eingebunden sind [...]“ (ebd.: 20). Sechstens geht Sauer im Anschluss an Gramsci davon aus, dass Staat und Zivilgesellschaft zusammenhängen, da sich Herrschaftsverhältnisse in der Zivilgesellschaft entwickeln und dann in staatlichen Strukturen ab- bzw. ausbilden würden (vgl. ebd.: 21). Siebtens bestehe der Staat aus Diskursen, weshalb er ständig neu (re-)produziert werden müsse, was ihn aber auch veränderbar mache (vgl. ebd.: 21). Achters und abschließend geht Sauer davon aus, dass die Maskulinität des Staates das Ergebnis konkreter sozialer Praktiken sei (vgl. ebd.: 21f.).

In ihrem Text „Materialistisch-feministische Staatstheorie. Kritische Perspektiven auf Gewalt gegen Frauen“ beschäftigt sich Sauer, wie der Titel verdeutlicht, vor allem damit, welchen Einfluss der Staat auf vergeschlechtlichte Gewaltverhältnisse hat. Doch auch hier finden sich Punkte, die deutlich machen, welche Rolle der Staat in der sozialen Reproduktion und den ihr zugrunde liegenden Geschlechterverhältnissen spielt. Der kapitalistische Staat und insbesondere auch der Wohlfahrtsstaat, der sich in diesem kapitalistischen Staat findet, hätten einen patriarchalen Charakter (vgl. Sauer 2018b: 121). Dieser ergebe sich aus der Notwendigkeit kapitalistischer Produktions- und Reproduktionsverhältnisse, also der vergeschlechtlichten Arbeitsteilung innerhalb der Familie (vgl. ebd.: 121). Bezogen auf diese vergeschlechtlichte Arbeitsteilung, auf der die kapitalistischen Reproduktionsverhältnisse beruhen, und darauf, wie diese mit Gewaltverhältnissen verknüpft ist, schreibt Sauer Folgendes: „Die klassifikatorische Macht der Zweigeschlechtlichkeit, auch die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung sind „gepanzert“ mit Zwang und körperlicher Gewalt (um Gramscis Diktum zu modifizieren).“ (ebd.: 127). Allerdings gebe es im modernen Staat, den Sauer als maskulin beschreibt, nicht nur einen Ausschluss von Frauen*, sondern auch ihre ambivalente Integration (vgl. ebd.: 125). Daher kommt sie zu dem Fazit

„Kurzum: Ein feministisch-materialistisches Staatskonzept leuchtet die Komplexität von staatlich institutionalisierten Gewaltstrukturen aus und macht vor allem auf die Spezifik von geschlechtsbasierter Gewalt im Kontext sich transformierender Staat sichtbar [sic!]. [...] Staatlich institutionalisierte Zweigeschlechtlichkeit gründet in einer historischen Tradition physischer Gewaltsamkeit. Dass sich moderne Staaten – wenn auch langsam und zäh – dieses archaische Element zu beseitigen suchten und personalisierte Männergewalt in „entpersonalisierte“ Staatsgewalt überführten ist aus feministischer Perspektive allerdings ambivalent – und sollte stets Anlass zu weiterer Staatskritik sein.“ (ebd.: 131)

In „Staats- und gesellschaftstheoretische Perspektive auf Intersektionalitätspolitik“ definiert Sauer den Staat folgendermaßen:

„Herrschaft und Ungleichheit sind konflikthafte soziale Verhältnisse, die kapitalistisch-patriarchale Gesellschaften grundlegend strukturieren. Der Staat wiederum ist eine politische Form, die diese Ungleichheiten und herrschaftsförmigen Widersprüche kapitalistisch-patriarchaler Vergesellschaftung zu stabilisieren sucht. In der staatlichen Arena werden also gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse institutionalisiert [...]“ (Sauer 2022: 466)

Beispiele für diese Herrschaftsverhältnisse seien die vergeschlechtlichte und rassialisierte Arbeitsteilung oder auch die soziale Reproduktion, die auf heteronormativer Geschlechterbinarität beruhe (vgl. ebd.: 466).

Sehr ausführlich mit feministischer Staatstheorie beschäftigt sich Birgit Sauer im 2001 erschienenen „Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte“. Darin gibt sie einen großen Überblick über verschiedene staats-theoretische Ansätze und wie diese feministisch les- und nutzbar sind. Sie argumentiert, wie eine feministische Staatstheorie ihrer Meinung nach aussehen müsse und weshalb ein solches Staatskonzept notwendig sei. Dabei betont sie, dass diese Notwendigkeit zwei Facetten habe. Einerseits ginge es darum eine geschlechtssensible Sicht auf den Staat zu ermöglichen, die das „Geschlecht des Staates“ sichtbar mache (vgl. Sauer 2001: 18). Daher müsse die Frage gestellt werden, wie der Staat eine hierarchische Zweigeschlechtlichkeit produziere, welche sich in Ausschluss, Marginalisierung und Unterbewertung von Frauen*, institutionell unterwerfener Weiblichkeit*, und der Privilegierung von Männern* bzw. einem systematischen Maskulinismus ausdrücke (vgl. ebd.: 18). Andererseits gehe es auch darum eine feministische Staatssicht zu entwickeln (vgl. ebd.: 18). Sauer erklärt „Die Suche nach einem geschlechtssensiblen Staatskonzept ist auch immer die Suche nach Kategorien radikaler Staatskritik.“ (ebd.: 23). Im weiteren Verlauf formuliert Sauer folgende Thesen zu einer feministischen Staatstheorie:

„[...] Der Staat muß [sic!] gesellschaftstheoretisch begründet werden, und Staat wie auch Demokratie sind nicht getrennt voneinander thematisierbar. Vor allem aber kann die Frage »Was ist der Staat?« nicht ohne die Frage »Was ist das Geschlecht des Staates?« beantwortet werden. Staat und Politik entstehen mithin gleichsam aus Geschlechterverhältnissen und konfigurieren wiederum das Verhältnis der Geschlechter [...]“ (ebd.: 27)

Um den Zusammenhang von Politik und Geschlecht zu erläutern, führt Sauer zunächst einen feministischen Politikbegriff und ein feministisches Verständnis von Geschlecht ein. Ein feministischer Politikbegriff müsse politische Institutionen, Herrschaftsverhältnisse und politisches Handeln fassen und der Kategorie Geschlecht bzw. dem Prozess der Vergeschlechtlichung bei der Konzeptualisierung und Analyse politischer Phänomene einen Stellenwert einräumen (vgl. ebd.: 39f.). Um diesen Politikbegriff zu präzisieren müsse einerseits

das „Engendering“ des Politischen („Ent-Sexualisierung“ und „Vergeschlechtlichung“ von Politik) und andererseits auch das „Engendering“ liberaler Demokratien (Geschlechterkritik politisch gegebener Institutionen und Organisationen) bedacht werden (vgl. ebd.: 39f.). Politik seien dabei nicht nur spezifische Orte und Zeiten und Politik umfasse auch die Herstellung, Konstruktion und Repräsentation politischer Identitäten bzw. sozialer und kultureller Differenz oder auch die Desartikulation und Negierung politischer Identitäten bzw. Akteure (vgl. ebd.: 39f.). Zusammenfassend beschreibt Sauer diesen Politikbegriff folgendermaßen:

„Politik ist also als Raum zu begreifen, in dem durch Diskurse und Praxen Ordnung, Über- und Unterordnung, Ein- und Ausschluß [sic!] hergestellt werden. Diese Ordnung baut historisch auf Herrschaft auf. Zweigeschlechtlichkeit ist ein solches Ordnungsmuster des politischen Raums, das Strukturen, Denken und Handeln stets neu in dieser Herrschaftsform entstehen läßt [sic!].“ (ebd.: 42f.)

Die Kategorie Geschlecht beschreibt Sauer als strukturierende und strukturierte Kategorie und fasst diese Bedeutung folgendermaßen zusammen:

„Geschlecht als gesellschaftliche und politische Strukturkategorie meint also ein Doppeltes: zum einen den Aspekt der in Strukturen geronnenen Zweigeschlechtlichkeit – die Geschlechterverhältnisse – ,zum anderen jene Aspekte der permanenten Produktion und Reproduktion, der diskursiven Herstellung von Geschlechtlichkeit.“ (ebd.: 50)

Anschließend zählt sie fünf Bedeutungen der Kategorie Geschlecht auf. Erstens handle es sich dabei um ein kulturelles Konstrukt und eine symbolische Ordnung, woraus sich Weiblichkeits- und Männlichkeitsnormen sowie sexuelle Normierungen generieren würden (vgl. ebd.: 51). Zweitens sei Geschlecht eine gesellschaftliche Markierung, drittens ein Gliederungssystem, viertens bilde Geschlecht Diskurse und fünftens hänge Geschlecht mit anderen gesellschaftlichen Konfliktstrukturen (z.B. Klassenlage oder Race) zusammen (vgl. ebd.: 51). Sauer erläutert zum Verhältnis von Politik und Geschlecht, dass Geschlechtsidentitäten auf der einen Seite und politische Institutionen und Organisationen auf der anderen Seite in einem Wechselverhältnis zueinander stehen würden und dabei beide sowohl von Geschlechterverhältnissen als auch von politischen Gegebenheiten beeinflusst würden (vgl. ebd.: 56). Im Anschluss daran erläutert sie ihr Verständnis von Maskulinismus:

„Maskulinismus läßt [sic!] sich mithin als ein System von Diskursen und Praktiken konzeptualisieren, das zwei Strukturprinzipien kennzeichnet: die bipolare und hierarchische Entgegensetzung von weiblich und männlich und die Produktion hegemonialer, d.h. hierarchischer Bezüge innerhalb der Genusgruppe „Männer“.“ (ebd.: 59)

Dies bedeute einerseits, dass Männlichkeit nur in der Gegenüberstellung zu Weiblichkeit entstehe, wobei die Abwertung von Weiblichkeit strukturell immanent sei (vgl. ebd.: 60). Andererseits werde auch Männern* die Teilhabe an maskulinistischen Herrschaftsformen versagt, wenn ihre Attribute weiblich gelesen würden (vgl. ebd.: 60). Daraus schließt Sauer

„Maskulinismus ist also ein politisches Strukturprinzip, in das sowohl Frauen wie auch Männer herrschaftlich eingebunden sind. Hegemoniale Männlichkeit auch als körperlich basiertes Konstrukt profitiert von dieser Machtstruktur; aber nicht-hegemoniale Männer können davon ebenso unterdrückt werden wie Frauen. In jedem Fall müssen diese herrschaftlichen Strukturen in Praxen angeeignet und reproduziert werden.“ (ebd.: 62)

Im weiteren Verlauf dieser Arbeit überprüft Sauer ausgewählte Staatstheorien auf ihr geschlechterkritisches Potenzial. Dabei geht sie grundsätzlich davon aus, dass es sich bei Staatlichkeit um ein Prinzip der politischen Regulierung von Gesellschaft handelt (vgl. ebd.: 67). Da der vorliegenden Arbeit ein feministisch-materialistisches Staatsverständnis zugrunde liegen soll, möchte ich hier vor allem auf Sauers Ausführungen zum geschlechterkritischen Potenzial neo-marxistischer Staatstheorie eingehen. Bei dieser könne zwischen einer instrumentalistischen, einer funktionalistischen und einer diskurstheoretischen Perspektive unterschieden werden (vgl. ebd.: 76). Aus instrumentalistischer Perspektive sei der Staat ein Mittel der herrschenden Klasse und somit der „repressive Arm des Bürgertums“ (vgl. ebd.: 76). Die funktionalistische Perspektive verstehe den Staat als „ideellen Gesamtkapitalisten, der einen Zusammenhang zwischen fragmentierten Kapitalisten herstellen könne (vgl. ebd.: 76). Und aus diskurstheoretischer Perspektive handle es sich beim Staat um ein hegemoniales Projekt, das auch die Zustimmung und die Loyalität der Unterdrückten garantiere (vgl. ebd.: 76). Wie neo-marxistische Staatstheorie und feministische Theorie zusammen gedacht werden können, fasst Sauer in fünf Punkten zusammen. Erstens handle es sich beim Staat um ein soziales Kräfteverhältnis und auch um ein Geschlechterverhältnis, und zweitens generiere und reproduziere der Staat die Herrschaftsverhältnisse zwischen den Geschlechtern (vgl. ebd.: 88f.). Drittens sei der Staat aber dennoch relativ autonom gegenüber geschlechtlichen Herrschaftsverhältnissen, was bedeute, dass es ihm potenziell möglich sei, Geschlechterverhältnisse „frauenfreundlich“ zu gestalten (vgl. ebd.: 88f.). Viertens entstehe der „Geschlechterstaat“ in der Zivilgesellschaft und es handle sich dabei um einen hegemonialen maskulinistischen Kompromiss (vgl. ebd.: 88f.). Dennoch gebe es in der Staatsform fünftens keine kapitalistische und auch keine patriarchale oder männliche Logik (vgl. ebd.: 88f.). Im weiteren Verlauf geht Sauer auf verschiedene feministische Theoretisierungen des Staates ein. Dabei formuliert sie fünf Essentials für ein feministisches Staatskonzept. Erstens sei der Staat eine Institutionalisierung und Verdichtung eines geschlechtsspezifischen

Herrschaftsverhältnisses, wodurch er einerseits Ausdruck dieses Geschlechterverhältnisses sei und andererseits die Geschlechterverhältnisse bis in den Körper hinein organisiere (vgl. ebd.: 158). Zweitens besitze der Staat keine monolithische institutionelle Struktur, sondern eröffne eine flexible diskursive Arena, somit sei der Staat nicht kohärent, sondern setze sich aus verschiedenen Machtblöcken zusammen und sei mithin relativ autonom (vgl. ebd.: 158). Drittens müsse der Staat als Apparat verstanden werden, der mit eigenen Herrschaftsmechanismen ausgestattet sei, doch dennoch bedürfe es viertens eines integralen Staatskonzepts, das den Staat nicht nur als Bürokratie verstehe, sondern ihn in einem Interessenfeld situiere (vgl. ebd.: 156). Fünftens sei der Staat nicht von der Zivilgesellschaft zu trennen (vgl. ebd.: 156).

Der letzte Text zur feministisch-materialistischen Staatstheorie, auf den ich hier eingehen möchte, ist „Geschlechterverhältnisse im bürgerlichen Staat. Feministische Denkart materialistischer Staatstheorien“ von Evi Genetti. Sie beschreibt mit Bezug auf Regina Becker Schmidt, dass man im Kapitalismus von einer „doppelten Vergesellschaftung“ von Frauen* sprechen könne, denn diese würden ihre Arbeitskraft der Gesellschaft zum einen bezahlt in Form von Erwerbsarbeit und zum anderen unbezahlt in Form von reproduktiver Arbeit zur Verfügung stellen (vgl. Genetti 2015: 156). Genetti erläutert dann im weiteren Verlauf, wie dies mit vergeschlechtlichten Machtverhältnissen und der kapitalistischen Produktionsweise zusammenhängt und wie diese sich im Staat ausdrücken (vgl. ebd.: 156ff.).

„Die »patriarchale« Verfasstheit des modernen Staates lässt sich also aus den grundlegenden Strukturen bzw. Formen der patriarchal-kapitalistischen Verhältnisse begründen. In anderen Worten: Ebenso wie der »Klassencharakter« ergibt sich der geschlechtliche Charakter des Staates aus der »Strukturadäquanz« zwischen den kapitalistischen und patriarchalen gesellschaftlichen Verhältnissen und der politischen Herrschaftsform.“ (ebd.: 159)

Analog zu Klassenkonflikten gebe es Genetti zufolge durchaus auch Geschlechterkämpfe darum, wie sich der patriarchale Charakter des Staates in konkreten Fällen äußert, doch diese Kämpfe würden trotzdem den bestehenden vergeschlechtlichten Machtverhältnissen unterliegen und diese nicht grundsätzlich angreifen (vgl. ebd.: 160).

Zusammenfassend lässt sich also im Anschluss an Poulantzas sagen, dass es eine „Aufgabe“ des kapitalistischen Staates ist, die Produktivität von Arbeitskraft zu steigern (vgl. Poulantzas 1978: 162f.). Eine Möglichkeit dazu bietet sich dem Staat durch die Organisation von Reproduktionsarbeit (vgl. Ludwig 2015: 126), denn nach kapitalistischer Logik steigt die Produktion von Mehrwert mit der Verringerung von „Kosten“ für die Reproduktion von Arbeitskraft. Meinem Verständnis nach schreibt die feministisch-materialistische Staatstheorie dem Staat im Bereich der sozialen Reproduktion daher die Rolle zu, diese über rechtliche

Bestimmungen, Ideologie und die Konstruktion bestimmter Gruppen (Klassen, Geschlechter etc.) (vgl. Sauer/Ludwig 2010: 179ff.) zu organisieren, mit dem Ziel die „Kosten“ für diese Reproduktion möglichst gering zu halten, um möglichst viel Mehrwert in der kapitalistischen Produktion zu ermöglichen.

Anschließend an diese Ausführungen zur feministisch-materialistischen Staatstheorie möchte ich nun erläutern, wie ich das hier dargestellte Staatsverständnis der feministisch-materialistischen Staatstheorie, besonders in Bezug auf die Rolle des Staates im Bereich der sozialen Reproduktion, verstehe. Dabei beziehe ich mich zunächst auf Engels Überlegungen zum Staat. Dieser geht davon aus, dass es sich beim Staat um ein Instrument der Ausbeutung handelt (vgl. Engels 1884: 753). Engels bezieht sich hier zwar nicht auf vergeschlechtlichte Ausbeutung, sondern auf die Ausbeutung der Arbeiter*innenklasse, deren Rahmen ein bürgerlicher und kapitalistischer Staat bildet, doch er geht auch auf den Zusammenhang zwischen vergeschlechtlichter Ungleichheit und dem Staat ein (vgl. ebd.: 757). Daher soll in der vorliegenden Arbeit davon ausgegangen werden, dass die feministisch-materialistische Staatstheorie den Staat als „Instrument der Ausbeutung“ versteht und davon ausgeht, dass der Staat den Rahmen für Ausbeutung bildet, die auf verschiedenen Ungleichheitsverhältnissen (Klasse, Geschlecht, Race etc.) basiert.

Des Weiteren bezieht sich das feministisch-materialistische Staatsverständnis, das dieser Arbeit zugrunde liegt auf die staatstheoretischen Überlegungen von Nicos Poulantzas. Dieser versteht den Staat als ein Terrain, auf dem (Klassen-)Kämpfe ausgetragen werden, weshalb es sich beim Staat um ein soziales Verhältnis handle (vgl. Löffler 2011: 104). Auch andere Autor*innen, wie beispielsweise Gundula Ludwig und Birgit Sauer, verstehen den Staat als ein gesellschaftliches Verhältnis und als Machtfeld, in dem sich verschiedene Ungleichheitsverhältnisse (Geschlecht, Sexualität, Klasse, Race etc.) verknüpfen und verdichten (vgl. Ludwig/Sauer 2010: 183f.). Daher gehe ich in dieser Arbeit davon aus, dass sich in der feministisch-materialistischen Staatstheorie ein Staatsverständnis zeigt, das davon ausgeht, dass es sich beim Staat um ein Terrain handelt, auf dem gesellschaftliche Antagonismen in Form von Kämpfen ausgetragen werden. Außerdem versteht die feministisch-materialistische Staatstheorie den Staat als soziales Verhältnis und geht davon aus, dass gesellschaftliche Ungleichheitsverhältnisse im Staat ausgetragen werden.

Die nächste Annahme über den Staat, die sich meinem Verständnis nach in der feministisch-materialistischen Staatstheorie zeigt, ist, dass der Staat und die Geschlechterverhältnisse in einem Wechselverhältnis zueinander stehen und sich gegenseitig beeinflussen. So schreiben beispielsweise Sauer und Ludwig: „Staatlichkeit entsteht aus Geschlechterverhältnissen und

umgekehrt [...].“ (ebd.: 185) und Sauer allein schreibt an anderer Stelle, dass der Staat gleichzeitig Ausdruck und Organisator von Geschlechterverhältnissen sei (vgl. Sauer 2003: 19). Eine weitere Annahme über den Staat, die sich in der in diesem Kapitel dargestellten feministisch-materialistischen Staatstheorie zeigt, ist, dass der Staat kapitalistisch und patriarchal ist, weil ihm spezifische Gewaltverhältnisse zugrunde liegen, in die verschiedene Ungleichheitsverhältnisse (Klasse, Geschlecht, Sexualität, Race, Migration etc.) eingeschrieben sind (vgl. Sauer 2018a: 214).

Eine zentrale Rolle, die die feministisch-materialistische Staatstheorie, die in diesem Kapitel eingeführt wurde, meinem Verständnis dieser Theorie nach dem Staat zuspricht, ist die vergeschlechtlichte Trennung zwischen der öffentlichen und privaten Sphäre, wobei die öffentliche als politische Sphäre vermeintlich männlich* definiert wird und die private Sphäre als naturhaft und vor-politisch und damit vermeintlich weiblich* definiert wird (vgl. Ludwig 2015: 20ff.). Diese vergeschlechtlichte Trennung zwischen „privat“ und „öffentlich“ ist laut der feministisch-materialistischen Staatstheorie, die im vorherigen Kapitel eingeführt wurde, eine Form, wie der Staat die soziale Reproduktion kontrolliert. Der Staat definiert die Reproduktion als „privat“ und trennt sie somit von der „öffentlichen“ Sphäre der Produktion (vgl. Ludwig/Sauer 2010: 180). Daher kann der Staat über rechtliche Bestimmungen und Ideologie vergeschlechtlichte „Zuständigkeiten“ für die Produktions- und die Reproduktionssphäre konstruieren (vgl. ebd.: 179f.). Da die Sphäre der Reproduktion durch den Staat als „privat“ definiert wird und die private Sphäre, wie vorher erklärt, durch die staatliche Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit als vermeintlich weiblich definiert wird, kann hier davon ausgegangen werden, dass der Staat dafür verantwortlich ist, dass es zu einer vergeschlechtlichten gesellschaftlichen Arbeitsteilung kommt, bei der vor allem Frauen* die Aufgaben der Reproduktion zugeschrieben werden.

Darüber hinaus, dass der Staat nach dem Verständnis der feministisch-materialistischen Staatstheorie durch seine Unterscheidung zwischen Öffentlichkeit und Privatheit für die vergeschlechtlichte Arbeitsteilung innerhalb der Gesellschaft verantwortlich ist, schafft er diesem theoretischen Verständnis nach auch die Voraussetzung für Reproduktion in einer patriarchalen, heteronormativen und kapitalistischen gesellschaftlichen Ordnung, indem er Individuen auf bestimmte Gruppen (Klassen, Race, Geschlechter etc.) verteilt (vgl. ebd.: 181f.). Daher kann davon ausgegangen werden, dass der Staat auch zentral ist für Ungleichheitsverhältnisse neben vergeschlechtlichter Ungleichheit, die beeinflussen, wer in einer Gesellschaft wie viel Reproduktionsarbeit leistet.

Eine weitere Annahme der feministisch-materialistischen Staatstheorie ist meinem Verständnis nach, dass es sich beim Staat um eine Institutionalisierung von Herrschaftsverhältnissen handelt und Beispiele für diese Herrschaftsverhältnisse sind die vergeschlechtlichte und rassialisierte Arbeitsteilung in der Gesellschaft und die soziale Reproduktion, die auf einer heteronormativen Geschlechterbinarität beruht (vgl. Sauer 2022: 466).

Darüber hinaus schreibt die feministisch-materialistische Staatstheorie dem kapitalistischen Staat und besonders dem Wohlfahrtsstaat einen patriarchalen Charakter zu, weil für die kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsverhältnisse eine vergeschlechtlichte Arbeitsteilung notwendig ist, die durch einen patriarchalen (Wohlfahrts-)Staat gewährleistet werden soll (vgl. Sauer 2018b: 121).

Ein etwas anderer Ansatz zur Rolle des Staates in der sozialen Reproduktion zeigt sich im staatstheoretischen Verständnis von Nicos Poulantzas, denn für ihn greift der Staat vor allem in die Produktionsverhältnisse ein, um die Produktivität von Arbeitskraft zu steigern, doch da Reproduktion seiner Meinung nach in Grenzen stattfindet, die durch die Produktionsverhältnisse gesetzt werden, kontrolliert der Staat die Reproduktionsverhältnisse quasi indirekt über seinen Eingriff in die Produktionsverhältnisse (vgl. Poulantzas 1978: 162f.). Daher kann davon ausgegangen werden, dass die feministisch-materialistische Staatstheorie (zumindest in Teilen) auch davon ausgeht, dass der Staat in Produktionsverhältnisse eingreift und dass er dadurch indirekt auch auf Reproduktionsverhältnisse einwirkt.

2.3 Die Krise der sozialen Reproduktion

Die vorliegende Arbeit geht davon aus, dass die aktuelle Situation sozialer Reproduktion eine krisenhafte ist. Daher soll hier geklärt werden, warum in der feministischen Wissenschaft von einer „Krise der sozialen Reproduktion“ gesprochen wird und aus welcher Perspektive es sich dabei um eine Krise handelt.

Um zu verstehen, inwiefern wir aktuell eine Krise der sozialen Reproduktion erleben, braucht es zunächst ein Verständnis von Krisen im Allgemeinen. Dafür wird hier eine sehr allgemeine Krisendefinition der deutschen Bundeszentrale für politische Bildung herangezogen:

„[Krise] bezeichnet eine über einen gewissen (längeren) Zeitraum anhaltende massive Störung des gesellschaftlichen, politischen oder wirtschaftlichen Systems. Krisen bergen gleichzeitig auch die Chance zur (aktiv zu suchenden qualitativen) Verbesserung.“ (BpB)

Laut einer Krisendefinition aus der kritischen Theorie handelt es sich bei Krisen um ein relativ offenes Phänomen. Sie könnten „[...] einerseits eine emanzipatorische politische Umwälzung ermöglichen, andererseits aber auch mit der Regenerierung kapitalistischer Reproduktion enden

[...].“ (Sablowski 2003:101). Eine weitere Krisendefinition findet sich bei Julia Dück in Anlehnung an Antonio Gramsci, wonach eine Krise als gesellschaftliche Krise verstanden werden müsse, in der ökonomische, politische und ideologische Krisentendenzen ineinandergreifen und nicht aufeinander reduzierbar seien (vgl. Dück 2016: 170). Im gemeinsam mit Pauline Bader, Patrick Becker und Alex Demirović verfassten Text „Die multiple Krise – Krisendynamiken im neoliberalen Kapitalismus“ beschäftigt sich Dück ebenfalls mit Krisen. Sie argumentieren darin, dass die bürgerliche Gesellschaftsformation regelmäßig von Krisen ergriffen werde und die Krisen betreffen nicht nur die Ökonomie und reichen unterschiedlich tief (vgl. Bader et al. 2011: 11). Das Auftreten dieser Krisen und von Widersprüchen im Neoliberalismus bedeute keinen Bruch mit der neoliberalen Phase des Kapitalismus (vgl. ebd.: 13). Das Gegenteil könne sogar der Fall sein, denn „[i]n den letzten Jahren ist es immer wieder gelungen, Krisen für die Ausweitung der neoliberalen Herrschaftsformation nutzbar zu machen.“ (ebd.: 14). Hier zeigt sich also, dass es sich bei der aktuell beschriebenen „Krise der sozialen Reproduktion“ um einen „normalen“ Prozess im (neoliberalen) Kapitalismus handeln könnte.

Verschiedene Autor*innen weisen auf die Wichtigkeit sozialer Reproduktion hin. So schreiben beispielsweise Anna Amelina und Helma Lutz, dass es ohne Reproduktion keine Produktion geben könne und umgekehrt (vgl. Amelina/Lutz 2017: 91f.). Und Nancy Fraser schreibt: „No society that systematically undermines social reproduction can endure for long.“ (Fraser 2017: 21). Trotz dieser Wichtigkeit gibt Fraser allerdings zu bedenken, dass die Tendenz des Kapitalismus zur unbegrenzten Akkumulation den Reproduktionsprozess bedrohe (vgl. ebd.: 22). In diesem Widerspruch zwischen der Wichtigkeit sozialer Reproduktion im kapitalistischen System und der Bedrohung des Reproduktionsprozesses durch eben dieses System, sieht Fraser die Wurzel der aktuellen Krise sozialer Reproduktion (vgl. ebd.: 36). Auch Gabriele Winker weist auf diese widersprüchliche Rolle sozialer Reproduktion hin:

„Für die Verwertung des Kapitals ist es also nicht nur wichtig, dass Arbeitskraft reproduziert wird, sondern auch, dass diese Reproduktion möglichst kostengünstig stattfindet. Wie dies konkret passiert [...] ist in der Logik des kapitalistischen Verwertungsprozesses weitgehend unbedeutend. Entscheidend ist, dass erstens Arbeitskraft in möglichst hohem Umfang zur Verfügung steht, dass Beschäftigte zweitens gleichzeitig durch nicht entlohnte Sorgearbeit die Reproduktionskosten der Arbeitskraft gering halten, dass sie drittens dafür sorgen, dass ihre Arbeitskraft [...] rentabel einsetzbar ist, und dass sie viertens ihre Kinder als Arbeitskräfte von morgen großziehen und sich auch um unterstützungsbedürftige ehemalige Arbeitskräfte kümmern.“ (Winker 2021: 73)

Im gegenwärtigen neoliberalen Finanzkapitalismus trete diese Widersprüchlichkeit in besonderer Form zutage, denn das Leisten von Sorgearbeit beruhe zwar weiterhin auf vergeschlechtlichter Arbeitsteilung, doch neu sei die Idealvorstellung einer Integration aller Menschen in die Produktionssphäre, was zu einer Abwertung von Reproduktionsarbeit führe (vgl. Fraser 2017: 33). Diese zunehmende Integration von Frauen* in die Produktionssphäre habe „Sorgelücken“ im globalen Norden und Westen zur Folge und ein Versuch diese Problematik zu bewältigen sei der Zugriff auf migrantische Arbeitskraft aus dem globalen Süden und Osten, wodurch die Problematik allerdings nicht nachhaltig gelöst, sondern nur verschoben werde, was zu sogenannten „Global Care Chains“ führe (vgl. ebd.: 34). Durch diese strukturerhaltende und externalisierende Antwort des Kapitalismus auf die Krisensymptome wird die Krise nicht substanziell gelöst (vgl. ebd.: 34ff.; Brand/Wissen 2017 63f.). Neben dieser Externalisierung kommt es einerseits auch zu einer zunehmenden Privatisierung von Reproduktionsarbeit durch einen Abbau sozialstaatlicher Absicherungen und andererseits zu einer zunehmenden Kommodifizierung und daraus folgender Konsumierbarkeit von Reproduktionsarbeit (vgl. Dück 2018: 131).

Winker formuliert anschließend an Gramsci, dass im neoliberalen Konzept mit der aktuellen Krise sozialer Reproduktion „unheilbare Widersprüche“ auftreten würden, wodurch dieses an seine Grenzen stoße, was allerdings nicht bedeute, dass der Kapitalismus am Ende sei, da dieser wandlungsfähig bleibe (vgl. Winker 2021: 80). Es brauche daher laut Fraser eine grundlegende Transformation von Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, um die Krise wirklich zu überwinden und nicht nur Krisensymptome zu externalisieren:

„What is required, above all, is to overcome financialized capitalism’s rapacious subjugation of reproduction to production—but this time without sacrificing either emancipation or social protection. This, in turn, requires reinventing the production/reproduction distinction and reimagining the gender order. Whether the result will be compatible with capitalism at all remains to be seen.” (Fraser 2017: 36)

Bei Betrachtung der hier herangezogenen Texte zur Krise sozialer Reproduktion wird deutlich, dass diese Krise auf Problematiken beruht, die dem Kapitalismus inhärent sind, wie beispielsweise die widersprüchliche Rolle sozialer Reproduktion im kapitalistischen System und die Externalisierung von Krisensymptomen. Daher kann argumentiert werden, dass es sich bei der Krise der sozialen Reproduktion um eine Krise des kapitalistischen Reproduktionsregimes handelt und nicht um eine Krise von Reproduktion an sich. Aus diesem Grund wird in den diskutierten Texten auch darauf hingewiesen, dass die Krise nur durch eine strukturelle Transformation überwunden werden kann, die, wie Fraser im vorangegangenen Zitat deutlich macht, möglicherweise nicht mit dem Kapitalismus kompatibel ist. Dennoch

weist beispielsweise Dück darauf hin, dass die aktuelle Krise nicht nur das kapitalistische Reproduktionsregime bedrohe, sondern auch andere Folgen habe: „Auf individueller Ebene äußert sich die Care-Krise als Erschöpfung, Burnout, Stress, Druck und das Scheitern an eigenen Ansprüchen in Arbeit und Leben.“ (Dück 2016: 166). Dies macht deutlich, dass es sich bei der Krise sozialer Reproduktion zwar um eine Krise des kapitalistischen Reproduktionsregimes handelt, doch dass diese darüber hinaus von Individuen auch krisenhaft wahrgenommen wird. In den herangezogenen Texten zeigt sich, dass eine Überwindung dieser Krise nicht innerhalb des aktuellen neoliberalen kapitalistischen Systems möglich ist.

Betrachtet man den in Kapitel 2.1 erläuterten Unterschied zwischen dem Reproduktionsbegriff und dem Care-Begriff kann meiner Meinung nach davon ausgegangen werden, dass der Begriff der Krise der sozialen Reproduktion eher die hier festgestellte Krise des kapitalistischen Reproduktionsregimes beschreibt, während der Begriff der Care-Krise eher die hier beschriebenen individuell wahrgenommenen prekären Verhältnisse beschreibt, unter denen in der aktuellen Situation Care-Arbeit geleistet werden muss.

3. Analyse

Im Folgenden sollen verschiedene wissenschaftliche Texte zur aktuellen Situation sozialer Reproduktion auf ihr Staatsverständnis und ihre Aussagen zur Rolle des Staates hin untersucht werden. Dazu wird zunächst die Methode erläutert, mit der die ausgewählten Texte des wissenschaftlichen Diskurses zur Krise der sozialen Reproduktion analysiert werden sollen. Anschließend wird das ausgewählte Analysematerial vorgestellt und dabei erklärt, aus welchen Gründen dieses ausgewählt wurde. Darauf folgend wird dann die konkrete Diskursanalyse dieses Materials durchgeführt. Abschließend sollen die Ergebnisse dieser Diskursanalyse mit den staats-theoretischen Annahmen, die der vorliegenden Arbeit zugrunde liegen, in Zusammenhang gebracht werden, wodurch die staats-theoretischen Positionen im untersuchten Diskurs herausgearbeitet werden sollen.

3.1 Methode

In diesem Abschnitt möchte ich skizzieren, welchen methodischen Ansatz ich für die folgende Analyse in der vorliegenden Arbeit gewählt habe. Meine Analyse des wissenschaftlichen Diskurses zur Krise der sozialen Reproduktion soll sich methodisch an der Kritischen Diskursanalyse (KDA) nach Jäger orientieren. Ich habe mich dafür entschieden, mich an der KDA zu orientieren, da diesem Konzept qualitativer Sozialforschung ein kritisches Potenzial zugeschrieben wird, „[...] das es besonders dazu geeignet macht, gesellschaftlich brisante

Themen zu analysieren, zu problematisieren und zu kritisieren.“ (Jäger 2019: 62). Dabei sind allerdings nur bestimmte Aspekte der KDA für die Analyse in der vorliegenden Arbeit relevant, wie ich im weiteren Verlauf ausführen werde. Daher werde ich keine vollständige KDA nach Jäger durchführen, sondern nur auf bestimmte Teile dieses Konzepts für die Analyse des wissenschaftlichen Diskurses zur Krise der sozialen Reproduktion zurück greifen.

Die Kritische Diskursanalyse versteht unter einem Diskurs sowohl die Form als auch den Inhalt von Äußerungen (vgl. Jäger 2021: 5). Laut der KDA strukturiert sich ein solcher Gesamtdiskurs in verschiedene Teile, die als Diskursstränge und Diskursfragmente bezeichnet werden, und findet auf verschiedenen diskursiven Ebenen statt (vgl. Jäger 2011; Jäger 2021). Bei diesen verschiedenen diskursiven Ebenen handelt es sich nach dem Verständnis der KDA um soziale Kontexte, aus denen gesprochen wird (vgl. Jäger 2021: 12). Diese verschiedenen Kontexte und damit die verschiedenen Ebenen eines Diskurses können beispielsweise Wissenschaft, Politik, Medien, Alltag, Verwaltung etc. sein (vgl. Jäger 2011: 110). Da in der vorliegenden Arbeit nur der wissenschaftliche Diskurs zur Krise der sozialen Reproduktion bzw. zur Care-Krise analysiert werden soll, kann daher davon ausgegangen werden, dass dieser zu analysierende Diskurs nur auf einer, nämlich der wissenschaftlichen Ebene, stattfindet und in der folgenden Analyse nicht weiter auf verschiedene Ebenen des Diskurses eingegangen werden muss. Neben unterschiedlichen Diskursebenen unterscheidet die KDA auch zwischen Spezialdiskursen, worunter Wissenschaft verstanden wird, und Interdiskursen, worunter nicht-wissenschaftliches verstanden wird (vgl. ebd.: 107). Daher kann davon ausgegangen werden, dass es sich bei dem in der vorliegenden Arbeit zu analysierenden wissenschaftlichen Diskurs zur Krise der sozialen Reproduktion nach dem Verständnis der KDA um einen Spezialdiskurs handelt.

Die Aspekte der KDA, die für die Analyse in der vorliegenden Arbeit meiner Meinung nach am relevantesten sind, sind die Identifizierungen verschiedener Diskursstränge und Diskursfragmente innerhalb des zu analysierenden Gesamtdiskurses. Ein Gesamtdiskurs besteht der KDA zufolge aus verschiedenen Diskurssträngen, worunter bestimmte Aussagen und deren Häufung (vgl. Jäger 2021: 12) sowie thematisch einheitliche Diskursverläufe (vgl. Jäger 2011: 108) verstanden werden. Diese verschiedenen Diskursstränge bestehen nach dem Verständnis der KDA wiederum aus verschiedenen Diskursfragmenten, worunter Texte oder Textteile verstanden werden, die ein bestimmtes Thema behandeln (vgl. Jäger 2011: 108; Jäger 2021: 2021). Innerhalb eines Textes können verschiedene dieser Diskursfragmente enthalten sein, wodurch es zu einer Verschränkung verschiedener Fragmente in einem solchen Text kommen kann (vgl. Jäger 2011: 108). Auch verschiedene Diskursstränge können innerhalb eines Textes verschränkt sein, beispielsweise bei einem Text, der mehrere Themen behandelt,

oder auch bei einem Text mit einem Hauptthema, in dem sich auch Bezüge zu anderen Themen finden lassen (vgl. ebd.: 108).

Ein weiterer Aspekt, auf den hin Diskurse laut der KDA untersucht werden sollten, sind Diskurspositionen. Dabei handle es sich um den Ort, von dem aus die Beteiligung an einem Diskurs und seine Bewertung erfolgt (vgl. Jäger 2021: 13). Darunter kann beispielsweise der spezifische ideologische Standort eines Mediums oder einer Person, die sich am Diskurs beteiligen, verstanden werden (vgl. Jäger 2011: 110). Ebenfalls relevant für die Analyse eines Diskurses ist laut der KDA zu untersuchen, ob es in diesem Diskurs bestimmte diskursive Ereignisse gibt (vgl. Jäger 2021: 12). Dabei handele es sich um Ereignisse, durch die die Richtung und die Qualität des Diskurses beeinflusst werden (vgl. ebd.: 12).

Mithilfe dieser Ansätze der Kritischen Diskursanalyse soll im weiteren Verlauf der vorliegenden Arbeit der wissenschaftliche Diskurs zur Krise der sozialen Reproduktion bzw. zur Care-Krise analysiert werden. Für die Analyse wurden verschiedene Beiträge zu diesem wissenschaftlichen Diskurs ausgewählt, die im folgenden Abschnitt zunächst kurz vorgestellt werden sollen.

3.2 Analysematerial

In diesem Abschnitt möchte ich kurz die verschiedenen Texte zur Krise der sozialen Reproduktion bzw. zur Care-Krise vorstellen, die ich ausgewählt habe, um sie im nächsten Abschnitt auf ihr Staatsverständnis hin zu untersuchen. Dabei werde ich kurz auf den Inhalt der verschiedenen Texte eingehen und anschließend erläutern, aus welchen Gründen ich diese Texte für die Analyse ausgewählt habe.

Insgesamt habe ich bei der Auswahl der Texte darauf geachtet, dass es sich dabei um Texte in verschiedenen Sprachen handelt, um sowohl den Diskurs im deutschsprachigen Raum (hier vor allem Deutschland und Österreich) als auch den internationalen Diskurs zur Krise der sozialen Reproduktion abzubilden. Aufgrund meiner Sprachkenntnisse musste ich mich dabei auf englischsprachige Texte beschränken. Darüber hinaus habe ich sowohl Texte ausgewählt, die von einer „Krise der sozialen Reproduktion“ ausgehen, als auch Texte, in denen von einer „Care- bzw. Sorgekrise“ die Rede ist, um untersuchen zu können, ob den verschiedenen Verständnissen der Krise auch verschiedene Verständnisse des Staates zugrunde liegen. Außerdem habe ich mich dafür entschieden, neben Texten, die allgemein die Krise behandeln auch Texte für die Analyse auszuwählen, die sich nur mit bestimmten „Symptomen“ dieser Krise (z.B. Sorgeextraktivismus (vgl. Wichterich 2016)) beschäftigen.

Der erste Text, der im folgenden Abschnitt auf seinen Beitrag zum Diskurs über den Staat in der Krise der sozialen Reproduktion bzw. der Care-Krise hin analysiert werden soll, ist „Crisis of Care? Reproductive Contradictions of Contemporary Capitalism“ von Nancy Fraser aus dem Jahr 2017. Darin geht sie darauf ein welche Rolle Care-Arbeit bzw. soziale Reproduktion im modernen Kapitalismus einnehmen, denn ohne Reproduktionsarbeit könne es in einer Gesellschaft keine Kultur, keine Wirtschaft und auch keine politische Organisation geben (vgl. Fraser 2017: 21). Daher könne keine Gesellschaft, die soziale Reproduktion systematisch unterminiert, dies lange überstehen, doch in der aktuellen kapitalistischen Gesellschaft geschehe genau dies (vgl. ebd.: 21). Dabei sei diese Krise der sozialen Reproduktion ein relevanter Strang einer generellen Krise, die sich auch über Wirtschaft, Ökologie und Politik erstrecke (vgl. ebd.: 21). Die Care-Krise könne dabei als ein Ausdruck der widersprüchlichen Position sozialer Reproduktion im finanzialisierten Kapitalismus verstanden werden (vgl. ebd.: 21f.). Daher erläutert Fraser im weiteren Verlauf dieses Textes, inwiefern die Rolle sozialer Reproduktion widersprüchlich ist. Sie fasst diese Widersprüchlichkeit folgendermaßen zusammen: „On the one hand, social reproduction is a condition of possibility for sustained capital accumulation; on the other hand, capitalism’s orientation to unlimited accumulation tends to destabilize the very process of social reproduction on which it relies.“ (ebd.: 22). Anschließend beschreibt Fraser die historische Entwicklung von Regimen sozialer Reproduktion und wie diese in bestimmten Epochen des Kapitalismus aufgetreten sind (vgl. ebd.: 25ff.). Für die Analyse im Rahmen der vorliegenden Arbeit sind vor allem Frasers Ausführungen zur aktuellen Phase, also dem finanzialisierten Kapitalismus relevant, auf die sie ab Seite 32 ihres Textes eingeht.

Ich habe diesen Text von Nancy Fraser für die Analyse in der vorliegenden Arbeit ausgewählt, weil darin deutlich wird, wie die aktuelle Situation sozialer Reproduktion mit ihrer generellen Rolle in kapitalistischen Gesellschaften zusammenhängt. Daher gehe ich davon aus, dass eine Analyse dieses Texts dazu beitragen kann, zu verstehen, welche Rolle der Staat in diesem kapitalistischen Reproduktionsregime spielt und damit auch in der Krise, die aus diesem Regime resultiert. Auf diesen Zusammenhang zwischen sozialer Reproduktion (und damit auch Geschlechterverhältnissen), kapitalistischer Gesellschaftsordnung und dem Staat weist auch die feministisch-materialistische Staatstheorie hin, die die theoretische Grundlage für die vorliegende Arbeit bildet. Daher ist es auch relevant zu analysieren, inwiefern dieser Zusammenhang zwischen sozialer Reproduktion, Kapitalismus und Staat in Frasers Text dem Verständnis feministisch-materialistischer Staatstheorie entspricht.

Der zweite Text, den ich für Analyse im nächsten Abschnitt dieser Arbeit ausgewählt habe, ist „Zum Verhältnis von Gender und Care oder: Warum ist Sorgearbeit weiblich?“ von Susanne A. Dreas. Sie gibt in diesem Text zunächst eine Definition von Care-Arbeit: „Care oder Care Work beschreibt alle Tätigkeiten, die Familienarbeit, Fürsorgearbeit und soziale Betreuungsarbeit von Menschen umfassen.“ (Dreas 2019: 224). Danach geht sie darauf ein, wie sich historisch die Vergeschlechtlichung von Care-Arbeit entwickelt hat. Diese habe sich aus Frauen* zugeschriebenen vermeintlichen Eigenschaften ergeben, aus denen konstruiert wurde, dass sie für Care-Arbeit besonders geeignet seien (vgl. ebd.: 225). Mit der Industrialisierung und der Etablierung der kapitalistischen Produktionsweise habe sich die vergeschlechtlichte Zuweisung von unterschiedlicher Arbeit weiter durchgesetzt, wodurch Geschlecht zu einer zentralen Strukturkategorie geworden und die geschlechtsspezifische Zuweisung von Care-Arbeit auch institutionalisiert worden sei (vgl. ebd.: 225). Anschließend geht Dreas in ihrem Text auf die sogenannte Care-Ökonomie ein, wobei es sich um einen Begriff handle, mit dem versucht worden sei, auch den Bereich der Care-Arbeit als eigenen Teilbereich in die ökonomische Analyse zu integrieren und somit einen Bereich zu beleuchten, den die Neoklassik nicht beachte (vgl. ebd.: 227). Im weiteren Verlauf ihres Textes geht Dreas dann konkret auf das Care-Regime in Deutschland ein. Der Begriff Care-Regime bezeichne dabei die Gesamtheit von Politiken, Praktiken, Normen und Diskursen um Care-Arbeit und beschreibe, wie Care in der Gesellschaft institutionalisiert werde (vgl. ebd.: 228). Anschließend geht Dreas genauer auf die Unterscheidung zwischen bezahlter und unbezahlter Care ein und beschreibt, wie und unter welchen Bedingungen in den jeweiligen Bereichen Care-Arbeit geleistet wird (vgl. ebd.: 229ff.). Anschließend geht sie auf das Beispiel des „Bundesprogramm Perspektive Wiedereinstieg“ ein und beschreibt, wie diese Policy Care-Arrangements in Deutschland verändert hat (vgl. ebd.: 234ff.). Unter anderem dieser Abschnitt des Textes von Dreas macht ihn für die Analyse im nächsten Kapitel der vorliegenden Arbeit interessant, da hier darauf eingegangen wird, wie ein Staat mit konkreten Policies auf die Organisation von Care-Arbeit in einer Gesellschaft Einfluss nimmt. Dreas schließt ihren Text dann mit Überlegungen dazu ab, wie eine Reorganisation von Care-Arbeit aussehen könnte und wie diese Arbeit dabei auch aufgewertet werden könnte (vgl. ebd.: 236f.). Wie bereits erläutert, war einer der Gründe für die Auswahl dieses Textes für die Analyse im Rahmen der vorliegenden Arbeit der Aspekt, dass Dreas darin darauf eingeht, wie konkrete staatliche Policies Einfluss auf die gesellschaftliche Organisation von Care-Arbeit nehmen. Ein weiterer Grund ist, dass Dreas in diesem Text ausschließlich von „Care“ und nicht von „sozialer Reproduktion“ ausgeht. Dies ist für die Analyse interessant, da es ermöglicht zu untersuchen, ob der Staat aufgrund dieses

Verständnisses hier anders thematisiert wird als in Texten, die von „sozialer Reproduktion“ ausgehen. Obwohl Dreas nicht den Begriff der sozialen Reproduktion verwendet, der in einer materialistischen und auch marxistischen Tradition steht, geht sie davon aus, dass es relevant ist, den Bereich der Care-Arbeit auch in ökonomische Analysen einzubeziehen (vgl. ebd.: 227). Daher soll in der anschließenden Analyse in der vorliegenden Arbeit auch untersucht werden, inwiefern das Staatsverständnis in diesem Text von Dreas einem feministisch-materialistischen Staatsverständnis entspricht, obwohl sie statt des materialistischen Begriffs der „sozialen Reproduktion“ den Begriff „Care“ verwendet.

Der nächste Text, den ich im Rahmen der Analyse im folgenden Abschnitt der vorliegenden Arbeit auf sein Verständnis des Staates in der Krise der sozialen Reproduktion hin untersuchen möchte, ist „Die Care-Krise aus der Sicht eines materialistischen Feminismus“ von Julia Dück. Ich habe diesen Text für die Analyse ausgewählt, da Dück darin, wie bereits am Titel zu erkennen ist, explizit von einer materialistischen Perspektive des Feminismus ausgeht. Trotz dieser materialistischen Ausrichtung ihres Textes geht Dück hier nicht von dem materialistischen Begriff der sozialen Reproduktion aus, sondern verwendet den Begriff Care. Daher ist es meiner Meinung nach interessant, das Staatsverständnis von Dück in diesem Text zu analysieren und dabei zu untersuchen, inwiefern auch dieses der explizit feministisch-materialistischen Ausrichtung des Textes entspricht.

Dück erläutert in „Die Care-Krise aus der Sicht eines materialistischen Feminismus“ zunächst ihr Verständnis eines materialistischen Feminismus. Dieses fasst sie folgendermaßen zusammen:

„Materialistischer Feminismus nimmt [...] umfassend gesellschaftstheoretisch und in emanzipatorischer Perspektive die Gesamtheit der Verhältnisse in den Blick, unter denen Geschlechterungleichheit produziert und reproduziert wird, sich verschiedene Herrschaftsverhältnisse verschränken, aber auch Möglichkeiten des Widerstands hervorgerufen werden.“ (Dück 2016: 163)

An diese Definition eines materialistischen Feminismus anschließend geht Dück dann auf die aktuelle Care-Krise ein. Dabei erläutert sie zunächst, wie die gesellschaftliche Transformation hin zum Neoliberalismus auch die gesellschaftliche Organisation von Care verändert und somit zur aktuellen Care-Krise geführt hat (vgl. ebd.: 164ff.). Daran anschließend beschreibt Dück, wie diese neoliberale Veränderung von Care auch zu einer Reorganisation von Geschlechterverhältnissen geführt habe, denn „[d]er neoliberale Umbau von Care ist [...] nicht ‚geschlechtsneutral‘ verlaufen, sondern hat sich vergeschlechtlicht vollzogen.“ (ebd.: 166f.).

Diese Veränderung der Geschlechterverhältnisse in der gesellschaftlichen Organisation stelle sich folgendermaßen dar:

„Weibliche Erwerbsintegration und die verstärkt in bezahlten Formen organisierten Care-Tätigkeiten führen in den Privathaushalten folglich zu Verschiebungen in der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und einer neuen Trennlinie zwischen öffentlich und privat – aber diese Verschiebungen verlaufen entlang von Klasse und *Race*, und darin wiederum vergeschlechtlicht.“ (ebd.: 167)

Somit geht Dück in diesem Text davon aus, dass es im Zuge der neoliberalen Reorganisation von Care-Arbeit nicht zu einer Neu-Verteilung von Care-Aufgaben zwischen den Geschlechtern gekommen sei, sondern lediglich zu einer Umverteilung dieser Aufgaben von „privilegierten“ Frauen* zu prekarierten und migrantisierten Frauen*. Abschließend geht Dück dann in diesem Text noch explizit auf den Begriff der Krise ein und darauf, inwiefern es sich bei der aktuellen gesellschaftlichen Situation von Care-Arbeit um eine Krise handelt (vgl. ebd.: 169ff.). Dabei orientiert sie sich mit ihrer Krisendefinition am Verständnis von Antonio Gramsci, wonach eine Krise als gesellschaftliche Krise verstanden werden müsse, in der ökonomische, politische und ideologische Krisentendenzen ineinander greifen bzw. ineinander greifen können (vgl. ebd.: 170). Daher erklärt Dück die Care-Krise folgendermaßen:

„Das Krisenhafte der Veränderungen von Care und der Geschlechterverhältnisse besteht folglich in einer Infragestellung der geschichtlich spezifischen Artikulation unterschiedlicher gesellschaftlicher Verhältnisse, also in einem Zusammenhang der vielfältigen Entwicklungen [...]“ (ebd.: 171)

Derzeit gelinge es zwar noch, mit bestimmten Maßnahmen die Krise zu bearbeiten, doch diese Bearbeitung zielen nicht auf die komplexen Zusammenhänge und die verschränkten Krisenprozesse, weshalb die gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse aufrechterhalten würden (vgl. ebd.: 171f.).

Ich habe mich dazu entschieden in der Analyse im nächsten Abschnitt der vorliegenden Arbeit auch noch einen weiteren Text von Julia Dück aus sein Staatsverständnis hin zu untersuchen. Dabei handelt es sich um „Feministische Klassenpolitiken in Kämpfen um soziale Reproduktion. Zu den Auseinandersetzungen an der Berliner Charité für mehr Personal im Krankenhaus“. In diesem Text widmet sich Dück vor allem der aktuellen Situation von sozialer Reproduktion bzw. von Care-Arbeit in Krankenhäusern und erläutert, inwiefern diese Situation auch ein Teil bzw. ein Symptom einer Krise sozialer Reproduktion ist. Dück erklärt, dass sich die Sorgelücken, die durch die Krise der sozialen Reproduktion entstehen, auch bei der Versorgung in Krankenhäusern zeigen, denn es gebe dort beispielsweise oft nicht genug Personal, um die adäquate Betreuung aller Patient*innen zu gewährleisten (vgl. Dück 2018:

130). Seit den 1980er Jahren sei es zu einer neoliberalen Umstrukturierung sozialer Reproduktion gekommen, welche sich auch in einer zunehmenden Ökonomisierung des Krankenhausbetriebs äußere (vgl. ebd.: 131). Diese trete besonders in Form des DRG-Systems (Diagnoses Related Groups, diagnosebezogene Fallpauschalen) zutage, bei dem es sich um eine Finanzierung nach Pauschalen pro Behandlungsfall handle (vgl. ebd.: 131f.). Dieses System führe dazu, dass Kliniken vor allem an Kostensenkungen orientiert seien, was sie durch eine Verschlechterung der Versorgung (z.B. Steigerung der Fälle bei kürzerer Verweildauer) und durch die Kürzung von Personal zu erreichen versuchen (vgl. ebd.: 132). Diese Entwicklung in den Krankenhäusern ist Dück zufolge ein Teil der gesellschaftlichen Wandlung sozialer Reproduktion, was sie folgendermaßen zusammenfasst:

„Die Zunahme bezahlter, professioneller Sorge sowie ihre Reorganisation im Neoliberalismus, die sich im Krankenhaus wesentlich durch die Abkehr von der bedarfsdeckenden Finanzierung zu einer Finanzierung nach Fallpauschalen vollzieht, geht demnach nicht nur mit einem Wandel der *Form*, sondern auch des *Inhalts* von sozialer Reproduktion einher.“ (ebd.: 132)

Im weiteren Verlauf des Textes geht Dück dann auf den Arbeitskampf Beschäftigter der Berliner Charité für bessere Arbeitsbedingungen ein (vgl. ebd.: 133f.). Sie beendet diesen Text mit einem Kapitel, in dem sie darauf eingeht, wie eine feministische Linke mit dieser Situation sozialer Reproduktion umgehen sollte und welche Ziele für die soziale Reproduktion diese feministische Linke verfolgen sollte (vgl. ebd.: 136f.) Sie schließt mit dem Appell an eine „feministisch-klassenpolitische Linke“, dass es dieser darum gehen sollte, Kritik an der neoliberalen Reorganisation sozialer Reproduktion zu üben, was der Ausgangspunkt eines umfassenden Umbaus der Gesellschaft sein solle (vgl. ebd.: 137).

Ich habe diesen Text von Julia Dück für die Analyse ausgewählt, da sie sich darin mit der besonderen Situation der Krankenhäuser in der Krise der sozialen Reproduktion befasst und es meiner Meinung nach relevant ist, zu untersuchen, wie sie den Einfluss des Staates auf diesen Bereich in diesem Text sieht. Sie geht besonders auf das DRG-System in Deutschland ein, welches auch durch staatlichen Einfluss entstanden ist (vgl. Bundesministerium für Gesundheit). Daher möchte ich im nächsten Abschnitt auch analysieren, wie Dück den staatlichen Einfluss auf dieses System in ihrem Text beschreibt. Ein weiterer Grund für die Auswahl dieses Textes ist für mich, dass Dück im Titel explizit den feministisch-materialistischen Begriff der sozialen Reproduktion verwendet. Daher soll auch analysiert werden, inwiefern der Verwendung dieses Begriffs entsprechend auch das Staatsverständnis, das Dück in diesem Text zeigt, ein feministisch-materialistisches ist.

Der nächste Text, den ich für die Analyse im nächsten Abschnitt der vorliegenden Arbeit ausgewählt habe, ist „Sorgearbeit und zukünftige zeitgemäße Arbeitskraft im Gegenwartskapitalismus“ von Fabienne Décieux. Zu Beginn dieses Textes beschreibt sie, dass der Gegenwartskapitalismus im westlichen Europa von einem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel geprägt sei (vgl. Décieux 2020: 191). In diesem Wandel und in der, ihrer Meinung nach, generellen Vernachlässigung von Sorgebelange im Kapitalismus sieht Décieux den Grund für die aktuelle Krise von Reproduktion und Care (vgl. ebd.: 191). Im weiteren Verlauf beschreibt sie, wie sich mit dem Wandel des Kapitalismus vom Fordismus hin zum aktuellen (neoliberalen) Kapitalismus auch der Wohlfahrtsstaat verändert hat und somit auch die Organisation von sozialer Reproduktion durch den Staat (vgl. ebd.: 193ff.). Im Anschluss daran erläutert sie genauer, wie Kinderbetreuung im Gegenwartskapitalismus (re-)organisiert wird und geht dabei spezifisch auf die Situation in Österreich ein (vgl. ebd.: 197ff.). Diese sei nach wie vor von der Konservativität der österreichischen Gesellschaft geprägt (vgl. ebd.: 200). Abschließend beschreibt Décieux, welche Potenziale, aber auch Risiken diese Reorganisation von Kinderbetreuung im aktuellen (neoliberalen) Kapitalismus birgt (vgl. ebd.: 205ff.). Dabei betrachtet sie auch, ob und wie die Geschlechterverhältnisse und die vergeschlechtlichte Arbeitsteilung im Bereich der sozialen Reproduktion bzw. Care-Arbeit durch diese Reorganisation verändert werden:

„Auch an der geschlechtlichen Arbeitsteilung hat sich wenig verändert: Sorge wird, wenn auch vermehrt in bezahlter Form, mehrheitlich von Frauen und zunehmend von MigrantInnen geleistet. Die Bedingungen dieser Lohnarbeit sind neben der Überausbeutung außerdem vielfach durch Prekarität geprägt.“ (ebd.: 206)

Als ein Beispiel für diese prekäre und migrantisierte bezahlte Reproduktions- bzw. Care-Arbeit nennt sie die sogenannte 24 h-Betreuung in Privathaushalten, die es in Österreich gibt (vgl. ebd.: 206). Auf diese spezielle Form der bezahlten Reproduktionsarbeit wird in weiteren Texten, die ich für die Analyse in der vorliegenden Arbeit ausgewählt habe, genauer eingegangen. Diese Texte werde ich im weiteren Verlauf dieses Kapitels einführen.

Décieuxs spezifischer Blick auf die aktuelle Situation sozialer Reproduktion in Österreich ist einer der Gründe, aus denen ich diesen Text zur Analyse ausgewählt habe. Es ist meiner Meinung nach interessant zu untersuchen, ob die Rolle des Staates in diesem Text, der sich speziell mit der Situation in Österreich beschäftigt, anders thematisiert wird als in anderen Texten, die ihren Fokus auf die Situation in anderen Ländern legen oder die die Krise der sozialen Reproduktion bzw. die Care-Krise allgemeiner thematisieren, ohne auf spezifische Situationen in verschiedenen Ländern einzugehen. Ein weiterer Grund dafür, dass ich diesen Text ausgewählt habe, liegt darin, dass Décieux den Grund für die aktuelle Krise sozialer

Reproduktion im Kapitalismus und vor allem in der gegenwärtigen Form des Kapitalismus sieht (vgl. ebd.: 191). Daher möchte ich analysieren, inwiefern diesem Text ein feministisch-materialistisches Staatsverständnis zugrunde liegt, da diesem Verständnis nach der Staat im Interesse der kapitalistischen Produktionsweise in den Bereich der sozialen Reproduktion eingreift. Daher ist es meiner Meinung nach interessant zu untersuchen, wie die Rolle des Staates verstanden wird, wenn davon ausgegangen wird, dass eben diese Produktionsweise für den krisenhaften Status Quo der sozialen Reproduktion verantwortlich ist.

Eine weitere Autorin neben Julia Dück, bei der ich mich dafür entschieden habe zwei ihrer Texte im Rahmen der vorliegenden Arbeit zu analysieren ist Gabriele Winker. Der erste dieser Texte, den ich hier kurz vorstellen möchte ist ihr Buch „Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft“.

In diesem Buch unterscheidet Winker zwischen dem Begriff der Reproduktionsarbeit und dem der Care-Arbeit. Der Begriff der Reproduktionsarbeit sei in den 1970er Jahren in der feministisch-marxistischen Theorie eingeführt worden, um damit unbezahlte Tätigkeiten in Familien beschreiben zu können (vgl. Winker 2015: 17f.). Ihr Verständnis dieses Begriffs der Reproduktion beschreibt Winker folgendermaßen:

„[...] [Ich] verstehe [...] unter Reproduktionsarbeit die unter den jeweiligen kapitalistischen Bedingungen zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendigen Tätigkeiten, die nicht warenförmig, sondern ausschließlich gebrauchswertorientiert in familialen und zivilgesellschaftlichen Bereichen geleistet werden.“ (ebd.: 18)

Winker verweist weiter auf die Bedeutung von Reproduktionsarbeit für die kapitalistische Produktionsweise. Wie das vorangegangene Zitat zeigt, beschreibt Winker, dass es das Ziel von Reproduktionsarbeit im Kapitalismus sei, die Ware Arbeitskraft zu „produzieren“ (vgl. ebd.: 18ff.). Dabei sei die Ware Arbeitskraft die einzige Ware, die dazu in der Lage sei, mehr Güter und Dienstleistungen zu produzieren als zu ihrer Reproduktion benötigt wird und diese Differenz sei der Mehrwert, den sich die Produktionsmittelbesitzenden aneignen (vgl. ebd.: 21). Daher sei es im Interesse des Kapitals, dass diese Reproduktionsarbeit möglichst kostengünstig geleistet wird (vgl. ebd.: 21). In dieser Funktion der Reproduktionsarbeit im System kapitalistischer Produktion werde deutlich, dass Lohnarbeit und Reproduktionsarbeit strukturell aufeinander angewiesen seien (vgl. ebd.: 21).

Im Gegensatz zu dieser vor allem systemischen Bedeutung des Begriffes der Reproduktionsarbeit, gehe es bei dem Begriff der Care-Arbeit vor allem darum, die Arbeitsinhalte von Sorgetätigkeiten zu beschreiben (vgl. ebd.: 22). Winker schreibt:

„Während sich der Begriff der unentlohten Reproduktionsarbeit als Pendant zur Lohnarbeit auf die Bedeutung familiärer Sorgetätigkeiten für die Kapitalverwertung bezieht, rücken mit der seit den 1990er Jahren international verstärkt geführten Care-Debatte die konkreten Arbeitsinhalte der Sorgetätigkeiten, deren Besonderheiten und die dafür notwendigen Kompetenzen in den Vordergrund des Interesses. Im Zentrum der Diskussion stehen dabei Tätigkeiten in der Erziehung und Bildung sowie der Gesundheit und Pflege.“ (ebd.: 22)

Nach dieser Unterscheidung zwischen Care- und Reproduktionsarbeit geht Winker darauf ein, wie sich die Organisation von Reproduktionsarbeit (in Deutschland) in den vergangenen Jahrzehnten weg vom fordistischen Modell des „Familienernährers“ und der „Hausfrau“, hin zu einem neoliberalen Modell von „Arbeitskraftmanager*innen“, die Erwerbs- und Reproduktionsarbeit koordinieren müssen, entwickelt habe (vgl. ebd.: 27ff.).

Anschließend geht Winker auf die Veränderungen des bundesdeutschen Sozialstaats seit den 1970er Jahren und vor allem seit der Agenda 2010 im Jahr 2003 ein (vgl. ebd.: 33). Diese würden sich in einem neoliberalen Umbau des Sozialsystems zeigen, der sich folgendermaßen darstellt: „Diese staatlichen Transfer- und Versicherungsleistungen ebenso wie die Unterstützung durch soziale Institutionen sind seit längerem und verstärkt seit 2003 mit den Hartz-Gesetzen dem sozialpolitischen Leitbild der Aktivierung unterworfen.“ (ebd.: 34). Außerdem sei Familienpolitik immer stärker zu Wirtschaftspolitik geworden, denn ihr Ziel liege vor allem darin, die Geburtenrate, aber gleichzeitig auch die Erwerbsbeteiligung von Frauen* zu steigern (vgl. ebd.: 36). Auch die Pflegepolitik verfolge aktuell vor allem das Ziel einer Kostenreduzierung, was zu einer Belastung pflegender Angehöriger führe (vgl. ebd.: 51). Im weiteren Verlauf ihres Buchs stellt Winker verschiedene Reproduktionsmodelle vor. Zuerst beschreibt sie das „Ökonomisierte Reproduktionsmodell“ (vgl. ebd.: 58). Dieses zeige sich in Haushalten mit einer hohen Fixierung auf Erwerbsarbeit und einem überdurchschnittlichen Haushaltseinkommen, die dazu in der Lage seien, Reproduktionsarbeit teilweise zu ökonomisieren und an Care-Beschäftigte abzugeben (vgl. ebd.: 58). Dabei handle es sich um das favorisierte neoliberale Modell, welches auch von bundesdeutscher Familienpolitik unterstützt werde (vgl. ebd.: 59). Das zweite ist das „Paarzentrierte Reproduktionsmodell“, bei dem es eine*n Hauptverdiener*in und eine*n Zuverdiener*in gebe, wobei der Lebensstandard auf mittlerem bis gehobenem Niveau sei (vgl. ebd.: 61). Daher könne Reproduktionsarbeit aus finanziellen Gründen nur teilweise an Care-Beschäftigte abgegeben werde, was zu einer Doppelbelastung der Erwerbstätigen im Haushalt führe (vgl. ebd.: 61). Dieses Modell profitiere von fordistischen sozialpolitischen Regulierungen (z.B. Ehegattensplitting) (vgl. ebd.: 62). Darüber hinaus gebe es auch ein „Prekäres Reproduktionsmodell“, bei dem Familien nicht in der Lage seien, sich über Erwerbsarbeit eine stabil existenzsichernde Perspektive zu erarbeiten

(vgl. ebd.: 64). Dies betreffe einen großen Teil der Alleinerziehenden und der Paarhaushalte, in denen nur ein Elternteil erwerbstätig ist (vgl. ebd.: 64). Das letzte Reproduktionsmodell, auf das Winker eingeht, ist das „Subsistenzorientierte Reproduktionsmodell“, welches Empfänger*innen von staatlichen Transferleistungen (Hartz IV oder Sozialhilfe) betreffe, denen zunehmend das Recht verwehrt werde, selbst zu bestimmen, wie sie Sorgearbeit für sich und andere organisieren (vgl. ebd.: 66).

Im Anschluss an diese Ausführungen zu verschiedenen Reproduktionsmodellen geht Winker auf die belastenden Arbeitsbedingungen in Care-Berufen (vgl. ebd.: 77ff.) und auf die Überforderung und Erschöpfung von Menschen ein, die privat Care-Arbeit leisten, welche vor allem aus der Doppelbelastung von privater Care-Arbeit und Erwerbsarbeit resultiert (vgl. ebd.: 82ff.). Danach widmet sie sich explizit der Krise der sozialen Reproduktion (vgl. ebd.: 91ff.). Sie schreibt dazu:

„In diesem Kapitel geht es mir darum zu zeigen, dass die Überlastung vieler Sorgearbeitender nicht auf individuellem Versagen beruht, sondern systemisch bedingt ist. Immer mehr Menschen können trotz des Verkaufs ihrer Arbeitskraft nicht ausreichend für sich und andere sorgen. Dieses Phänomen analysiere ich im Kontext einer Krise sozialer Reproduktion [...].“ (ebd.: 91)

In den nächsten beiden Kapiteln beschreibt Winker, wie die Krise der sozialen Reproduktion auch ein Ausgangspunkt für die Mobilisierung einer Care-Bewegung sein kann (Kapitel 5) (vgl. ebd.: 119ff.), und entwickelt eine Transformationsstrategie, die an Care-Arbeit ausgerichtet ist und welche sie als Care-Revolution bezeichnet (Kapitel 6) (vgl. ebd.: 139ff.). Abschließend gibt sie einen Ausblick, wie sich die Situation von Care-Arbeit in der Gesellschaft in den kommenden Jahren entwickeln könnte (vgl. ebd.: 179).

Der zweite Text von Gabriele Winker, den ich ebenfalls für die Analyse im Rahmen der vorliegenden Arbeit ausgewählt habe, ist ihr Buch „Solidarische Care-Ökonomie. Revolutionäre Realpolitik für Care und Klima“. Darin beschäftigt sie sich neben der Krise der sozialen Reproduktion auch mit der Klimakrise. Da für meine vorliegende Arbeit lediglich ihre Ausführungen zur aktuellen Situation von Reproduktionsarbeit und insbesondere zur Krise dieser relevant ist, möchte ich hier nur diese Teile von Winkers Buch kurz vorstellen. Da sie das Buch während der Covid-19-Pandemie verfasst hat, geht Winker zu Beginn auf die Situation von Reproduktionsarbeit in dieser Zeit ein. Während der Pandemie habe es zwar eine gesteigerte Aufmerksamkeit auf Sorgearbeit und vor allem auf die Situation von (bezahlten) Sorgearbeiter*innen gegeben und der Staat habe viel in die Pandemiebekämpfung investiert, doch Aufmerksamkeit und Unterstützung für familiäre Sorgearbeit habe es kaum gegeben, was zu einer Mehrbelastung in den Familien, vor allem für Frauen*, geführt habe (vgl. Winker 2021:

9). Trotz dieser besonderen Situation während der Pandemie, beschreibt Winker die hohe Belastung von Care-Arbeiter*innen als ein systemisches Problem im Kapitalismus:

„Die bestehende Gesellschaftsordnung hat also nicht das Potenzial, der Zerstörung der Ökosysteme effektiv entgegenzutreten. Unternehmen und politisch Verantwortliche werden weiterhin Sorgebedürfnisse missachten und soziale Beziehungen gefährden. So werden sich die übermäßige Belastung Sorgearbeitender und die Zerstörung der ökologischen Lebensgrundlage fortsetzen, solange wir uns in einer kapitalistischen Gesellschaft befinden.“ (ebd.: 12)

Im zweiten Kapitel ihres Buches geht sie dann genauer auf die Rolle und die aktuelle Situation von Reproduktionsarbeit in der Gesellschaft ein. Dabei erläutert sie zunächst, was unter dem Begriff der Care-Arbeit verstanden wird und welche Rolle diese in der Gesellschaft spielt (vgl. ebd.: 19ff.). Care-Arbeit sei für die Reproduktion von Arbeitskraft notwendig und dies bedeute in einer kapitalistischen Gesellschaft, dass sie möglichst kostengünstig sein muss (vgl. ebd.: 20). Anschließend beschreibt Winker zunächst die aktuelle Situation familiärer, unbezahlter Reproduktionsarbeit (vgl. ebd.: 22ff.) und dann von entlohnter Reproduktionsarbeit (vgl. ebd.: 25ff.), wobei sie auch darauf eingeht, welche Rolle der Staat dabei spielt. Im vierten Kapitel geht Winker noch einmal explizit auf die Krise der sozialen Reproduktion ein. Einen Grund für diese Krise sieht sie im Widerspruch in der kapitalistischen Ökonomie, die zwar die Kosten für die Reproduktion von Arbeitskraft möglichst gering halten möchte, doch gleichzeitig auch ein Bedürfnis nach qualifizierten, passenden und flexiblen Arbeitskräften hat (vgl. ebd.: 74).

„Um diesem dem Kapitalismus inhärenten Widerspruch zu begegnen, ist es für die Kapitalverwertung hilfreich, wenn das Lohnniveau differenziert ist. Eine solche Spaltung der Lohnabhängigen gelingt, da klassistische, heteronormative, rassistische und bodyistische [...] Herrschaftsverhältnisse wirksam sind.“ (ebd.: 74)

Weiter erläutert sie über diesen Widerspruch, dass ein Mangel an Zeit und Ressourcen bei Care-Beschäftigten und Familien zu einem Mangel an (qualifizierten) Arbeitskräften führe (vgl. ebd.: 79). Unternehmen und die Bundesregierung (in Deutschland) würden versuchen, dieses Problem zu bewältigen, indem sie qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland anwerben, was allerdings Lücken in den Herkunftsländern verursache (vgl. ebd.: 79). Daher könne hier laut Winker von einer Krisenbewältigung auf Kosten anderer Länder gesprochen werden, weshalb sie zu folgendem Schluss kommt: „Damit lässt sich die Krise sozialer Reproduktion zwar begrenzen, allerdings nicht lösen.“ (ebd.: 79).

Im folgenden fünften Kapitel des Buches geht sie darauf ein, wo aktuell Anknüpfungspunkte für eine mögliche zukünftige Veränderung dieses Ist-Zustandes gefunden werden können:

„Im vorherigen Kapitel habe ich dargelegt, dass eine grundlegende gesellschaftliche Veränderung notwendig ist. Deswegen gehe ich, bevor ich im Kapitel 6 Transformationsschritte darstelle, in diesem Kapitel der Frage nach, welche in der Bevölkerung verbreiteten Handlungen und Handlungswünsche zur Hoffnung auf Veränderung Anlass geben.“ (ebd.: 97)

Danach geht sie im sechsten Kapitel, wie bereits im vorherigen Zitat angesprochen, darauf ein, wie eine Transformation aussehen könnte, wobei sie auch hier ihre Transformationsstrategie der „Care-Revolution“ darstellt (vgl. ebd.: 137ff.). Zum Abschluss gibt Winker auch in diesem Buch einen Ausblick (vgl. ebd.: 183ff.).

Ich habe diese beiden Bücher von Gabriele Winker für die Analyse in der vorliegenden Arbeit ausgewählt, da sie in beiden die Krise der sozialen Reproduktion explizit anspricht und diese auch als solche bezeichnet. Ich habe mich entschieden, beide Bücher zu analysieren, um auch überprüfen zu können, ob und wie sich der Blick von Winker auf die Krise und die Rolle des Staates in dieser Zeit verändert hat. Besonders interessiert mich dabei, ob eine Auswirkung der Covid-19-Pandemie auf das Verständnis der Rolle des Staates im Diskurs um die Krise der sozialen Reproduktion zu erkennen ist. Daher habe ich mich dazu entschieden, auch noch zwei weitere Texte, die sich explizit mit der Situation von sozialer Reproduktion bzw. Care-Arbeit in dieser Zeit beschäftigen, im Rahmen der vorliegenden Arbeit zu analysieren.

Der erste dieser Texte ist „Kinder, Küche, COVID – Materialistisch-feministische staats-theoretische Perspektiven auf die Regierung von Care-Arbeit in der Pandemie“ von Friederike Beier. Neben der Auseinandersetzung des Textes mit der Covid-19-Pandemie, habe ich diesen Text auch für die Analyse ausgewählt, weil Beier bereits im Titel explizit deutlich macht, dass diesem Text ein feministisch-materialistisches Staatsverständnis zugrunde liegt. Daher möchte ich überprüfen, inwiefern dieses auch dem theoretischen Ansatz entspricht, der der vorliegenden Arbeit zugrunde liegt und im zweiten Kapitel von mir ausgeführt wurde.

Beier erläutert in ihrem Text zunächst, dass staatliche Politiken in der Pandemie vorgeben würden, die Folgen dieser für die Sorgearbeit abzumildern, wobei sie jedoch in Wahrheit Teil des Problems seien, da die Lasten von Care-Arbeit in der Krise weiter ins Private verlagert würden, was vor allem Frauen* belastet, da es mehrheitlich diese seien, die die damit verbundene Mehrarbeit leisten (vgl. Beier 2022: 87). Danach geht sie nochmal genauer darauf ein, wie die Pandemie die vergeschlechtlichte Arbeitsteilung beeinflusst hat. Die ungleiche Verteilung von Care-Arbeit habe sich vor allem dann weiter manifestiert, wenn sie bereits vor der Pandemie ungleich verteilt gewesen sei (vgl. ebd.: 88). Anschließend geht Beier genauer auf ihr Verständnis des Staates ein, welches sich an einer materialistisch feministischen Staatstheorie (MFST) orientiert:

„Ein MFST-Zugang ermöglicht die staatliche Regierung der Sorgearbeit während Corona zu erklären, weil er einerseits auf die gesellschaftliche und vergeschlechtlichte Arbeitsteilung zwischen reproduktiver und so genannter produktiver Arbeit fokussiert und andererseits die Rolle des Staates in der Regierung der Reproduktions- und Geschlechterverhältnisse untersucht. Ich orientiere mich hier an McIntoshs (1978) These, dass der Staat für die Aufrechterhaltung der Reproduktionsverhältnisse zuständig ist, was während der Pandemie besonders deutlich wurde.“ (ebd.: 88)

Dabei reproduziere der Staat die Rolle von Frauen in der sozialen Reproduktionsarbeit, um die kontinuierliche gesellschaftliche Reproduktion der kapitalistischen Produktionsweise zu sichern (vgl. ebd.: 89). Im weiteren Verlauf ihres Textes geht Beier dann darauf ein, wie der Staat mit konkreten Maßnahmen in die Organisation von Care-Arbeit eingegriffen hat. Dabei hätten staatliche Maßnahmen nicht oder nur wenig darauf abgezielt, öffentliche (bezahlte) Care-Arbeit weiterhin zu ermöglichen, sondern hätten sie ins Private verlagert (vgl. ebd.: 90). Abschließend kommt Beier dann zu folgendem Fazit:

„Während unbezahlte Sorgearbeit also als ständig verfügbare Ressource in der Corona-Krise vorausgesetzt wird, wird sie gleichzeitig abgewertet und nur unzureichend finanziell kompensiert. Die familienpolitischen Leistungen begünstigen zudem die Privatisierung von Sorgeleistung durch haushaltsnahe Dienstleistungen im Kontext einer plattformbasierten Ökonomie, welche eng mit der Verschärfung von intersektionalen Ungleichheitsverhältnissen einhergeht.“ (ebd.: 92)

Der zweite Text, der sich mit der speziellen Situation sozialer Reproduktion in der Covid-19-Pandemie beschäftigt, den ich für die Analyse in der vorliegenden Arbeit ausgewählt habe, ist „Caring in Times of a Global Pandemic: Introduction“ von Emma Dowling.

Darin gibt sie folgende Definition des Begriffs der sozialen Reproduktion: „The concept of social reproduction is used to describe the institutionalised separation between productive and reproductive activities and their arrangements within capitalist economies.“ (Dowling 2021: 9). Sie gibt zu bedenken, dass die Pandemie eine Care-Krise sichtbar gemacht habe, die es jedoch schon vorher gegeben habe (vgl. ebd.: 12). Genauer beschreibt sie dieses Sichtbarmachen folgendermaßen: „Overall, the necessity of the life-sustaining labours of care and social reproduction on the one hand, and their persistent devaluation on the other, has been rendered visible by the events of the pandemic.“ (ebd.: 13). Weiter geht Dowling darauf ein, wie diese krisenhaften Zustände die Bearbeitung der Pandemie beeinflusst haben (z.B. im Gesundheitssektor) und wie diese krisenhaften Zustände durch die Pandemie auch weiter verschärft wurden (vgl. ebd.: 14ff.). Darüber hinaus seien in der Pandemie und durch die Maßnahmen gegen diese Herrschaftsverhältnisse und Hierarchien in der Gesellschaft deutlich geworden, was Dowling folgendermaßen beschreibt:

„The COVID-19 pandemic highlights the differentials and inequalities of care that exist within and across societies; not only is it the case that there are hierarchies of care along the intersecting axes of gender, race, and class; it is also the case that the lives of some were protected at the expense of the lives of others.” (ebd.: 17)

Anschließend geht sie darauf ein, wie in verschiedenen Ländern von staatlicher Seite aus unterschiedlich mit der Pandemie umgegangen wurde (vgl. ebd.: 17ff.). Am Ende ihres Textes geht Dowling dann noch darauf ein, welche politischen Maßnahmen in verschiedenen Ländern während der Pandemie im Bereich der sozialen Reproduktion ergriffen wurden (vgl. ebd.: 22ff.).

Wie bereits erläutert, war der Grund dafür, dass ich diesen Text von Emma Dowling für meine Analyse ausgewählt habe, die Tatsache, dass sie sich darin mit der besonderen Situation sozialer Reproduktion in der Covid-19-Pandemie auseinandersetzt. Besonders interessiert mich dabei, dass sie auf verschiedene konkrete staatliche Policy-Maßnahmen in verschiedenen Ländern während der Pandemie eingeht. Dies gibt mir die Möglichkeit zu untersuchen, ob die Art wie Staaten in dieser besonderen Situation agiert haben mit der feministisch-materialistischen Staatstheorie, die ich in Kapitel zwei dargestellt habe, gefasst werden kann.

Neben diesen Texten, die sich im Besonderen mit der Situation sozialer Reproduktion während der Pandemie beschäftigen, habe ich mich auch entschieden Texte in die Analyse einzubeziehen, die sich besonders mit einem Aspekt bzw. mit einem „Symptom“ der Krise der sozialen Reproduktion beschäftigen. Dabei handelt es sich um das Phänomen der Care-Migration bzw. des Sorgeextraktivismus (vgl. Wichterich 2016) und im Besonderen um die Situation migrantischer Care-Arbeiter*innen, die bezahlte Care-Arbeit in privaten Haushalten leisten.

Der erste dieser Texte ist „Feministische Internationale Politische Ökonomie und Sorgeextraktivismus“ von Christa Wichterich, in dem sie das Konzept des Sorgeextraktivismus einführt. Dieses Konzept schlägt sie vor, um damit das Herrschaftsverhältnis zu greifen, auf dem Nutzung und Ausbeutung von Care-Arbeit als Mechanismus kapitalistischer Wirtschaftsweise beruhe (vgl. Wichterich 2016: 54). Sie erläutert, dass sie bei dem Begriff Care bzw. Sorge einen Vorteil gegenüber dem Reproduktionsbegriff sehe, da bei diesem eine Engführung auf die Reproduktion von Arbeitskraft vorliege (vgl. ebd.: 54). Anschließend beschreibt Wichterich die historische Entwicklung sozialer Reproduktionsregime und die theoretische Auseinandersetzung in der wissenschaftlichen feministischen Debatte mit diesen seit den 1970er Jahren (vgl. ebd.: 55ff.). Danach geht sie darauf ein, wie Sorge ökonomisiert wird und wie dies dazu beiträgt, dass es zu Reproduktionskrisen kommt (vgl. ebd.: 58f.). Dabei

beschreibt sie auch, wie das Konzept des Sorgeextraktivismus in dieser Ökonomisierung auftritt: „Sorgeextraktivismus bedeutet, dass die sozialen, emotionalen und moralischen Sorgekapazitäten geschlechterstereotyp un- oder unterbezahlt vereinnahmt werden [...]“ (ebd.: 58). Wichterich erläutert, dass die neoliberale Ökonomisierung den systemischen Widerspruch

„[...] zwischen dem sorg- und rücksichtslosen Verwertungs- und Akkumulationszwang kapitalistischer Ökonomie und der Tendenz, soziale und ökologische Kosten zu reduzieren und in außermärkliche Bereiche wie die Privatsphäre, soziale Zusammenhänge und Umwelt zu externalisieren, menschliche und natürliche Ressourcen zu übernutzen und damit die eigenen lebendigen Grundlagen zu zerstören [...]“ (ebd.: 59)

verschärfe, was zu einer „Vielfachkrise der Reproduktion“ führe, die sich in diversen Missständen in der Gesellschaft äußere (vgl. ebd.: 59). Anschließend geht sie dann genauer auf die Transnationalisierung von Sorge ein (vgl. ebd.: 60f.) und erläutert auch, wie diese durch migrations- und sozialpolitische Regulierung von staatlicher Seite organisiert wird (vgl. ebd.: 61ff.). Neben dieser Organisation von Care-Arbeit bzw. sozialer Reproduktion in der Gesellschaft, geht Wichterich auch genauer auf biologische Reproduktion ein und beschreibt, wie diese (auch von staatlicher Seite) aktuell organisiert wird (vgl. ebd.: 63ff.). Abschließend geht sie auf Kämpfe gegen dieses Modell des Sorgeextraktivismus ein (vgl. ebd.: 65f.) und stellt Überlegungen an, wie dieses überwunden werden kann und hinterfragt, ob das Konzept des „decent work“ dazu beitragen kann (vgl. ebd.: 66f.).

Ich habe mich entschieden auch zwei Texte in meine Analyse einzubeziehen, die sich im Besonderen mit der Situation von Care-Migration und vor allem migrantisierten Care-Arbeiter*innen in Österreich auseinandersetzen.

Der erste dieser Texte ist „Gelebte Sorglosigkeit? Kapitalismus, Sozialstaatlichkeit und soziale Reproduktion am Beispiel des österreichischen „migrant-in-a-family-care“ Modells“ von Brigitte Aulenbacher, Almut Bachinger und Fabienne Décieux. Darin gehen sie zunächst allgemein auf die „Sorglosigkeit“ des Kapitalismus ein, denn kapitalistische Gesellschaften seien von einer Unterordnung des Sorgens und von Care-Arbeit gekennzeichnet (vgl. Aulenbacher/Bachinger/Décieux 2015: 6f.). Sie beschreiben dabei, wie es zu Krisen der (sozialen) Reproduktion kommt: „Von Reproduktionskrisen lässt sich sprechen, wenn sich Sorgegefährdungen verdichten. Sie können, wenn sie sich auf den bis dato verfolgten Wegen, nicht mehr bearbeiten lassen, als ein Ausgangspunkt der Neuformierung des Kapitalismus verstanden werden.“ (ebd.: 7). Derzeit werde daher nicht nur die kapitalistische Wirtschaftsweise, sondern auch die gesellschaftliche Organisation sozialer Reproduktion neu ausgerichtet und gestaltet (vgl. ebd.: 7). Anschließend gehen die Autorinnen auf das

österreichische „migrant-in-a-family-care“-Modell ein. Seit den 1990er Jahren würden Länder des globalen Nordens und des Westens ihre Sorgebedürfnisse zunehmend decken, indem sie auf Ressourcen und vor allem auf die Arbeitskraft von Frauen aus dem globalen Süden und dem Osten zugreifen (vgl. ebd.: 7). Dies habe wiederum Sorgelücken in den Herkunftsländern dieser Frauen zur Folge (vgl. ebd.: 7f.). Dieser Zugriff auf migrantische Care-Beschäftigte nehme in Österreich eine besondere Form an:

„Seit den 1990er Jahren deckten Privathaushalte die klaffende Sorgelücke im Bereich der Altenpflege im familialistisch orientierten österreichischen Sozialstaat zunehmend – zunächst informell – mittels eines transnationalen Sorgearrangements: der 24-Stunden-Betreuung. Dieses Modell wurde 2007 formalisiert und legalisiert [...]“ (ebd.: 8)

Dieses Modell würde, da die Care-Arbeit nach wie vor im Privathaushalt geleistet wird, dem tradierten Familienbild in Österreich entsprechen und gebe „einheimischen“ Frauen* dennoch die Möglichkeit, erwerbstätig zu sein (vgl. ebd.: 9). Abschließend gehen die Autorinnen darauf ein, wie dieses spezielle österreichische Modell der Organisation von sozialer Reproduktionsarbeit auch ein Ausdruck der „Sorglosigkeit“ des Kapitalismus sei:

„Das österreichische „migrant-in-a-family-care“-Modell ist, wie sich resümieren lässt, ein Beispiel dafür, wie die in seiner Wirtschaftsweise angelegte und sozialstaatlich nur bedingt kompensierte strukturelle Sorglosigkeit des Kapitalismus herrschaftsförmig lebbar gemacht wird, sowohl in der alltäglichen Praxis als auch durch seine institutionelle Absicherung.“ (ebd.: 10)

Der zweite Text, der sich mit diesem österreichischen Modell von Care-Arbeit und vor allem mit der Situation der migrantischen Care-Arbeiter*innen auseinandersetzt, den ich für die Analyse in der vorliegenden Arbeit ausgewählt habe, ist „Die „Pflegekrise“ als Krise der Arbeit sichtbar machen“ von Maria Sagmeister und Flavia Matei. In diesem Text gehen sie auch besonders darauf ein, wie diese Situation durch die Covid-19-Pandemie beeinflusst wurde. In dieser Zeit seien die Herausforderungen für die 24-Stunden-Betreuer*innen, die es bereits vorher gegeben habe, besonders deutlich geworden (Matei/Sagmeister 2021: 395). Die Corona-Krise habe zwar die Notwendigkeit der Arbeit dieser Care-Arbeiter*innen sichtbar gemacht, doch dadurch habe sich ihre arbeitsrechtliche Situation nicht verbessert; im Gegenteil habe sich ihre Situation durch zusätzliche Auflagen während der Pandemie zunächst sogar verschlechtert (vgl. ebd.: 395ff.). Anschließend gehen die Autorinnen auf die arbeitsrechtliche Situation der 24-Stunden-Betreuer*innen ein. Deren Arbeit sei 2007 mit dem „Hausbetreuungsgesetz“ legalisiert worden, doch 24-Stunden-Betreuung sei auch schon vorher in meist undokumentierten Arbeitsverhältnissen geleistet worden (vgl. ebd.: 398). Die Legalisierung dieses Care-Modells habe von Beginn an Kritik mit sich gebracht:

„Kritisiert wurden die Maßnahmen zur Legalisierung der 24-Stunden-Pflege allerdings von Beginn an, etwa als Anreiz, Sorgearbeit in den Privathaushalt einzubinden, um den staatlichen Sektor zu entlasten und zugleich neue Märkte zu schaffen, wie die Vermittlung von Pflegekräften durch Agenturen. Inzwischen gibt es in Österreich über 964 solcher Agenturen.“ (ebd.: 398)

Insbesondere habe es Kritik daran gegeben, dass die gesetzliche Regelung auch Selbstständigkeit in der 24-Stunden-Betreuung ermöglicht, denn die Tätigkeit sei stark fremdbestimmt, da sie nach den Bedürfnissen der zu betreuenden Personen ausgerichtet sei (vgl. ebd.: 398). Die Autorinnen gehen weiter auf die problematische Situation der Selbstständigkeit in der 24-Stunden-Betreuung an. Selbstständigkeit bringe den Ausschluss von bestimmten arbeits- und sozialrechtlichen Ansprüchen mit sich, was durch bestimmte „Vorteile“ dieser Art der Arbeit, wie zum Beispiel die freie Verfügung über die eigene Zeit und Arbeitskraft, gerechtfertigt sei, die jedoch im Fall der selbstständigen 24-Stunden-Betreuer*innen nicht gegeben seien (vgl. ebd.: 399). Darüber hinaus seien die 24-Stunden-Betreuer*innen auch von Vermittlungsagenturen abhängig (vgl. ebd.: 399). Daher kommen die Autorinnen zu folgendem Schluss: „Der unternehmerische „Entscheidungsspielraum“ der 24-Stunden-Betreuer:innen ist durch diese Umstände deutlich beschränkt. All dies deutet auf Scheinselbstständigkeiten und das Vorliegen abhängiger Dienstverhältnisse zu den Agenturen hin.“ (ebd.: 400). Weiter erläutern sie, dass die Krise der sozialen Reproduktion bzw. die Care-Krise als eine Krise der Arbeit gedacht werden müsse, da die Situation der 24-Stunden-Betreuerinnen in Österreich nur ein Beispiel für eine allgemeine Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse im modernen Kapitalismus sei (vgl. ebd.: 400ff.). Dies fassen die Autorinnen folgendermaßen zusammen:

„Die Organisation von Arbeit in einer Gesellschaft ist immer mit deren Reproduktion zusammenzudenken – dies wird noch augenscheinlicher, wenn soziale Reproduktion nicht mehr durch unbezahlte Arbeit im Privaten, sondern in Form bezahlter Dienstleistungen verrichtet wird. Tendenzen wachsender Ungleichheit werden derzeit auch unter dem Stichwort „Neofeudalismus“ diskutiert. Der heutige Kapitalismus weise politische und ökonomische Merkmale auf, die eher an feudale Strukturen erinnern. Während der Fokus der Debatte auf der zunehmenden Rolle von Finanzkapital gegenüber der Produktion liegt, lässt sich hier auch die Zunahme von prekären Dienstleister:innen verorten.“ (ebd.: 402f.)

Abschließend gehen sie darauf ein, wie sich die 24-Stunden-Betreuer*innen in Österreich organisieren (z.B. in der Interessengemeinschaft IG24), um für bessere Arbeitsbedingungen und soziale Absicherung zu kämpfen (vgl. ebd.: 403).

Ein weiterer Text, der sich mit Care-Migration und Sorgeextraktivismus beschäftigt, den ich im Rahmen dieser Arbeit analysieren möchte, ist „Love and Gold“ von Arlie Hochschild. Darin prägt sie den Begriff der „global care chains“, wie auch Sagemeister und Matei im vorhergehend vorgestellten Text festhalten (vgl. ebd.: 402). Dass dies der Text ist, in dem dieser Begriff eingeführt wurde, ist für mich der Hauptgrund dafür ihn für meine Analyse auszuwählen. Ein weiterer Grund ist, dass sich Hochschild in diesem Text vor allem mit der Situation in den USA beschäftigt. Das gibt mir die Möglichkeit zu untersuchen, wie der Staat im Diskurs über die Krise der sozialen Reproduktion außerhalb des deutsch-sprachigen Raums thematisiert wird.

Hochschild geht zu Beginn ihres Textes auf ein Interview mit einer migrantischen Care-Arbeiterin ein, die von den Philippinen in die USA migriert sei, um dort als Care-Arbeiterin in einer Familie zu arbeiten, während sie ihre eigenen Kinder in ihrem Heimatland habe zurück lassen müssen (vgl. Hochschild 2004: 34). Diese Care-Arbeiterin sei Hochschild zufolge Teil einer „global care chain“ (globale Sorgeskette) (vgl. ebd.: 34). Diese Sorgeskette beschreibt sie folgendermaßen: „[...] a series of personal links between people across the globe based on the paid or unpaid work of caring. [...] Each kind of chain expresses an invisible ecology of care, one care worker depending on another and so on.“ (ebd.: 35). Diese Sorgeskette könnten Hochschild zufolge in verschiedenen Formen auftreten:

„A global care chain might start in a poor country and end in a rich one, or it might link rural and urban areas within the same poor country. More complex versions start in one poor country and extend to another slightly less poor country and then link to a rich country.“ (ebd.: 35)

Durch diese Form von Care-Migration komme es zu einem „care drain“, ähnlich dem „brain drain“, von dem gesprochen werde, wenn gut ausgebildete Menschen aus ärmeren Ländern in reichere Ländern migrieren, weil sie dort bessere Umstände und höhere Bezahlung erwarten können (vgl. ebd.: 35). Im weiteren Verlauf beschreibt Hochschild die Umstände genauer, die zu dieser Care-Migration führen und unter denen die migrantischen Care-Arbeiter*innen ihre Arbeit leisten, und zitiert dabei immer wieder aus Interviews mit diesen migrantischen Arbeiter*innen, die Care-Arbeit in US-amerikanischen Familien leisten (vgl. ebd.: 35ff.). Dieses auf Migration basierende Care-Modell versteht Hochschild als einen Teil eines modernen „Imperialismus“:

„[...] the new emotional imperialism does not, for the most part, issue from the barrel of a gun. Women choose to migrate for domestic work. But they choose it because economic pressures all but coerce them to. The yawning gap between rich and poor countries is itself a form of coercion, pushing Third World mother to seek work in the First World for lack of options closer to home.“ (ebd.: 42)

Einen Grund für dieses Care-Modell sieht sie in der gesellschaftlichen Geringschätzung von Care-Arbeit, die ihrer Meinung nach folgenden Grund hat: „The low value placed on caring work results neither from an absence of a need for it nor from the simplicity or ease of doing it. Rather, the declining value of childcare results from cultural politics of inequality.” (ebd.: 43). Daher kommt Hochschild zu dem Schluss, dass Care-Arbeit aufgewertet werden müsse, um die gesellschaftliche Organisation von sozialer Reproduktion verändern zu können (vgl. ebd.: 43). Eine Möglichkeit für diese notwendige Aufwertung sei eine größere Beteiligung von Vätern an familiärer Reproduktionsarbeit, denn „If men shared the care of family members worldwide, care would spread literally instead of being passed down a social class ladder.“ (ebd.: 44).

Der letzte Text, den ich für die Analyse in der vorliegenden Arbeit ausgewählt habe, beschäftigt sich ebenfalls mit Care-Migration und mit migrantischen Arbeiter*innen im Bereich der sozialen Reproduktion. Es handelt sich dabei um „Social reproduction and racialized surplus populations” von Sara Farris.

Sie bezieht sich in diesem Text zunächst auf Marx‘ Theorie der „Reservearmee“ und stellt dabei Überlegungen an, inwiefern mit Hilfe dieser Theorie verstanden werden kann, welche Rolle migrantische Arbeit in der aktuellen europäischen Wirtschaft spielt (vgl. Farris 2019: 110).

„The increasing participation of ‘native’ women in the ‘productive’ economy since the 1980s, the decline of the birth rate and the increasing number of elderly people, coupled with the erosion, insufficiency or simply non-existence of public or affordable care services, has resulted in the marketization of so-called ‘reproductive’ labour, which is now done mainly by migrant and racialized women.” (ebd.: 113f.)

Um diese Arbeit leisten zu können, seien Migrationspolicies in Europa zunehmend darauf ausgerichtet, migrantische Frauen* als Arbeiterinnen im Bereich der sozialen Reproduktion zur Verfügung zu haben, denn ihr Bleiberecht sei davon abhängig, dass sie Jobs in diesem Bereich annehmen (vgl. ebd.: 117).

Farris kommt zu dem Schluss, dass ein Zusammendenken von Theorien sozialer Reproduktion und von Marx Theorie der „Reservearmee“ notwendig sei, um das Zusammenwirken von rassistischer, geschlechtsbezogener und klassistischer Ausbeutung in der kapitalistischen Reproduktion verstehen zu können (vgl. ebd.: 119).

Ich habe diesen Text für die Analyse ausgewählt, da es sich auch hier, wie bei Hochschild, um einen Beitrag zum Diskurs handelt, der sich nicht auf den deutschsprachigen Raum bezieht. Ich halte diesen Text für relevant für meine Analyse, da Farris sich hier auf migrantisierte Care-Arbeit in Europa und vor allem in der EU bezieht. Darüber hinaus findet sich in dem Text eine explizit marxistische Perspektive, durch Farris Verwendung von Marx' Theorie der „Reservearmee“. Daher ist es meiner Meinung nach interessant zu analysieren, wie sich diese Ausrichtung auf das Staatsverständnis in diesem auswirkt.

Die in diesem Abschnitt vorgestellten Beiträge zum wissenschaftlichen Diskurs über die Krise der sozialen Reproduktion sollen im nun folgenden Abschnitt mit Hilfe der Diskursanalyse auf ihr Staatsverständnis hin untersucht werden.

3.3 Diskursanalyse

In diesem Abschnitt werde ich zunächst darstellen, wie der Staat in den einzelnen zu analysierenden Texten thematisiert wird, d.h. welche Diskursfragmente (siehe 3.1) in diesen Texten identifiziert werden können. Dabei handelt es sich um alle Aussagen zum Staat und seiner Rolle in der Krise der sozialen Reproduktion, die ich in den jeweiligen Texten identifizieren kann. Außerdem werde ich noch kurz den Hintergrund der jeweiligen Autor*innen beleuchten, um darzustellen, von welcher Diskursposition (siehe 3.1) aus diese sich am wissenschaftlichen Diskurs über die Krise der sozialen Reproduktion beteiligen. Da es sich um eine Analyse des wissenschaftlichen Diskurses handelt, kann davon ausgegangen werden, dass die meisten Autorinnen* der untersuchten Texte eine ähnliche Position in der Gesellschaft, nämlich die als (feministische) Wissenschaftlerinnen* einnehmen. Ich möchte hier allerdings auch beleuchten, welche Spezialisierungen die Autorinnen* innerhalb dieses Forschungsfeldes haben, um ihre Position genauer definieren zu können.

Danach werde ich versuchen, die Diskursfragmente zu verschiedenen Diskurssträngen (siehe 3.1) zusammenzufassen und dabei auch zu erläutern, ob sich verschiedene Diskursstränge in einem Text identifizieren lassen oder ob ein Diskursstrang in mehreren Texten thematisiert wird. Abschließend werde ich dann diese Ergebnisse zusammenfassen.

3.3.1 Diskursfragmente und Diskurspositionen:

3.3.1.1 Nancy Fraser: „Crisis of Care? Reproductive Contradictions of Contemporary Capitalism“:

Nancy Fraser ist Professorin für Philosophie und Politik an der „New School for Social Research“ in New York City (vgl. The New School for Social Research). Sie ist spezialisiert auf kritische Sozialtheorie und politische Philosophie und ihre aktuellen Forschungsschwerpunkte sind der Zusammenhang von Kapitalismus und rassistischer Unterdrückung, soziale Reproduktion, die ökologische Krise, feministische Bewegungen und der Aufstieg des Rechtspopulismus (vgl. ebd.). Fraser beteiligt sich also als kritische feministische Theoretikerin, die einen Fokus auf die Verhältnisse sozialer Reproduktion im Kapitalismus legt, an dem Diskurs, den ich hier untersuchen möchte.

In dem Text, den ich für die Analyse ausgewählt habe, können verschiedene Aussagen zum Staat in der Krise der sozialen Reproduktion identifiziert werden. Eine dieser Aussagen von Fraser in dem Text ist folgende:

„Globalizing and neoliberal, this new regime is now promoting state and corporate disinvestment from social welfare while recruiting women into the paid workforce. Thus, it is externalizing care work onto families and communities while diminishing their capacity to perform it. The result is a new, *dualized* organization of social reproduction, commodified for those who can pay for it and privatized for those who cannot, as some in the second category provide care work in return for (low) wages for those in the first.” (Fraser 2017: 32)

Meiner Meinung nach können in diesem Zitat zwei Aussagen zum Staat identifiziert werden. Zum einen thematisiert Fraser hier, dass zunehmend Frauen* in den Arbeitsmarkt integriert werden, was auch mit einem abnehmenden Investment von Staaten und Unternehmen in den Bereich des Sozialwesens zusammenhänge. Daher kann hier davon ausgegangen werden, dass der Staat die Erwerbsbeteiligung von Frauen* fördert und dies unter anderem auch durch einen Abbau des Sozialstaats. Zum anderen thematisiert Fraser hier auch, dass durch diesen Abbau des Wohlfahrtsstaats die Verantwortung für Care-Arbeit vom Staat an Familien verwiesen wird. Daher kann hier davon gesprochen werden, dass der Staat die Verantwortung für (familiäre) Care-Arbeit individualisiert, wodurch der Staat selbst dann nicht verantwortlich für diese Arbeit ist und ein privatisiertes System von sozialer Reproduktionsarbeit entsteht.

Fraser spricht die Rolle des Staates in der sozialen Reproduktion und vor allem in der Krise dieser im Text auch noch an anderer Stelle an. Dort geht sie auf die Rolle des Staates im Bereich der Care-Migration ein:

„To fill the „care gap,” the regime imports migrant workers from poorer to richer countries. [...] This scenario fits the gendered strategies of cash-strapped, indebted postcolonial states subjected to International Monetary Fund structural adjustment programs. Desperate for hard currency, some of them have actively promoted women’s emigration to perform paid care work abroad for the sake of remittances [...]” (ebd.: 34)

Hier beschreibt Fraser also, dass manche Staaten aus dem „globalen Süden“ davon abhängig sind, dass Frauen aus diesen Staaten in den „globalen Norden“ migrieren, um dort bezahlte Care-Arbeit zu leisten, und dass diese Frauen dann das Geld, das sie dort verdienen, (teilweise) in ihren Heimatländern investieren. Daher fördern manche dieser Staaten des „globalen Südens“ diese Care-Migration aktiv. Hier wird der Staat also in einer Rolle als Förderer von Care-Migration verstanden.

3.3.1.2 Susanne A. Dreas: „Zum Verhältnis von Gender und Care oder: Warum ist Sorgearbeit weiblich?“:

Zunächst soll auch hier die Position betrachtet werden, von der aus Dreas sich am wissenschaftlichen Diskurs über die Krise der sozialen Reproduktion beteiligt. Susanne A. Dreas ist Professorin für Projektmanagement, Fundraising und Personalmanagement in Non-Profit-Organisation im Fachbereich Soziale Arbeit, Bildung und Erziehung der Hochschule Neubrandenburg (vgl. Hochschule Neubrandenburg a). Die Schwerpunkte ihrer Lehre sind dabei Projektmanagement, Finanzierung und Fundraising in der Sozialwissenschaft, Personalmanagement und Organisation sozialer Einrichtungen, Diversity Management und Gender, Case Management und Evaluation (vgl. Hochschule Neubrandenburg b). Dreas beteiligt sich an dem hier untersuchten Diskurs also aus einer Perspektive der Sozialen Arbeit und der institutionellen Organisation dieser Arbeit und nicht aus einer politikwissenschaftlichen Perspektive oder einer Perspektive der politischen oder feministischen Theorie. Dabei lässt ein Blick auf die Schwerpunkte ihrer Lehre auch keine explizit materialistische Ausrichtung ihrer Arbeit erkennen.

In dem für die Analyse ausgewählten Text geht Dreas allerdings darauf ein, welche Rolle Care-Arbeit im kapitalistischen System spielt. So auch, wenn sie erläutert welche Rolle der Staat in der Krise der sozialen Reproduktion bzw. der Care-Krise spielt:

„[...] Nicht alle Formen von Sorgearbeit sind kommodifizierbar und über marktwirtschaftliche Arrangements zu erbringen. Grenzen liegen vor allem dort, wo interspersonelle Beziehungen eine zentrale Rolle spielen. Niedrige Gehälter in Care Berufen, von denen vor allem Frauen betroffen sind entstehen nach der neoklassischen Argumentation aufgrund des im Vergleich zur industriellen Produktion begrenzten Rationalisierungspotenzials. Auf die entstehende Kosten-Krise reagiert der Staat als Kostenträger mit Budgetkürzungen für Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen [...]. Der Zwang zu immer effizienteren Leistungserbringungen geht jedoch zulasten der Qualität der Leistung.“ (Dreas 2019: 227)

Hier beschreibt Dreas also, wie staatliche Regulierung von sozialer Reproduktion zur Krise dieser beiträgt. Der Grund dafür ist, dass der Staat im System kapitalistischer Produktion versucht, die Kosten für soziale Reproduktion möglichst gering zu halten. Daher werden staatliche Maßnahmen ergriffen, wie die, die Dreas beschreibt, die zur Reduktion der Kosten für (bezahlte) Care- bzw. Reproduktionsarbeit beitragen sollen, um dem kapitalistischen Produktionssystem möglichst günstige Arbeitskraft garantieren zu können.

3.3.1.3 Julia Dück: „Die Care-Krise aus Sicht eines materialistischen Feminismus“:

Julia Dück macht im Titel dieses Textes klar, dass sie die Care-Krise aus einer materialistischen feministischen Perspektive heraus analysiert. Dies ist ein Ausdruck der grundlegenden theoretischen Ausrichtung von Dücks wissenschaftlicher Arbeit, denn „[...] marxistische und feministische Theorie zu Fragen von (multipler) Krise und Hegemonie [...]“ (BELTZ) gehören zu ihren Arbeitsschwerpunkten. Darüber hinaus arbeitet sie zu sozialer Reproduktion, Geschlechterverhältnissen und gesellschaftlichen Kämpfen um Sorge (vgl. ebd.). Diese Arbeitsschwerpunkte zeigen sich auch in Dücks Promotion zum Thema der Kämpfe um Care in der Krise (vgl. ebd.). Dück arbeitet als Referentin für soziale Infrastruktur und verbindende Klassenpolitik bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung (vgl. ebd.). Daher kann davon ausgegangen werden, dass Dücks Diskursposition auch eine klassenpolitische ist. Ihre Arbeit als Gewerkschaftssekretärin (vgl. RLS) lässt ebenfalls darauf schließen.

Dück geht in ihrem Text an verschiedenen Stellen auf den Staat und seine Rolle in der sozialen Reproduktion ein. Eine Rolle, die sie dem Staat zuschreibt, ist, dass dieser dazu beiträgt „Zweigeschlechtlichkeit“ herzustellen:

„Dafür muss vor allem die Herausbildung und Transformation der Geschlechterdifferenz als Dimension ökonomischer, aber auch politisch-staatlicher und diskursiver Arrangements sowie von alltäglichen Praxen zu denken ermöglicht werden. ‚Geschlecht‘ und ‚Zweigeschlechtlichkeit‘ sind somit als etwas gewordenes zu verstehen. [...] Die als normal erachtete binäre Organisation von Zweigeschlechtlichkeit im Rahmen des Zwei-Geschlechter-Modells wird demnach gesellschaftlich immer wieder hergestellt.“ (Dück 2016: 163)

Diese Konstruktion von Zweigeschlechtlichkeit führe Dück zufolge auch zur Entstehung einer gesellschaftlichen Ordnung mit vergeschlechtlichter Arbeitsteilung, einer vergeschlechtlichten Trennung zwischen Öffentlichkeit und Privatheit und einem vergeschlechtlichten politischen System (vgl. ebd.: 163). Dück versteht den Staat hier also so, dass (auch) durch staatliche Regulierungen eine binäre Geschlechtereinteilung entsteht, die die Vorbedingung für eine vergeschlechtlichte Arbeitsteilung ist. Wie bereits im vorherigen Verlauf dieser Arbeit dargestellt, beruht die Organisation von sozialer Reproduktionsarbeit (auch) auf dieser Form der gesellschaftlichen Arbeitsteilung.

Auch an anderer Stelle in dem Text geht Dück nochmals auf die Rolle des Staates in der sozialen Reproduktion ein:

„[...] Der Abbau staatlicher Zuwendungen und die schrittweisen Inwertsetzungen und Privatisierungen von vielen Bereichen der Sorgearbeit reißen Löcher in die Versorgung mit sozialen Dienstleistungen. [...] Im Bereich bezahlter Care-Arbeit führen also Kürzungen staatlicher Leistungen zu Versorgungsengpässen, während Kommodifizierung und Kostendruck eine Abnahme der Qualität der Leistung bewirken. Auf individueller Ebene äußert sich die Care-Krise als Erschöpfung, Burnout, Stress, Druck und das Scheitern an eigenen Ansprüchen in Arbeit und Leben.“ (ebd.: 165f.)

Hier zeigt sich also, dass staatliche Regulierungen großen Einfluss auf die Bedingungen, unter denen (bezahlte) Reproduktionsarbeit geleistet wird, haben und damit auch auf die Qualität dieser Arbeit sowohl für die Reproduktionsarbeiter*innen als auch für die Empfänger*innen dieser (bezahlten) Reproduktionsarbeit. In diesen Ausführungen von Dück lassen sich meiner Meinung nach drei Verständnisse der Rolle des Staates in der Krise der sozialen Reproduktion erkennen. Zum einen geht Dück darauf ein, dass es durch einen Abbau staatlicher Leistungen eine zunehmende Privatisierung von Care- bzw. Reproduktionsarbeit gibt (vgl. ebd.: 165f.). Daraus kann geschlossen werden, dass die Verantwortung für (familiäre) Care- bzw. Reproduktionsarbeit individualisiert wird, wodurch der Staat aus der Verantwortung genommen wird. Ebenso beschreibt Dück aber auch die zunehmende Inwertsetzung von Care- bzw. Reproduktionsarbeit durch den Abbau staatlicher Leistungen (vgl. ebd.: 165f.). Daraus kann geschlossen werden, dass der „Rückzug“ des Staates aus diesem Bereich zu einer Kommodifizierung von Care- bzw. Reproduktionsarbeit führt, damit diese als „Ware“ konsumierbar wird.

Darüber hinaus geht Dück darauf ein, dass der Staat auch Leistungen im Bereich der bezahlten Care- bzw. Reproduktionsarbeit reduziert (vgl. ebd.: 166), was darauf schließen lässt, dass es nach Dücks Verständnis auch eine „Aufgabe“ des Staates im (neoliberalen) kapitalistischen System der Organisation von Care bzw. sozialer Reproduktionsarbeit ist, Maßnahmen zur Reduktion von Kosten für (bezahlte) Care- bzw. Reproduktionsarbeit zu ergreifen.

3.3.1.4 Julia Dück: „Feministische Klassenpolitiken in Kämpfen um soziale Reproduktion. Zu den Auseinandersetzungen an der Berliner Charité für mehr Personal im Krankenhaus“:

Dücks Hintergrund und damit auch ihre Diskursposition habe ich bereits im vorherigen Abschnitt der vorliegenden Arbeit erläutert.

In diesem Text geht Dück darauf ein, wie der Staat durch konkrete Policies auf die Organisation von Care- bzw. Reproduktionsarbeit einwirkt. Dafür zieht sie hier das Beispiel der Krankenhausfinanzierung durch Fallpauschalen heran:

„In den Krankenhäusern zeigen sich die seit Jahren voranschreitende Ökonomisierung von sozialer Reproduktion und der Wandel der Rahmenbedingungen vor allem in der Umstellung des Finanzierungsmodells. Hierbei wird die Finanzierung der Krankenhäuser von bedarfsdeckenden, tagesgleichen Pflegesätzen auf diagnosebezogene Fallpauschalen, d.h. von einer *kostendeckenden* auf eine Finanzierung nach *Pauschalen* pro Behandlungsfall umgestellt. [...] Die Einführung des sogenannten DRG-Systems (*Diagnosis Related Groups*, diagnosebezogene Fallpauschalen) führt folglich zu einem permanenten Kostendruck und einem strukturellen Wettbewerb unter den Kliniken.“ (Dück 2018: 131f.)

Durch dieses neue Finanzierungsmodell würden Kliniken Dück zufolge versuchen Kosten möglichst stark zu senken (vgl. ebd.: 132). Dies geschehe durch eine Verschlechterung der Versorgung (z.B. mehr Fälle bei kürzerer Verweildauer) und durch Personalkürzungen und Outsourcing in Pflege und Service und außerdem werde die Arbeit in den Krankenhäusern durch „[...] neoliberale Steuerungsinstrumente so reorganisiert, dass der (finanzielle und zeitliche) Druck an die Beschäftigten weitergegeben wird und eine Verdichtung und Rationalisierung der Arbeit nach sich zieht.“ (ebd.: 132). Dieses Finanzierungsmodell der Fallpauschalen hat sich ab dem Jahr 2003 in Deutschland durchgesetzt und wird seit 2010 zur Abrechnung der Kosten aller allgemeinen Krankenhäuser verwendet (vgl. Bundesministerium für Gesundheit). Das DRG-System in Deutschland ist das Resultat einer staatlichen Policy-Maßnahme in Form einer Gesetzesänderung, die das Ziel hatte ein „durchgängiges, leistungsorientiertes und pauschalierendes Vergütungssystem“ zu etablieren (vgl. ebd.).

Diese Thematisierung des Staates durch Dück lässt sich meiner Meinung nach so verstehen, dass der Staat ihrem Verständnis nach durch die Maßnahme der Durchsetzung des DRG-Systems versucht, die Kosten für Krankenhäuser und damit auch für die bezahlte Care- bzw. Reproduktionsarbeit, die dort geleistet wird, möglichst weit zu reduzieren.

3.3.1.5 Fabienne Décieux: „Sorgearbeit und zukünftige zeitgemäße Arbeitskraft im Gegenwartskapitalismus“:

Fabienne Décieux ist Lektorin am Institut für Soziologie der Universität Wien (vgl. Universität Wien u:cris). Ihre Forschungsinteressen sind Sorge und Sorgearbeit, Geschlechterforschung, kritische Gesellschaftsanalyse, Arbeits- und Industriesoziologie sowie Wohlfahrtsstaatstheorien (vgl. ebd.). Décieuxs Beteiligung am analysierten wissenschaftlichen Diskurs erfolgt also aus einer Position der soziologischen Geschlechterforschung und als „Expertin“ für den Bereich der Care-Arbeit. Bereits am Anfang ihres Textes macht Décieux deutlich, dass auch sie die Krisenhaftigkeit der Situation von Care bzw. sozialer Reproduktion im kapitalistischen System und seiner „Sorglosigkeit“ begründet sieht (vgl. Décieux 2020: 191), weshalb auch hier von einer materialistischen Analyse gesprochen werden kann.

Décieux spricht den Staat in ihrem Text kaum konkret an, doch es lässt sich meiner Meinung nach trotzdem (implizit) ein Staatsverständnis erkennen. Aus der folgenden Aussage kann auf ein solches Staatsverständnis geschlossen werden:

„Auch an der geschlechtlichen Arbeitsteilung hat sich wenig verändert: Sorge wird, wenn auch vermehrt in bezahlter Form, mehrheitlich von Frauen und zunehmend von MigrantInnen geleistet. Die Bedingungen dieser Lohnarbeit sind neben der Überausbeutung außerdem vielfach durch Prekarität geprägt. Ein in Österreich prominentes Beispiel ist in diesem Kontext die sogenannte 24 h-Betreuung, in der MigrantInnen in einer Unterbietung des Arbeitsmarktstandards seit 2007 legalisiert als Live-ins in Privathaushalten leben und arbeiten.“ (ebd.: 206)

Diese Ausführungen von Décieux, dass der österreichische Staat die 24h-Betreuung legalisiert hat, was prekäre Arbeitsverhältnisse mit sich bringe, können so interpretiert werden, dass der Staat diese prekären Arbeitsverhältnisse in Kauf nimmt, um die Kosten für Care- bzw. Reproduktionsarbeit möglichst gering zu halten. Daher kann hier meiner Meinung nach davon gesprochen werden, dass der Staat Care- bzw. Reproduktionsarbeit abwertet, um zu garantieren, dass diese möglichst günstig ist. Auf die Rolle des Staates in diesem Modell von Care-Arbeit in Österreich wird in weiteren Texten genauer eingegangen, die ich im weiteren Verlauf dieser Analyse noch betrachten werde.

3.3.1.6 Gabriele Winker: „Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft“:

Zunächst möchte ich hier auch Winkers Diskursposition beleuchten.

Gabriele Winker war von 2003 bis 2019 Professorin für Arbeitswissenschaft und Gender Studies an der TU Hamburg-Harburg und ist Mitbegründerin des Feministischen Instituts Hamburg (vgl. Website Gabriele Winker b) und des Netzwerks Care Revolution (vgl. transcript). Ihr aktueller Forschungsschwerpunkt „[...] liegt in der Kritik neoliberaler Verhältnisse sowie der Konkretisierung von Transformationsstrategien, die in eine solidarische Gesellschaft führen können.“ (Website Gabriele Winker a). Hier zeigt sich, dass sich Winker ebenfalls aus einer Position der Kritik neoliberaler kapitalistischer Verhältnisse der Organisation von Care- bzw. Reproduktionsarbeit am Diskurs beteiligt. Diese kritische Perspektive wird bei ihr dadurch ergänzt, dass es ihr darüber hinaus ein Anliegen ist, Transformationsstrategien zu entwickeln, mit deren Hilfe es möglich sein kann, diesen Status Quo zum Besseren zu verändern und das kapitalistische System zu überwinden.

In ihrem Buch aus dem Jahr 2015 geht Winker an verschiedenen Stellen auf die Rolle des Staates in der Krise von Care und sozialer Reproduktion ein. Bereits in der Einleitung beschreibt sie, dass sozialstaatliche Unterstützungsleistungen im Gesundheits- und Bildungssystem abgebaut würden (vgl. Winker 2015: 10). Hier geht sie also darauf ein, dass der Staat Maßnahmen ergreift, um die Kosten für (bezahlte) Care- bzw. Reproduktionsarbeit zu reduzieren. Dieses Verständnis der Rolle des Staates zeigt sich auch an anderer Stelle des Buches erneut:

„Diese staatlichen Transfer- und Versicherungsleistungen ebenso wie die Unterstützung durch soziale Institutionen sind seit längerem und verstärkt seit 2003 mit den Hartz-Gesetzen dem sozialpolitischen Leitbild der Aktivierung unterworfen.“ (ebd.: 34)

Auch diese Beschreibung staatlicher Maßnahmen kann meiner Meinung nach auf den Versuch, Reproduktionskosten zu reduzieren, zurückgeführt werden. Von dieser Kostenreduzierung im Bereich der Reproduktion berichtet Winker auch in Bezug auf das Bildungswesen:

„Auch im Bereich der höheren schulischen und universitären Bildung wird mit der zwölfjährigen Schulzeit sowie einem verschulten dreijährigen Bachelorstudium versucht, junge Arbeitskräfte frühzeitiger verwertbar zu machen und gleichzeitig die Staatsausgaben zu senken.“ (ebd.: 107)

Eine weitere Aufgabe, die der Staat Winker zufolge erfüllt, ist die Förderung der Erwerbsbeteiligung von Frauen*. Dies zeigt sich beispielsweise darin, dass Winker beschreibt, dass das Ziel von Familienpolitik sei, die Geburtenrate, aber gleichzeitig auch die Erwerbsbeteiligung von Frauen* zu steigern (vgl. ebd.: 36). Dieses Staatsverständnis zeigt sich auch in der folgenden Ausführung Winkers:

„Zusammenfassend lässt sich festhalten: Die derzeitige Politik zielt darauf ab, dass alle erwachsenen Personen umfassend erwerbstätig sind und gleichzeitig die Familien möglichst viel gesellschaftlich notwendige Reproduktionsarbeit übernehmen. Auf diese Weise reduziert sie die staatlichen Ausgaben. [...] Familien werden nur dort unterstützt, wo ansonsten das Wachstum der Ökonomie beeinträchtigt wird. [...] Familienpolitik ist damit im Kern Wirtschaftspolitik.“ (ebd.: 44)

Neben der staatlichen Förderung der Erwerbsbeteiligung von Frauen* kann aus diesem Zitat auch geschlossen werden, dass Winker davon ausgeht, dass sich der Staat aus der Verantwortung für soziale Reproduktion zurückzieht und diese Verantwortung somit individualisiert wird.

3.3.1.7 Gabriele Winker: „Solidarische Care-Ökonomie. Revolutionäre Realpolitik für Care und Klima“:

Auch in diesem Buch aus dem Jahr 2021 zeigt sich an verschiedenen Stellen, wie Winker den Staat versteht und welche Rolle er ihrer Meinung nach im (neoliberalen) kapitalistischen Reproduktionsregime einnimmt.

Ein Staatsverständnis, auf dass in diesem Buch das erste Mal bereits in der Einleitung angesprochen wird, ist, dass (unter anderem) der Staat dazu beiträgt, dass Care- bzw. Reproduktionsarbeit abgewertet wird:

„Doch obwohl knapp zwei Drittel aller Arbeitsstunden in Deutschland entlohnte und unentlohnte Care-Arbeit sind, werden Umfang und Bedeutung dieser Care-Bereiche massiv unterschätzt und in Wirtschaft und Politik ignoriert und abgewertet.“ (Winker 2021: 10)

Winker geht dann weiter darauf ein, dass diese Missachtung und Abwertung der Reproduktionsarbeit (auch) von staatlicher Seite ebenfalls mit einer Ausbeutung der Umwelt einhergeht und dass beide Phänomene zu krisenhaften Zuständen in kapitalistischen Gesellschaften führen:

„Die bestehende Gesellschaftsordnung hat also nicht das Potenzial, der Zerstörung der Ökosysteme effektiv entgegenzutreten. Unternehmen und politisch Verantwortliche werden weiterhin Sorgebedürfnisse missachten und soziale Beziehungen gefährden. So werden sich die übermäßige Belastung Sorgearbeitender und die Zerstörung der ökologischen Lebensgrundlagen fortsetzen, solange wir uns in einer kapitalistischen Gesellschaft befinden.“ (ebd.: 12)

Ein weiteres Verständnis des Staates, auf das sich bereits aus Winkers Ausführungen in der Einleitung des Buches schließen lässt, ist, dass der Staat Maßnahmen ergreift, um die Kosten für (bezahlte) Reproduktionsarbeit zu reduzieren. Dieses Staatsverständnis lässt sich daran erkennen, dass sie erläutert, dass die übermäßige Belastung im Care-Bereich systembedingt sei, da die Unterstützung für Care-Arbeit (in Familien und auch bezahlt) zu gering gehalten würde, um niedrige Kosten für diese Arbeit zu garantieren (vgl. ebd.: 10). Im weiteren Verlauf des

Buches geht sie noch mehrmals darauf ein, welche Maßnahmen der Staat ergreift, um die Kosten für Reproduktionsarbeit möglichst weit zu reduzieren. Eines dieser Beispiele ist die Altenpflege und dabei besonders, wie die Pflegeversicherung in Deutschland darauf ausgerichtet ist, in diesem Bereich der Care-Arbeit die Kosten möglichst weit zu reduzieren. Die Pflegeversicherung setzte darauf, dass Angehörige Aufgaben in der Pflege übernehmen, um so die Kosten zu reduzieren, da die durch die Pflege entstehenden Kosten durch die Pflegeversicherung nicht gedeckt würden und es sich bei den Zahlungen dieser lediglich um Zuschüsse handle (vgl. ebd.: 31f.). Gutverdienende Familien hätten dabei die Möglichkeit diese Pflegeaufgaben an bezahlte Care-Arbeiter*innen, beispielsweise im Rahmen der 24-h-Betreuung, weiterzugeben, da sie selbst über die finanziellen Mittel dafür verfügen und nicht auf die staatliche finanzielle Unterstützung über die Pflegeversicherung angewiesen seien (vgl. ebd.: 33). Die Auswirkungen dieser staatlichen Maßnahmen zur Reduktion von Kosten im Pflegebereich fasst Winker folgendermaßen zusammen:

„In der Altenpflege wird also besonders deutlich, wie auf Kosten der Schwächsten, die als Arbeitskräfte nicht mehr gebraucht werden, gespart wird. Statt Vollfinanzierung wird auf das große unbezahlte Engagement der Angehörigen oder Freund*innen gesetzt, insbesondere von Frauen [...]. Zugleich leiden durch die viel zu geringe Personalbemessung auch die Altenpflegekräfte. Gleichzeitig wird die Altenpflege zu einem attraktiven Feld für die Kapitalverwertung; der Anteil privater Unternehmen in diesem Bereich nimmt beständig zu.“ (ebd.: 36)

Im weiteren Verlauf geht Winker auch darauf ein, wie durch staatliche Maßnahmen zur Reduktion der Kosten von Reproduktionsarbeit bestimmte kapitalistische Idealvorstellungen gefördert werden sollen:

„[...] Die neoliberale Sozialpolitik unterstützt primär gut qualifizierte Menschen, damit sie dem Arbeitsmarkt erhalten bleiben und einen Beitrag zum ökonomischen Wachstum leisten. Dabei sollen die Sozialleistungen möglichst gering gehalten werden. Dem liegt das Ziel zugrunde, dass alle erwerbsfähigen Personen möglichst umfassend erwerbstätig sind und sich gleichzeitig sowohl um die nächste Generation als auch darum kümmern, dass die nicht mehr erwerbsfähige Generation versorgt wird.“ (ebd.: 43f.)

Hier geht sie auch darauf ein, dass es neben der Reduktion der Kosten für Reproduktion auch eine Aufgabe des Staates ist, so viele Menschen wie möglich in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Diese staatliche Förderung der Erwerbsbeteiligung, vor allem von Frauen*, ist also ein weiteres Verständnis des Staates, dass in diesem Buch gefunden werden kann. Darauf werde ich auch noch genauer eingehen, doch nun möchte ich zunächst noch einmal auf die Rolle des Staates bei der Reduktion von Reproduktionskosten zurückkommen.

Die Reduktion von Reproduktionskosten durch den Staat soll Winker zufolge Unternehmen zugute kommen. Der Staat versuche durch Einsparungen bei sozialer Infrastruktur Kosten zu

reduzieren und dadurch die Profite von Unternehmen zu stützen und daher sei es grundsätzlich ein gemeinsames Interesse von Staat und Unternehmen, die Kosten der sozialen Reproduktion möglichst niedrig zu halten (vgl. ebd.: 79). Winker beschreibt dann auch noch weitere (staatliche) Maßnahmen, die ergriffen werden könnten, um Reproduktionskosten nicht zu hoch werden zu lassen, wozu eine Erhöhung des Renteneintrittsalters oder eine weitere Verschlechterung von Arbeitsbedingungen im Care-Bereich gehören würden (vgl. ebd.: 80).

Wie bereits beschrieben, versteht Winker den Staat auch in einer Rolle als „Förderer“ der Erwerbsbeteiligung von Frauen*. Darauf kommt sie nicht erst an der Stelle des Buches zu sprechen, auf die ich bereits eingegangen bin, sondern schon an früherer Stelle, an der sie erläutert, wie staatliche Familienpolitik darauf abzielt, eine möglichst hohe Erwerbsbeteiligung zu erreichen. Eine dieser staatlichen Maßnahmen seien beispielsweise Unterhaltsregelungen, die das Ziel hätten, Frauen* zu einer Erhöhung ihrer Erwerbszeiten zu „zwingen“ (vgl. ebd.: 26). Auch die staatliche Unterstützung für familiär Sorgearbeitende zielt vor allem darauf ab, deren Erwerbsbeteiligung zu sichern, und bevorteile daher finanziell Bessergestellte (vgl. ebd.: 27). Der Ausbau institutionalisierter Kinderbetreuung verfolge ebenfalls primär das Ziel die Berufstätigkeit von Eltern zu sichern (vgl. ebd.: 27). Dieses Verständnis des Staates, der die Erwerbsbeteiligung von Frauen* fördern möchte, fasst Winker folgendermaßen zusammen: „[...] [D]as Ziel der Familienpolitik ist eine Erhöhung des Erwerbsarbeitsvolumens, ohne dass dabei allzu hohe Kosten entstehen. Familienpolitik bleibt also im Kern Wirtschaftspolitik.“ (ebd.: 31).

Eine weitere Thematisierung des Staates findet sich in diesem Buch auch in der Form, dass Winker erläutert, wie die Verantwortung für (familiäre) Reproduktionsarbeit individualisiert und der Staat somit als nicht dafür verantwortlich konstruiert wird. Beispielsweise beschreibt Winker, dass im Neoliberalismus die Verantwortung für familiäre Sorgearbeit individualisiert werde, weshalb gesellschaftlich Akteure (Politik und Wirtschaft) als nicht verantwortlich gelten würden, um Probleme (hohe Belastung etc.) in diesem Bereich zu lösen (vgl. ebd.: 25). Ein Bereich, in dem sich diese Individualisierung der Verantwortung für Reproduktionsarbeit Winker zufolge auch zeige, ist die Versorgung in Krankenhäusern. Durch das Finanzierungssystem mittels Fallpauschalen würden Patient*innen früher entlassen, wodurch früher entlohnte Pflegeaufgaben ins Private zurückverlagert würden (vgl. ebd.: 37f.).

Eine weitere Rolle, die Winker dem Staat zuschreibt, ist die Förderung von Care-Migration. Ein Mangel an Zeit und Ressourcen bei Care-Beschäftigten und in Familien führe zu einem Mangel an (qualifizierten) Arbeitskräften (vgl. ebd.: 79). In Deutschland würden daher Unternehmen und Bundesregierung versuchen, qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland

anzuwerben, was allerdings Lücken in deren Herkunftsländern verursache, weshalb von einer Krisenbewältigung auf Kosten anderer Länder gesprochen werden könne (vgl. ebd.: 79). Daher kommt Winker zu folgendem Schluss: „Damit lässt sich die Krise sozialer Reproduktion zwar begrenzen, allerdings nicht lösen.“ (ebd.: 79).

3.3.1.8 Friederike Beier: „Kinder, Küche, COVID – Materialistisch-feministische staats-theoretische Perspektiven auf die Regierung von Care-Arbeit in der Pandemie“:

Wie der Titel ihres Textes verrät, ist Beiers Diskursposition hier eine explizit materialistisch-feministisch staats-theoretische Position. Dies zeigt sich auch an Beiers beruflichem Hintergrund, denn als wissenschaftliche Mitarbeiterin des Otto-Suhr-Instituts für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin beschäftigt sie sich „[...] mit feministischer Staatstheorie, Zeittheorien und Zeitpolitik und dem Zusammendenken von queertheoretischen, dekolonialen und materialistischen feministischen Theorien.“ (FU Berlin).

Die Situation von Reproduktionsarbeit und den Einfluss des Staates auf diese Situation während der Pandemie beschreibt Beier wie folgt:

„Sorge- und Betreuungsleistungen während der Corona-Krise sicherzustellen und damit die Reproduktion der Reproduktionsverhältnisse aufrechtzuerhalten, ist der MFST-Perspektive [Materialistisch-feministische Staatstheorie] zufolge Staatsaufgabe. Anstatt für die Umstrukturierung und die Einführung von Gesundheitsmaßnahmen in staatlichen Betreuungseinrichtungen zu sorgen, [...] wurde der Mehrbedarf an private Care-Arrangements ausgelagert.“ (Beier 2022: 90)

Hier zeigt sich, dass Beier zufolge die staatlichen Maßnahmen während der Pandemie nicht oder nur wenig darauf abzielten, öffentliche (bezahlte) Care-Arbeit weiterhin zu ermöglichen, sondern sie verlagerten diese Arbeit ins Private. Daher kann meiner Meinung nach in diesem Fall davon gesprochen werden, dass Beier davon ausgeht, dass die Verantwortung für Reproduktionsarbeit weg vom Staat ins Private verlagert und somit individualisiert wird.

3.3.1.9 Emma Dowling: „Caring in Times of a Global Pandemic: Introduction“:

Emma Dowling lehrt und forscht aktuell am Institut für Soziologie der Universität Wien und beschreibt die Ausrichtung ihrer Arbeit selbst folgendermaßen:

„Combining feminist political economy, political sociology and the sociology of work, I research the dynamics of crisis and change in welfare and social care systems and have a long-standing interest in how emotions are put to work in contemporary capitalism. My major concern at present is to forge synergies between care and climate justice.“ (Website Emma Dowling)

Es kann also davon ausgegangen werden, dass Dowling sich aus einer soziologischen und feministischen Position am wissenschaftlichen Diskurs zur Krise der sozialen Reproduktion beteiligt, aber keine dezidiert staatstheoretische Perspektive auf diese Krise hat.

Dennoch kann auch in Dowlings Text ein Staatsverständnis erkannt werden. Sie schreibt

„The pandemic has highlighted the regulatory and governmental role of the state in providing a sound health and social care infrastructure as well as buffering the effects on individuals of economic crisis. [...] The ways in which states also pushed pandemic containment in particular directions (supporting some parts of the population and not others, reinscribing the family and the nation as the forms of commonality and solidarity) are exclusionary and reinforce existing inadequacies and inequalities.” (Dowling 2021: 23)

Dowling thematisiert hier also, dass in der Pandemie ihrer Meinung nach die Familie durch staatliche Maßnahmen wieder zu einer wichtigen Kategorie wurde. Dies kann meiner Meinung nach so verstanden werden, dass auch die Verantwortung für soziale Reproduktion in der Pandemie an die Familie verwiesen und somit durch staatliche Maßnahmen individualisiert wird, was den Staat als nicht verantwortlich konstruiert.

3.3.1.10 Christa Wichterich: „Feministische Internationale Politische Ökonomie und Sorgeextraktivismus“:

Christa Wichterich ist Soziologin, freiberufliche Wissenschaftlerin und Publizistin (vgl. Blätter). Der Schwerpunkt ihrer Arbeit ist dabei die Geschlechter- und Entwicklungssoziologie (vgl. Forum Umwelt und Entwicklung). Sie argumentiert in dem hier analysierten wissenschaftlichen Diskurs also aus einer geschlechtersoziologischen Position heraus.

Aufgrund des Themas ihres Textes sieht Wichterich die Rolle des Staates vor allem in der Organisation und Förderung von Care-Migration. Sie schreibt beispielsweise

„Es ist im bio- und sozialpolitischen und ökonomischen Interesse von Staaten, die zunächst informell organisierten Migrationswege und die transnationalen Reproduktionsnetzwerke zu regulieren und zu steuern. [...] Colin Crouchs Diktum vom »privatisierten Keynesianismus« (2009), das er mit Bezug auf die westlichen Sozialabbaustaaten formulierte, trifft hier auf subalterne migrantische Sorgekräfte zu: Sie konstituieren ein informelles privates Wohlfahrtsregime im globalen Norden, managen die soziale Reproduktion und Armut im globalen Süden durch Migration und Rücküberweisungen eigeninitiativ und entlasten damit die Herkunftsstaaten.“ (Wichterich 2016: 61)

Diese Ausführung von Wichterich kann meiner Meinung nach so verstanden werden, dass private migrantisierte Reproduktionsarbeit den westlichen Sozialstaat „ersetzt“ und es daher im Interesse von Staaten ist diese Care-Migration formell zu organisieren. Dadurch, dass hier also die Verantwortung für soziale Reproduktion ins Private verlagert wird, kann auch noch auf ein

weiteres Verständnis des Staates geschlossen werden, der die Verantwortung für Reproduktionsarbeit individualisiert und somit als selbst nicht dafür verantwortlich konstruiert wird. Im weiteren Verlauf ihres Textes geht Wichterich noch an anderen Stellen darauf ein, wie Care-Migration von staatlicher Seite gefördert wird. Dabei geht sie zum einen darauf ein, wie die Herkunftsländer die „Rekrutierung“ der Care-Migrant*innen regulieren, was sie am Beispiel der Philippinen zeigt (vgl. ebd.: 62). Zum anderen erläutert sie, wie die Staaten des globalen Nordens, in die die Care-Arbeiter*innen migrieren, diese Migration legalisieren und regulieren. Dabei beschreibt sie, dass es in einigen Ländern (hier Spanien und Italien) zu einer Legalisierung der Care-Migrant*innen komme, selbst wenn diese ursprünglich „illegal“ eingereist seien (vgl. ebd.: 62), womit die Staaten auf die Notwendigkeit von mehr Care-Arbeiter*innen reagieren. Diese Legalisierung der Care-Migrant*innen gehe allerdings nur so weit, wie dabei die Migrant*innen trotzdem leicht regulierbar bleiben (temporärer Aufenthalt etc.):

„Temporäre Arbeitsaufenthalte auf Basis von zirkulärer Migration sind die von der EU bevorzugten Migrations- und Beschäftigungsformen und zeigen den instrumentalistischen Bezug auf die Sorgearbeitskräfte, die funktional einsetzbar und leicht regulierbar sein sollen. Schlechte Arbeitsbedingungen und geringe Entlohnung bleiben davon größtenteils unberührt.“ (ebd.: 62)

Darüber hinaus geht Wichterich noch auf eine weitere Form ein, wie der Staat in die Reproduktionsverhältnisse eingreift, denn dieser reguliere durch seine Gesetzgebung auch die biologische Reproduktion (Leihmutterschaft, Samen- und Eizellenspende etc.) in der Gesellschaft (vgl. ebd.: 63ff.).

3.3.1.11 Brigitte Aulenbacher, Almut Bachinger, Fabienne Décieux: „Gelebte Sorglosigkeit? Kapitalismus, Sozialstaatlichkeit und soziale Reproduktion am Beispiel des österreichischen „migrant-in-a-family-care“-Modells“:

Auf den Hintergrund und damit auf die Diskursposition von Fabienne Décieux bin ich bereits an früherer Stelle eingegangen. Daher möchte ich hier nun kurz die Diskurspositionen von Brigitte Aulenbacher und Almut Bachinger darstellen.

Aulenbacher ist

„Professorin für Soziologie mit dem Schwerpunkt Soziologische Theorie und Sozialanalyse (unter besonderer Berücksichtigung der Gender-Dimension) und Leiterin der Abteilung für Gesellschaftstheorie und Sozialanalysen [...] am Institut für Soziologie der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät an der Johannes Kepler-Universität in Linz.“ (JKU)

Ihre Arbeitsbereiche und Forschungsfelder sind Gesellschaftstheorie und Kapitalismusanalyse, Arbeits- und Industriesoziologie, Sociology of Care, Sozialstaatsforschung sowie

Geschlechter- und Intersektionalitätsforschung (vgl. ebd.). Daraus kann geschlossen werden, dass Aulenbacher von einer soziologischen und kapitalismusanalytischen Position der Geschlechterforschung aus argumentiert.

„Almut Bachinger absolvierte ein Doktoratsstudium der Politikwissenschaften an der Universität Wien und arbeitet seit 2006 als wissenschaftliche Mitarbeiterin in nationalen und internationalen Projekten.“ (FSW) Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Intersektionalität und Ungleichheit sowie Partizipation und Inklusion (vgl. ebd.). Daher kann davon ausgegangen werden, dass sie eine politikwissenschaftliche Position mit einem Fokus auf intersektionale Aspekte einnimmt.

Da die drei Autorinnen sich in diesem Text mit dem in Österreich üblichsten Modell der Care-Migration beschäftigen, gehen sie auch darauf ein, wie diese Care Migration durch den Staat reguliert und legalisiert wird und wie dieser damit versucht die Folgen der Krise der sozialen Reproduktion abzufedern:

„Seit den 1990er Jahren deckten Privathaushalte die klaffende Sorgelücke im Bereich der Altenpflege im familialistisch orientierten österreichischen Sozialstaat – zunächst informell – mittels eines transnationalen Sorgearrangements: der 24-Stunden-Betreuung. Dieses Modell wurde 2007 formalisiert und legalisiert.“ (Aulenbacher/Bachinger/Décieux 2015: 8)

Sie gehen außerdem auch darauf ein, dass der Staat versucht, die Kosten für Reproduktionsarbeit zu reduzieren, denn sie schreiben „[...] Der österreichische Sozialstaat kann Sorgebelange qua Kommodifizierung und Familialisierung kostendämpfend bearbeiten.“ (ebd.: 9).

3.3.1.12 Maria Sagmeister, Flavia Matei: „Die „Pflegekrise“ als Krise der Arbeit sichtbar machen“:

„Flavia Matei ist Architektin, Universitätsassistentin an der Kunstuniversität Linz und Mitgründerin des Vereins IG24 – Interessengemeinschaft der 24-Stundenbetreuer:innen. Sie unterstützt ehrenamtlich seit vielen Jahren die Selbstorganisation der rumänischen 24-Stunden-Betreuer:innen [...].“ (Matei/Sagmeister 2021: 403) Daraus kann geschlossen werden, dass ihre Position in diesem Diskurs keine sozial- oder politikwissenschaftliche, sondern vor allem eine aktivistische ist.

„Maria Sagmeister ist Rechtswissenschaftlerin in der Forschungsplattform *GAIN – Gender: Ambivalent In_Visibilities* an der Universität Wien [...].“ (ebd.: 403) Diese Plattform beschreibt sich selbst folgendermaßen: „GAIN ist ein Netzwerk von Wissenschaftler:innen [sic!], die fachspezifische Kompetenzen und Methoden sowie inter- und transdisziplinäre Erfahrungen mitbringen. So bietet GAIN den idealen Raum für die Auseinandersetzung mit aktuellen

Herausforderungen der Gender Studies.“ (Universität Wien) Die Plattform ist am Institut für Rechtsphilosophie der Universität Wien angesiedelt, doch es sind neben der Rechtswissenschaftlichen Fakultät auch die Philologisch-Kulturwissenschaftliche Fakultät, die Fakultät der Sozialwissenschaften, die Fakultät für Philosophie und Bildungswissenschaften, die Historisch-Kulturwissenschaftliche Fakultät und die Katholisch-Theologische Fakultät daran beteiligt (vgl. ebd.). Hieraus kann geschlossen werden, dass Sagmeister eine rechtswissenschaftliche Position vertritt, aber durch ihre interdisziplinäre Arbeit auch andere wissenschaftliche Positionen einbeziehen kann.

Sagmeister und Matei gehen am Beispiel der Situation der 24-Stunden-Betreuer*innen in Österreich während der Covid-19-Pandemie darauf ein, wie Reproduktionsarbeit und die Arbeiter*innen, die diese leisten, durch den Staat abgewertet werden. So hätte der österreichische Staat beispielsweise die migrantischen Care-Arbeiter*innen bei der Abwicklung von Bonuszahlungen und der Rückerstattung von Testkosten nicht als Ansprechpartner*innen wahrgenommen, weshalb die Care-Arbeiter*innen in diesen Fällen durch den Staat in eine Abhängigkeit von den betreuten Personen oder auch den Vermittlungsagenturen gebracht worden seien (vgl. Matei/Sagmeister 2021: 396). Dass die 24-Stunden-Betreuer*innen nicht von staatlichen Unterstützungsmaßnahmen in der Pandemie profitieren konnten, liege darin begründet, dass sie durch den Staat in eine Situation der formalen Selbstständigkeit gebracht worden seien:

„Am Bsp des Härtefallfonds zeigt sich, dass grundlegende Probleme der Betreuer:innen mit ihrer formalen Selbstständigkeit zusammenhängen. Rechtliche Maßnahmen, die für traditionelle selbstständig Erwerbstätige gedacht sind, lassen sich kaum auf die Situation der 24-Stunden-Betreuer:innen übertragen. Entsprechend ist die Anerkennung der Arbeitnehmer:inneneigenschaft eine der zentralen Forderungen der IG24.“ (ebd.: 397)

Staatliche Regulierungen der 24-Stunden-Betreuung schreibe den Care-Arbeiter*innen in diesem Bereich eine Rolle als Selbstständige zu, die diese de facto nicht hätten:

„Nunmehr ist die 24-Stunden-Betreuung zwar rechtlich gedeckt, die Betreuer*innen stehen aber insb [sic!] durch die Abhängigkeit von Vermittlungsagenturen vor neuen Problemen. [...] Die Charakteristika der Selbstständigkeit, die den Ausschluss von bestimmten arbeits- und sozialrechtlichen Ansprüchen rechtfertigen, treffen auf sie nicht zu. Sie verfügen nicht selbst über ihre eigene Zeit und den Einsatz ihrer Arbeitskraft und haben keine (eigenen) Betriebsmittel.“ (ebd.: 399)

Sagmeister und Matei gehen auch auf Kritik an der Legalisierung der 24-Stunden-Betreuung ein, die auf die Kommodifizierung von Reproduktionsarbeit abzielt, die der Staat dadurch ermöglicht, denn die Legalisierung dieser Form der Betreuung sei ein Anreiz, Reproduktionsarbeit in Privathaushalte einzubinden und den Staat so zu entlasten (vgl. ebd.:

398). Gleichzeitig sei es auch ein Anreiz, neue Märkte zu schaffen, wie beispielsweise die Vermittlung von Care-Arbeiter*innen durch Agenturen, von denen es im Bereich der 24-Stunden-Betreuung inzwischen (Stand 2021) 964 in Österreich gebe (vgl. ebd.: 398). Hieraus kann geschlossen werden, dass die Autorinnen den Staat als einen der Verantwortlichen für die Kommodifizierung von Reproduktionsarbeit sehen.

Im letzten Kapitel ihres Textes gehen Sagmeister und Matei auf die Selbstorganisation und die Forderungen der 24-Stunden-Betreuer*innen in der IG24 ein. Zu den Forderungen dieser gehöre die Anerkennung der 24-Stunden-Betreuer*innen als Arbeitnehmer*innen und die Einführung eines Mindestlohns (vgl. ebd.: 403). Diese Ziele sollen den Autorinnen zufolge durch gesetzliche Regelungen erreicht werden (vgl. ebd.: 403), also durch Maßnahmen des Staates. Hier zeigt sich meiner Meinung nach ein Paradox im Staatsverständnis des Textes, denn einerseits werden staatliche Regulierungen als Grund für Scheinselbstständigkeit, prekäre Arbeitsverhältnisse und für die Kommodifizierung und Privatisierung von Reproduktionsarbeit angeführt. Andererseits wird auch auf staatliche Regulierungen gehofft, um genau diesen Missständen entgegen zu wirken.

3.3.1.13 Arlie Hochschild: „Love and Gold“:

Arlie Hochschild ist Professorin Emerita für Soziologie der UC Berkeley (vgl. Berkeley Sociology). Ihre Arbeitsschwerpunkte sind folgende: „Family, market culture, global patterns of care work, social psychology with a recent focus on the relationship between culture, politics and emotion.“ (ebd.) Ihre Position in diesem Diskurs ist also eine soziologische mit einem Fokus auf die globalen Zusammenhänge in der Organisation sozialer Reproduktion.

Hochschild begründet in diesem Text die Abwertung von Reproduktionsarbeit folgendermaßen:

„The low value placed on caring work results neither from an absence of a need for it nor from the simplicity or ease of doing it. Rather, the declining value of childcare results from a cultural politics of inequality.“ (Hochschild 2004: 43)

Ohne dass sie es explizit macht, kann man hier ein Staatsverständnis Hochschilds erkennen, denn es kann davon ausgegangen werden, dass staatliche Policies einen Anteil an diesen kulturellen Politiken der Ungleichheit haben, die zur Abwertung von Reproduktionsarbeit in der Gesellschaft führen.

3.3.1.14 Sara R. Farris: „Social reproduction and racialized surplus populations“:

„Sara R. Farris is a sociologist with expertise in migration, gender and the political economy of care and social reproduction. Her research is particularly concerned to address: the role that migrant and racialised workers play within economies of care and social reproduction; the financialisation and corporatisation of care and the racialisation of sexism. She is well known internationally for her research on “femonationalism”, or the mobilisation of feminist themes by nationalist parties within anti-immigration campaigns.“ (Goldsmiths)

Farris Position im Diskurs ist also eine soziologische mit einem Fokus auf den Einfluss von Migrationsregimen und rassistischen Machtverhältnissen auf die Organisation sozialer Reproduktion.

Entsprechend dem Thema ihres hier analysierten Textes, welchen ich im Verlauf der vorliegenden Arbeit bereits vorgestellt habe, geht Farris in Bezug auf den Staat vor allem darauf ein, wie dieser Care-Migration fördert. Sie beschreibt, wie beispielsweise in Italien, vormals illegale Migrant*innen einen legalen Status erhalten hätten, unter der Bedingung, dass sie im Bereich der Reproduktion arbeiten (vgl. Farris 2019: 117). Eine solche Legalisierung von Care-Migration sei dabei unabhängig von der politischen Ausrichtung von Regierungsparteien (vgl. ebd.: 117). Die Folgen dieses staatlichen Vorgehens beschreibt sie folgendermaßen:

„[...] one should note that integration policies across Europe are increasingly requiring migrant women to accept jobs in the social-reproductive sector in order to be granted the right to remain in the country.“ (ebd.: 117)

Farris geht also davon aus, dass der Staat migrantische Frauen* in der Reproduktionssektor „drängt“, indem er ihren Aufenthaltsstatus davon abhängig macht.

3.3.2 Diskursstränge:

Anhand der im vorherigen Abschnitt vorgestellten Diskursfragmente in den einzelnen analysierten Texten, können acht Diskursstränge im hier untersuchten wissenschaftlichen Diskurs zur Krise der sozialen Reproduktion identifiziert werden. Diese ergeben sich aus den Aussagen zum Staat und seiner Rolle in der Krise der sozialen Reproduktion, die als Diskursfragmente (siehe 3.3.1) in den untersuchten Diskursbeiträgen gefunden werden können. Die meisten dieser Diskursstränge ziehen sich durch mehrere Texte, die für die vorliegende Arbeit analysiert wurden. Es gibt zwei Diskursstränge, die in jeweils sieben Texten gefunden werden können. Damit sind diese beiden die Diskursstränge, die in den meisten analysierten Beiträgen zum Diskurs identifiziert werden können. Den ersten dieser Diskursstränge fasse ich als „Individualisierung der Verantwortung für (familiäre) Reproduktionsarbeit“ zusammen. In den Beiträgen zum Diskurs, in denen sich dieser finden lässt, wird dazu meist weiter erläutert, dass durch diese Individualisierung der Verantwortung der Staat von dieser Verantwortung

„freigesprochen“ bzw. als nicht verantwortlich konstruiert wird. Fragmente, die diesem Diskursstrang zugeordnet werden können, finden sich beispielsweise in beiden Texten von Gabriele Winker, die in der vorliegenden Arbeit analysiert wurden. In ihrem Text aus dem Jahr 2015 geht sie dabei direkt darauf ein, dass durch aktuelle Politik staatliche Ausgaben reduziert würden und es nur staatliche Unterstützung gebe, um Wirtschaftswachstum zu garantieren (vgl. Winker 2015: 44). Auch in ihrem Text von 2021 verweist sie darauf, dass familiäre Care-Arbeit im Neoliberalismus individualisiert wird (vgl. Winker 2021: 25) und dass Care-Aufgaben, die früher entlohnt und öffentlich geleistet wurden, heute ins Private zurück verlagert würden (vgl. ebd.: 37f.). Fragmente, die diesem Diskursstrang zugeordnet werden können, lassen sich auch im analysierten Text von Nancy Fraser finden (vgl. Fraser 2017: 32, siehe 3.3.1.1). Weitere Texte, die in der vorliegenden Arbeit analysiert wurden, in denen sich Diskursfragmente finden lassen, die diesem Diskursstrang der Individualisierung von Verantwortung für Reproduktionsarbeit zugeordnet werden können, sind die Texte von Christa Wichterich (vgl. Wichterich 2016: 61, siehe 3.3.1.10), Friederike Beier (vgl. Beier 2022: 90, siehe 3.3.1.8), Emma Dowling (vgl. Dowling 2021: 23, siehe 3.3.1.9) und der ältere Text von Julia Dück (vgl. Dück 2016: 165f., siehe 3.3.1.3).

Den zweiten Diskursstrang, der in sieben analysierten Texten in Bezug auf das enthaltene Staatsverständnis gefunden werden konnte, fasse ich unter „Staatliche Maßnahmen zur Reduktion von Kosten für (entlohnte) Reproduktionsarbeit“. Fragmente dieses Diskursstrangs finden sich ebenfalls in beiden Texten von Gabriele Winker, die in der vorliegenden Arbeit analysiert wurden (vgl. Winker 2015: 10; 34; 107, siehe 3.3.1.6 und vgl. Winker 2021: 10; 31ff.; 37; 40; 43f.; 79f., siehe 3.3.1.7). Auch bei Julia Dück können in beiden Texten Diskursfragmente zum Staatsverständnis gefunden werden, die diesem Diskursstrang zugeschrieben werden können (vgl. Dück 2016: 166, siehe 3.3.1.3 und vgl. Dück 2018: 133, siehe 3.3.1.4). Weitere Texte, die ein Verständnis des Staates in der Krise der sozialen Reproduktion enthalten, das als Teil dieses Diskursstrangs gefasst werden kann, sind die analysierten Texte von Susanne A. Dreas (vgl. Dreas 2019: 227, siehe 3.3.1.2) und von Brigitte Aulenbacher, Almut Bachinger und Fabienne Décieux (vgl. Aulenbacher/Bachinger/Décieux 2015: 9, siehe 3.3.1.11). Ein Text, in dem ein Staatsverständnis identifiziert werden kann, das Teil dieses Diskursstrangs ist, ist der analysierte Text von Flavia Matei und Maria Sagmeister (siehe 3.3.1.12). Allerdings machen die beiden Autorinnen dieses Verständnis hier weniger explizit.

Ein weiterer Diskursstrang, den ich aus den Aussagen mehrerer Texte identifiziert habe, ist eine „Förderung von Care-Migration durch den Staat“. Ein Staatsverständnis, dass unter diesem Strang gefasst werden kann, findet sich vor allem in den analysierten Texten, die sich explizit mit dem Thema der Care-Migration und des Sorgeextraktivismus beschäftigen. Daher können entsprechende Erläuterungen zum Staat bei Aulenbacher, Bachinger und Décieux (vgl. Aulenbacher/Bachinger/Décieux 2015: 8, siehe 3.3.1.11), bei Wichterich (vgl. Wichterich 2016: 61f., siehe 3.3.1.10) und bei Farris (vgl. Farris 2019: 117, siehe 3.3.1.14) gefunden werden. Aber auch Fraser (vgl. Fraser 2017: 34, siehe 3.3.1.1) und Winker in ihrem aktuelleren Buch (vgl. Winker 2021: 79, siehe 3.3.1.7) treffen Aussagen zum Staat, die diesem Diskursstrang zugeordnet werden können.

Ich habe darüber hinaus auch einen Diskursstrang im analysierten Diskurs identifiziert, den ich unter „Abwertung von Reproduktionsarbeit durch den Staat“ fasse. Aussagen, die meiner Meinung nach diesem Strang zugeordnet werden können, finden sich an mehreren Stellen des Buchs von Winker aus dem Jahr 2021 (vgl. Winker 2021: 10; 12; 40, siehe 3.3.1.7) und auch an mehreren Stellen im Text von Sagmeister und Matei (vgl. Matei/Sagmeister 2021: 396; 397; 399, siehe 3.3.1.12). Auch in den untersuchten Texten von Décieux (vgl. Décieux 2020: 206, siehe 3.3.1.5) und von Hochschild (vgl. Hochschild 2004: 43, siehe 3.3.1.13) kann jeweils ein Diskursfragment identifiziert werden, dass diesem Diskursstrang zugeordnet werden kann.

Ein nächster Diskursstrang, zu dem ich in drei verschiedenen analysierten Texten Fragmente identifiziert habe, kann unter dem Titel „Staatliche Förderung der Erwerbsbeteiligung von Frauen*“ gefasst werden. Diese Texte sind beide Bücher von Winker, die analysiert wurden (vgl. Winker 2015: 36; 44, siehe 3.3.1.6 und vgl. Winker 2021: 25ff.; 43f., siehe 3.3.1.7) und auch der analysierte Text von Fraser (vgl. Fraser 2017: 32, siehe 3.3.1.1).

Einen weiteren Diskursstrang, zu dem nur Diskursfragmente in zwei der analysierten Texte identifiziert werden können, fasse ich unter dem Titel „Kommodifizierung von Reproduktionsarbeit durch staatliche Maßnahmen“. Bei diesen beiden Texten handelt es sich um den untersuchten Diskursbeitrag von Sagmeister und Matei (vgl. Matei/Sagmeister 2021: 398, siehe 3.3.1.12) und einen der untersuchten Diskursbeiträge von Dück (vgl. Dück 2016: 165f., siehe 3.3.1.3).

Darüber hinaus habe ich noch zwei Stränge im untersuchten wissenschaftlichen Diskurs identifiziert, zu denen jeweils nur Fragmente in einem der untersuchten Texte gefunden werden können. Den ersten dieser Diskursstränge, zu dem ich Aussagen im untersuchten Text von Wichterich gefunden habe (vgl. Wichterich 2016: 63, siehe 3.3.1.10), fasse ich unter „Staatliche Regulierung biologischer Reproduktion“. Fragmente des anderen dieser Diskursstränge, den ich unter „Herstellung von „Zweigeschlechtlichkeit“ (auch) durch staatliche Regulierung“ finden sich im älteren der untersuchten Texte von Dück (vgl. Dück 2016: 163, siehe 3.3.1.3).

3.3.3 Ergebnisse:

Hier möchte ich nun noch einmal die Ergebnisse der durchgeführten Diskursanalyse zusammenfassen.

Insgesamt konnte ich im wissenschaftlichen Diskurs zur Krise der sozialen Reproduktion acht relevante Diskursstränge identifizieren. Die meisten dieser Diskursstränge ziehen sich dabei durch mehrere der untersuchten Diskursbeiträge. Dabei konnten Fragmente der Diskursstränge „Staatliche Maßnahmen zur Reduktion von Kosten für (entlohnte) Reproduktionsarbeit“ und „Individualisierung der Verantwortung für (familiäre) Reproduktionsarbeit“ mit jeweils sieben in den meisten analysierten Texten identifiziert werden. Es konnten allerdings auch zwei Diskursstränge im untersuchten wissenschaftlichen Diskurs zur Krise der sozialen Reproduktion identifiziert werden, zu denen sich jeweils nur in einem der untersuchten Texte Aussagen finden lassen. Dabei handelt es sich einerseits um den Diskursstrang „Herstellung von „Zweigeschlechtlichkeit“ (auch) durch staatliche Regulierung“ zu dem nur ein Diskursfragment bei Dück 2016 gefunden werden kann. Andererseits handelt es sich um den Diskursstrang „Staatliche Regulierung biologischer Reproduktion“ zu dem nur ein Diskursfragment bei Wichterich 2016 gefunden werden kann.

In diesen beiden Texten finden sich wie in vielen der untersuchten Texte mehrere Diskursfragmente, die daher in diesen Texten verschränkt sind. Diese Diskursfragmente können dabei auch verschiedenen Diskurssträngen zugeordnet werden, weshalb es in diesen Texten auch zu einer Verschränkung dieser Diskursstränge kommt. Der analysierte Text, in dem sich die meisten verschiedenen Diskursfragmente finden lassen, die verschiedenen Diskurssträngen zugeordnet werden können, ist Winkers Buch „Solidarische Care-Ökonomie. Revolutionäre Realpolitik für Care und Klima“ aus dem Jahr 2021. Dort verschränken sich Fragmente der fünf Diskursstränge „Staatliche Maßnahmen zur Reduktion von Kosten für (entlohnte) Reproduktionsarbeit“, „Individualisierung der Verantwortung für (familiäre) Reproduktionsarbeit“, „Förderung von Care-Migration durch den Staat“, „Abwertung von

Reproduktionsarbeit durch den Staat“ und „Staatliche Förderung der Erwerbsbeteiligung von Frauen*“. Mehrere der analysierten Texte enthalten allerdings auch Fragmente, die nur einem der Stränge des untersuchten Diskurses zugeordnet werden können. Dabei handelt es sich um die Texte Décieux 2020, Hochschild 2004, Farris 2019, Dück 2018, Dreas 2019 und Dowling 2021. Bei Décieux 2020 finden sich nur Aussagen, die dem Diskursstrang „Abwertung von Reproduktionsarbeit durch den Staat“ zugeordnet werden können und bei Hochschild finden sich ebenfalls nur Fragmente dieses Diskursstrangs. Bei Dück 2018 und bei Dreas finden sich jeweils nur Aussagen, die dem Diskursstrang „Staatliche Maßnahmen zur Reduktion von Kosten für (entlohnte) Reproduktionsarbeit“ zugeordnet werden können. Bei Farris finden sich entsprechend des Themas des analysierten Textes lediglich Fragmente des Diskursstrangs „Förderung von Care-Migration durch den Staat“ und bei Dowling finden sich nur Diskursfragmente, die dem Diskursstrang „Individualisierung der Verantwortung für (familiäre) Reproduktionsarbeit“ zugeordnet werden können.

Es lässt sich kein großer Einfluss der Diskurspositionen der jeweiligen Autorinnen auf das Staatsverständnis in den analysierten Texten erkennen. Dies könnte vor allem darin begründet liegen, dass die meisten der Autorinnen* als (feministische) Wissenschaftlerinnen* eine sehr ähnliche Position im untersuchten Diskurs einnehmen und die eventuellen unterschiedlichen Spezialisierungen dieser keinen großen Einfluss auf ihr Staatsverständnis haben. Es ist jedoch auffällig, dass alle analysierten Texte von weiblichen* Autorinnen verfasst wurden. Dies war keine bewusste Entscheidung bei der Auswahl des Analysematerials, doch es konnten bei meiner Recherche für die vorliegende Arbeit keine relevanten Diskursbeiträge männlicher* Autoren gefunden werden. Ein Text, bei dem ein Einfluss der Diskursposition auf das Staatsverständnis angenommen werden kann, ist der Text „Die „Pflegekrise“ als Krise der Arbeit sichtbar machen“ von Maria Sagmeister und Flavia Matei. Zumindest Matei beteiligt sich am analysierten Diskurs vor allem aus einer aktivistischen Position und nicht unbedingt aus einer Position als Wissenschaftlerin, was einen Unterschied gegenüber den Autorinnen der anderen analysierten Texte darstellt. Dieser Text ist der einzige der untersuchten Diskursbeiträge, in dem die Rolle des Staates im Bereich der sozialen Reproduktion und der Krise dieser nicht nur analysiert und kritisiert wird, sondern staatliche Maßnahmen auch als eine Möglichkeit der Überwindung der krisenhaften Zustände verstanden werden, wobei staatliche Regulierungen aber auch hier als Gründe für die krisenhaften Zustände im untersuchten Bereich der Altenpflege genannt werden (vgl. Matei/Sagmeister 2021: 403). Dieses paradoxe und widersprüchliche Staatsverständnis könnte in dieser aktivistischen Position Mateis begründet sein, da es aus einer aktivistischen Perspektive notwendiger ist über

Analyse und Kritik hinaus auch Lösungsvorschläge zu machen als aus einer wissenschaftlichen Diskursposition heraus.

Ich konnte darüber hinaus im analysierten wissenschaftlichen Diskurs zur Krise der sozialen Reproduktion keine relevanten diskursiven Ereignisse erkennen, die diesen Diskurs entscheidend geprägt oder gar verändert haben. Die Annahme, dass es sich bei der Covid-19-Pandemie um ein solches diskursives Ereignis handelt, konnte durch die Analyse des Diskurses nicht bestätigt werden, denn die analysierten Texte, die nach Beginn der Pandemie erschienen sind, enthalten keine spezifischen Diskursfragmente, die ein Staatsverständnis thematisieren, das sich nicht auch in anderen analysierten Texten finden lässt, und bilden daher keinen neuen Diskursstrang, den es vor der Pandemie im untersuchten Diskurs nicht gegeben hat. Dies könnte darin begründet liegen, dass in den untersuchten Texten erläutert wird, dass die Pandemie die bereits bestehende Krise lediglich verschärft (vgl. Beier 2022: 87) und krisenhafte Zustände der sozialen Reproduktion, die es schon vorher gegeben habe, sichtbar gemacht habe (vgl. Dowling 2021: 13).

3.4 Analyse der staatstheoretischen Positionen im untersuchten Diskurs

Wie im vorherigen Kapitel dargestellt können im wissenschaftlichen Diskurs zur Krise der sozialen Reproduktion acht Stränge des Staatsverständnisses identifiziert werden. Daher soll hier nun erläutert werden, inwiefern und wie diese Staatsverständnisse mit der feministisch-materialistischen Staatstheorie und ihrem Verständnis der Rolle des Staates im Bereich der sozialen Reproduktion, die ich in Kapitel 2.2 eingeführt habe, erklärt werden können.

Das erste dieser Staatsverständnisse, das ich im analysierten Diskurs identifiziert habe ist, dass der Staat Maßnahmen ergreift um die Kosten für (entlohnte) Reproduktionsarbeit zu reduzieren bzw. möglichst gering zu halten. So beschreibt beispielsweise Gabriele Winker, dass die Unterstützung für Reproduktionsarbeit (in Familien und entlohnt) gering gehalten werde, um niedrige Kosten zu garantieren (vgl. Winker 2021: 10). Darüber hinaus werde Reproduktionsarbeit, die ehemals öffentlich organisiert war, durch staatliche Maßnahmen ins Private zurück verlagert (vgl. ebd.: 31ff.; 37), weshalb Winker zu folgendem Schluss kommt:

„Zusammenfassend lässt sich festhalten: Die neoliberale Sozialpolitik unterstützt primär gut qualifizierte Menschen, damit sie dem Arbeitsmarkt erhalten bleiben und einen Beitrag zum ökonomischen Wachstum leisten. Dabei sollen die Sozialleistungen möglichst gering gehalten werden.“ (ebd.: 43f.)

In eine ähnliche Richtung argumentieren auch viele der anderen Autorinnen der analysierten Diskursbeiträge, wie zum Beispiel Susanna A. Dreass, die erläutert, dass der Staat Budgets für Betreuungs- und Pflegeleistungen kürze (vgl. Dreass 2019: 227). Wie Winker beschreibt, wird

diese Kostenreduzierung unter anderem durch eine Verlagerung von Reproduktionsaufgaben ins Private ermöglicht. Betrachtet man nun das Verständnis der feministisch-materialistischen Staatstheorie, ist diese Verlagerung überhaupt nur möglich, weil der Staat selbst eine Teilung zwischen einer „privaten“ Sphäre der Reproduktion und einer „öffentlichen“ Sphäre der Produktion vornimmt (vgl. Ludwig/Sauer 2010: 180, siehe Kapitel 2.2). Insofern kann dieses Staatsverständnis im wissenschaftlichen Diskurs zur Krise der sozialen Reproduktion mit dem Staatsverständnis der feministisch-materialistischen Staatstheorie erklärt werden.

Das zweite Staatsverständnis, das im analysierten wissenschaftlichen Diskurs identifiziert werden konnte, ist, dass die Verantwortung für (familiäre) Reproduktionsarbeit individualisiert wird, weshalb der Staat als nicht dafür zuständig konstruiert wird. So beschreibt beispielsweise Christa Wichterich, dass im globalen Norden ein privates Wohlfahrtsregime aufgebaut werde (vgl. Wichterich 2016: 61). Nancy Fraser beschreibt, wie die Folgen dieser Privatisierung von Reproduktionsarbeit Menschen je nach ihrem (ökonomischen) Hintergrund unterschiedlich stark betreffen und unterschiedliche Effekte für sie haben:

„Globalizing and neoliberal, this new regime is now promoting state and corporate disinvestment from social welfare while recruiting women into the workforce. Thus, it is externalizing care work onto families and communities while diminishing their capacity to perform it. The result is a new, *dualized* organization of social reproduction, commodified for those who can pay for it and privatized for those who cannot, as some in the second category provide care work for (low) wages for those in the first.” (Fraser 2017: 32)

Dieses Staatsverständnis kann zum Teil ebenfalls durch die staatliche Unterscheidung zwischen „privat“ und „öffentlich“, von der die feministisch-materialistische Staatstheorie wie bereits beschrieben ausgeht, erklärt werden. Dass Menschen je nach ihrem (ökonomischen) Hintergrund unterschiedlich von dieser Privatisierung der Reproduktionsarbeit betroffen sind, kann darüber hinaus damit erklärt werden, dass die feministisch-materialistische Staatstheorie den Staat als ein Terrain versteht, auf dem (Klassen-)Kämpfe ausgetragen werden (vgl. Löffler 2011: 104), weshalb sich dort Ungleichheitsverhältnisse verknüpfen und verdichten (vgl. Ludwig/Sauer 2010: 183f.).

Im untersuchten Diskurs wird darüber hinaus beschrieben, dass der Staat Care-Migration fördert. Daher widmen sich mehrere der analysierten Diskursbeiträge auch der Care-Migration als Hauptthema. Einer dieser Beiträge ist beispielsweise der analysierte Text von Christa Wichterich, in dem sie unter anderem beschreibt, wie Care-Migration durch den Staat legalisiert wird (vgl. Wichterich 2016: 62). Auch Sara Farris beschäftigt sich in ihrem im Rahmen dieser Arbeit analysierten Diskursbeitrag vor allem mit Care-Migration und der Situation von Care-Migrant*innen. Dabei beschreibt auch sie, wie Care-Migration durch den Staat legalisiert wird

und geht darüber hinaus darauf ein, wie migrantisierte Frauen* durch staatliche Vorgaben in den Bereich der Reproduktionsarbeit gedrängt werden: „[...] integration policies across Europe are increasingly requiring migrant women to accept jobs in the social-reproductive sector in order to be granted the right to remain in the country.“ (Farris 2019: 117). Die feministisch-materialistische Staatstheorie geht nicht explizit auf den Bereich der Care-Migration ein, doch sie geht davon aus, dass es sich bei Staat um eine Institutionalisierung von Herrschaftsverhältnissen handelt und die vergeschlechtlichte und rassialisierte gesellschaftliche Arbeitsteilung ist ein Teil dieser Herrschaftsverhältnisse (vgl. Sauer 2022: 466). Daher kann davon ausgegangen werden, dass staatlich organisierte Care-Migration und der „Zwang“ von Migrant*innen in die Reproduktionsarbeit durch den Staat nach dem Verständnis der feministisch-materialistischen Staatstheorie ein Teil dieser Institutionalisierung von Herrschaftsverhältnissen ist.

Ein weiteres Staatsverständnis, dass im analysierten wissenschaftlichen Diskurs zur Krise der sozialen Reproduktion erkannt werden kann, ist die Abwertung von Reproduktionsarbeit durch den Staat. Dieses Staatsverständnis zeigt sich beispielsweise im untersuchten Text von Fabienne Décieux, in dem sie beschreibt, dass (entlohnte) Reproduktionsarbeit unter Bedingungen der Überausbeutung und Prekarität geleistet werde, wofür sie das österreichische Modell der 24-Stunden-Betreuung und seine Legalisierung durch den österreichischen Staat im Jahr 2007 als Beispiel nennt (vgl. Décieux 2020: 206). Auch im analysierten Text von Arlie Hochschild zeigt sich dieses Staatsverständnis, indem sie schreibt „The low value placed on caring work results neither from an absence of a need for it nor from the simplicity or ease of doing it. Rather, the declining value of childcare results from a cultural politics of inequality.“ (Hochschild 2004: 43). Darüber hinaus beschreibt auch Gabriele Winker diese Abwertung von Reproduktionsarbeit (auch) durch den Staat: „Doch obwohl knapp zwei Drittel aller Arbeitsstunden in Deutschland entlohnte und unentlohnte Care-Arbeit sind, werden Umfang und Bedeutung dieser Care-Bereiche massiv unterschätzt und in Wirtschaft und Politik ignoriert und abgewertet.“ (Winker 2021: 10). Dieses Staatsverständnis kann meiner Meinung nach nicht durch die Erläuterungen der feministisch-materialistischen Staatstheorie zur Rolle des Staates in der sozialen Reproduktion, die in Kapitel 2.2 der vorliegenden Arbeit eingeführt wurden, erklärt werden.

Im analysierten wissenschaftlichen Diskurs zeigt sich ebenfalls ein Verständnis, nach dem der Staat versucht die Erwerbsbeteiligung von Frauen* zu fördern. Dieses Staatsverständnis kann beispielsweise in den analysierten Ausführungen von Nancy Fraser identifiziert werden, denn sie beschreibt, dass im aktuellen Regime des Neoliberalismus und der Globalisierung der

Rückzug von Wirtschaft und Staat aus dem Bereich der sozialen Absicherung gefördert werde, während Frauen* für die Arbeiter*innenschaft rekrutiert werden (vgl. Fraser 2017: 32). Auch Gabriele Winker geht auf die staatliche Förderung der Erwerbsbeteiligung von Frauen ein. Sie beschreibt, dass eine Steigerung der Geburtenrate bei gleichzeitiger Steigerung der Erwerbsbeteiligung von Frauen* das Ziel staatlicher Familienpolitik sei (vgl. Winker 2015: 36). Diese Politik und ihre Folgen fasst sie dabei folgendermaßen zusammen:

„[...] Die derzeitige Politik zielt darauf ab, dass alle erwachsenen Personen umfassend erwerbstätig sind und gleichzeitig die Familien möglichst viel gesellschaftlich notwendige Reproduktionsarbeit übernehmen. [...] Faktisch sind es vor allem Frauen, die diese doppelte Arbeitsbelastung tragen [...] Dies geschieht durch Maßnahmen, die auf die Erhöhung der Frauenerwerbsquote bei gleichzeitiger Erhöhung der der Geburtenrate abzielen. Familienpolitik ist damit im Kern Wirtschaftspolitik.“
(ebd.: 44)

Dieses Staatsverständnis lässt sich mit einem Staatsverständnis von Nicos Poulantzas erklären, das in Kapitel 2.2 eingeführt wurde. Danach greift der Staat vor allem in die Produktionsverhältnisse ein, um die Produktivität zu steigern, doch da Reproduktion seiner Meinung nach in Grenzen stattfindet, die durch die Produktionsverhältnisse gesetzt werden, kontrolliert der Staat die Reproduktionsverhältnisse quasi indirekt über seinen Eingriff in die Produktionsverhältnisse (vgl. Poulantzas 1978: 162f.). Die staatliche Förderung der Erwerbsbeteiligung von Frauen* kann meiner Meinung nach als ein solcher Eingriff in die Produktionsverhältnisse zur Förderung von Produktivität verstanden werden. Auch durch diese Förderung der „produktiven“ Arbeit von Frauen* kommt es zu Folgen im Bereich der „reproduktiven“ Arbeit, denn wie Winker beschreibt, kommt es zu einer Doppelbelastung von Frauen* (vgl. Winker 2015: 44), da sie produktive und reproduktive Arbeit leisten müssen. Daher kann davon ausgegangen werden, dass die staatliche Förderung der Erwerbsbeteiligung von Frauen* zu einer Verschärfung der krisenhaften Zustände sozialer Reproduktion beiträgt. Ein weiteres Staatsverständnis, das bei der im Rahmen der vorliegenden Arbeit durchgeführten Analyse des wissenschaftlichen Diskurses zur Krise der sozialen Reproduktion identifiziert werden konnte, ist die Kommodifizierung von Reproduktionsarbeit (auch) durch staatliche Maßnahmen. Dieses Verständnis der Rolle des Staates im Bereich sozialer Reproduktion und der Krise dieser, konnte in zwei der untersuchten Diskursbeiträge gefunden werden, bei Matei/Sagmeister 2021 und bei Dück 2016. Erstere beschreiben diese Kommodifizierung und die Probleme, die damit einhergehen am Beispiel der Legalisierung der 24-Stunden-Betreuung in Österreich:

„Kritisiert wurden die Maßnahmen zur Legalisierung der 24-Stunden-Pflege allerdings von Beginn an, etwa als Anreiz, Sorgearbeit in den Privathaushalt einzubinden, um den staatlichen Sektor zu entlasten und zugleich neue Märkte zu schaffen, wie die Vermittlung von Pflegekräften durch Agenturen. Inzwischen gibt es in Österreich über 964 solcher Agenturen.“ (Matei/Sagmeister 2021: 398)

Julia Dück geht dagegen allgemeiner darauf ein, wie Reproduktionsarbeit (zumindest für wohlhabendere Menschen) zu einer konsumierbaren Ware wird:

„[...] Während die Anforderungen steigen, bleibt die Zuständigkeit für Pflege, Sorge, Erziehung oder Betreuung ungeklärt; lässt der prekäre Alltag kaum Spielräume für reproduktive Tätigkeiten (vgl. König/Jäger 2011). Ein Versuch, die entstandenen Lücken zu bearbeiten, besteht darin, Reproduktionsarbeit an Dritte zu delegieren. Finanziell besser gestellte Erwerbstätige delegieren Care Work an – häufig illegalisierte migrantische – Hausarbeiterinnen, die nicht sozialversichert sind und nur gering entlohnt werden (vgl. Winker 2011: 337).“ (Dück 2016: 165)

Dieses Staatsverständnis kann meiner Meinung nach nicht durch das in Kapitel 2.2 ausgeführte feministisch-materialistische Verständnis der Rolle des Staates in der sozialen Reproduktion erklärt werden. Dort geht es vor allem darum, wie der Staat zu einer Trennung zwischen dem Privaten und der Öffentlichkeit beiträgt (vgl. Ludwig/Sauer 2010: 180) und mit den damit einhergehenden vergeschlechtlichten Zuschreibungen von Eigenschaften (vgl. Ludwig 2015: 20ff.) vergeschlechtlichte „Zuständigkeiten“ für die Produktions- (öffentlich) und die Reproduktionssphäre (privat) konstruiert (vgl. Ludwig/Sauer: 179f.). Daraus kann geschlossen werden, dass die feministisch-materialistische Staatstheorie davon ausgeht, dass der Staat dazu beiträgt, dass die Arbeit in der Gesellschaft in feminisierte unentlohnte Reproduktionsarbeit und maskulinisierte entlohnte Produktionsarbeit eingeteilt wird. Dies könnte ein Grund dafür sein, dass sich in der feministisch-materialistischen Staatstheorie keine Erklärung für die Kommodifizierung von Reproduktionsarbeit findet, da diese Kommodifizierung dazu führt, dass Reproduktionsarbeit zwar nach wie vor feminisiert ist, aber zunehmend entlohnt geleistet wird, wenn auch unter prekären Verhältnissen.

In einem der analysierten Diskursbeiträge findet sich darüber hinaus ein Staatsverständnis, dass davon ausgeht, dass „Zweigeschlechtlichkeit“ (auch) durch staatliche Regulierung hergestellt wird. Dabei handelt es sich um einen der untersuchten Texte von Julia Dück. Sie schreibt darin:

„Dafür muss vor allem die Herausbildung und Transformation der Geschlechterdifferenz als Dimension ökonomischer, aber auch politisch-staatlicher und diskursiver Arrangements sowie von alltäglichen Praxen zu denken ermöglicht werden. ‚Geschlecht‘ und ‚Zweigeschlechtlichkeit‘ sind somit als etwas gewordenes zu verstehen.“ (Dück 2016: 163)

Dies kann mit der feministisch-materialistischen Staatstheorie erklärt werden, die davon ausgeht, dass sich Staat und Geschlechterverhältnisse in einem Wechselverhältnis zueinander befinden, da Staatlichkeit aus Geschlechterverhältnissen entstehe und umgekehrt (vgl.

Ludwig/Sauer 2010: 185) und der Staat somit gleichzeitig Ausdruck und Organisator dieser Geschlechterverhältnisse sei (vgl. Sauer 2003: 19).

Die letzte Form, wie der Staat im analysierten Diskurs verstanden wird, ist als Regulator biologischer Reproduktion, worauf Christa Wichterich in ihrem im Rahmen der vorliegenden Arbeit analysierten Diskursbeitrag eingeht. Sie beschreibt den staatlichen Eingriff in die biologische Reproduktion dabei folgendermaßen: „Auf dem Hintergrund eines Dilemmas zwischen neoliberalen Interessen und ethischen Bedenken formulieren Staaten unterschiedliche Gesetze, die Reproduktionstechnologien und Leihmutterschaft legalisieren, regulieren oder aber verbieten.“ (Wichterich 2016: 63). Dieses Staatsverständnis lässt sich meiner Meinung nach ebenfalls nicht mit der in Kapitel 2.2 eingeführten feministisch-materialistischen Staatstheorie erklären, da sich in den Ausführungen zu dieser Theorie in Kapitel 2.2 der vorliegenden Arbeit keine relevanten Aussagen zur Rolle des Staates im Bereich der biologischen Reproduktion enthalten.

4. Auswertung und Fazit

Abschließend möchte ich nun die Ergebnisse der durchgeführten Analyse auswerten und ein Fazit ziehen. Dazu werde ich die in der Einleitung eingeführten Hypothesen überprüfen und die der Arbeit zugrundeliegende Forschungsfrage „Wie wird der Staat im wissenschaftlichen Diskurs zur Krise der sozialen Reproduktion thematisiert? Inwiefern kann dieses Staatsverständnis mit der feministisch-materialistischen Staatstheorie erklärt werden?“. Dabei soll auch erläutert werden, welche Leerstellen oder blinden Flecken die durchgeführte Analyse des wissenschaftlichen Diskurses zur Krise der sozialen Reproduktion in der feministisch-materialistischen Staatstheorie aufzeigt.

4.1 Auswertung

Nun möchte ich die Hypothesen, die ich in der Einleitung der vorliegenden Arbeit eingeführt habe anhand der Ergebnisse meiner Analyse überprüfen.

Die erste dieser Hypothesen lautet „Der Staat nimmt im Verständnis der feministisch-materialistischen Staatstheorie eine zentrale Rolle in der gesellschaftlichen Organisation sozialer Reproduktion ein. Da der Begriff „soziale Reproduktion“ einen materialistischen Ursprung hat und der Begriff „Care“ diesen explizit materialistischen Ursprung nicht hat, kann davon ausgegangen werden, dass das Staatsverständnis von Diskursbeiträgen, die den Begriff der sozialen Reproduktion verwenden eher dem der feministisch-materialistischen Staatstheorie entspricht als bei Beiträgen, die den Care-Begriff verwenden.“ Diese Hypothese

konnte im Rahmen der in der vorliegenden Arbeit durchgeführten Analyse des wissenschaftlichen Diskurses zur Krise der sozialen Reproduktion nicht bestätigt werden. In den analysierten Diskursbeiträgen wurde die Bedeutung von Care- bzw. Reproduktionsarbeit für die kapitalistische Produktionsweise wahrgenommen und thematisiert, unabhängig davon, welcher der beiden Begriffe verwendet wird. Dadurch wird die ebenfalls in der Einleitung eingeführte Gegenhypothese bestätigt, da sich auch in der durchgeführten Analyse gezeigt hat, dass beide Begriffe im untersuchten wissenschaftlichen Diskurs mitunter synonym verwendet werden und der Care-Begriff sich breit etabliert hat. So schreibt beispielsweise Julia Dück in einem ihrer Beiträge zum analysierten Diskurs aus einer schon im Titel deutlich gemachten explizit materialistisch-feministischen Perspektive und verwendet dabei dennoch den Care-Begriff (vgl. Dück 2016). Christa Wichterich erläutert in ihrem untersuchten Beitrag sogar, dass ihrer Meinung nach der Care-Begriff für eine geschlechtertheoretische und ökonomische Analyse besser geeignet sei als der Reproduktionsbegriff:

„Der Begriff Sorge, *Care*, hat aus einer geschlechtertheoretischen und ökonomischen Perspektive den Vorteil, über die Engführung des Reproduktionsbegriffs auf die unmittelbare Reproduktion der Arbeitskraft hinauszugehen und auf die Handlungslogik der Versorgung zu fokussieren. Sorgeökonomie bezeichnet die (re)produktiven Tätigkeiten und Prozesse, die die lebendigen Grundlagen der Gesellschaft, die sozialen und die ökologischen, erzeugen, erhalten und stärken [...].“ (Wichterich 2016: 54)

Nancy Fraser verwendet dagegen in ihrem analysierten Diskursbeitrag vor allem den Begriff der sozialen Reproduktion und geht darauf ein, wie die Krise mit den Gegebenheiten kapitalistischer Gesellschaften zusammenhängt, doch sie verbindet dies auch mit dem Care-Begriff, indem sie schreibt „My claim is that what some call “the crisis of care“ is best interpreted as a more or less acute expression of *the social-reproductive contradictions of financialized capitalism*.“ (Fraser 2017: 21f.). Es zeigt sich also, dass es im analysierten Diskurs nicht von der Verwendung des Care-Begriffs oder des Begriffs der (sozialen) Reproduktion abhängt, ob die analysierten Diskursbeiträge kapitalistische Funktionsweisen und den Einfluss der kapitalistischen Gesellschaftsordnung auf den krisenhaften Zustand von Care bzw. sozialer Reproduktion thematisieren und analysieren und somit eine materialistische feministische Perspektive auf die Krise haben.

Die zweite Hypothese, die hier überprüft werden soll, lautet „Der krisenhafte Zustand sozialer Reproduktion erfordert Maßnahmen, um diesem zu begegnen. Daher besteht die Möglichkeit, dass der Staat als Reaktion auf die Krise im Bereich der sozialen Reproduktion anders reagiert als von der feministisch-materialistischen Staatstheorie angenommen. Daher müssten diese theoretischen Leerstellen durch an die aktuelle Situation angepasste theoretische Überlegungen

ergänzt werden, um das Staatsverständnis in allen Teilen des Diskurses theoretisch erfassen zu können.“ Diese Hypothese konnte im Rahmen der durchgeführten Analyse des wissenschaftlichen Diskurses zur Krise der sozialen Reproduktion bestätigt werden. Die meisten der acht identifizierten Diskursstränge des Staatsverständnisses in den untersuchten Diskursbeiträgen können durch das theoretische Verständnis der feministisch-materialistischen Staatstheorie, wie sie in Kapitel 2.2 der vorliegenden Arbeit eingeführt wurde, erklärt werden. Drei Diskursstränge des Staatsverständnisses, die im Rahmen der durchgeführten Analyse identifiziert werden können, jedoch in der feministisch-materialistischen Staatstheorie kaum thematisiert werden, sind die folgenden: „Abwertung von Reproduktionsarbeit (auch) durch den Staat“, „Kommodifizierung von Reproduktionsarbeit (auch) durch staatliche Maßnahmen“ und „Staatliche Regulierung biologischer Reproduktion“. Im Fall der Abwertung von Reproduktionsarbeit könnte dies darin begründet liegen, dass es sich dabei Nancy Fraser zufolge um ein relativ neues Phänomen des neoliberalen finanzialisierten Kapitalismus handelt, der Reproduktionsarbeit als etwas Rückwärtsgewandtes versteht:

„Like each of its predecessor regimes, financialized capitalism institutionalizes the production/reproduction division on a gendered basis. Unlike its predecessors, however, its dominant imaginary is liberal-individualist and gender-egalitarian – women are considered the equals of men in every sphere, deserving of equal opportunities to realize their talents, including – perhaps especially – in the sphere of production. Reproduction, by contrast, appears as a backward residue, an obstacle to advancement that must be sloughed off one way or another en route to liberation.” (Fraser 2017: 33)

Der blinde Fleck der feministisch-materialistischen Staatstheorie im Bereich der Kommodifizierung von Reproduktionsarbeit liegt meiner Meinung nach darin begründet, dass diese ihren Fokus vor allem auf die staatliche Unterscheidung zwischen öffentlicher entlohnter Produktionsarbeit und privater unentlohnter Reproduktionsarbeit legt, weshalb sie keine Erklärung für die Form von entlohnter Reproduktionsarbeit liefert, die aus einer Kommodifizierung dieser Arbeit resultiert (siehe weiter oben in diesem Kapitel). Ein weiterer Grund dafür, dass sich in diesem Bereich eine Leerstelle der feministisch-materialistischen Staatstheorie zeigt, könnte darin begründet liegen, dass beispielsweise Julia Dück in einem ihrer Diskursbeiträge erläutert, dass sich diese vergeschlechtlichte Arbeitsteilung von der die feministisch-materialistische Staatstheorie ausgeht, in den letzten Jahren verändert hat, was zu Problemen, also krisenhaften Zuständen im Bereich der (familiären) Reproduktionsarbeit geführt hat, denen mit dieser Kommodifizierung begegnet werden soll:

„Die verschiedenen Formen prekärer Arbeitsbedingungen schränken die Zeit für die existenziell notwendige Sorgearbeit ein. Gleichzeitig sind zentrale Bedingungen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung in Bewegung geraten. [...] Diese Entwicklungen haben in den Privathaushalten in den letzten Jahrzehnten zu Reproduktionslücken geführt: Während die Anforderungen steigen, bleibt die Zuständigkeit für Pflege, Sorge Erziehung oder Betreuung ungeklärt [...]. Ein Versuch, die entstandenen Lücken zu bearbeiten, besteht darin, Reproduktionsarbeit an Dritte zu delegieren.“
(Dück 2016: 165)

Auch im Bereich der biologischen Reproduktion ist laut Christa Wichterich eine staatliche regulierte Kommodifizierung zu beobachten, bei der es sich um einen Ausdruck neoliberaler Interessen und damit um ein relativ neues Phänomen handelt (vgl. Wichterich 2016: 63ff.). Dass dieses Phänomen noch recht neu ist, könnte auch hier der Grund dafür sein, dass es in der feministisch-materialistischen Staatstheorie bisher kaum thematisiert wurde.

Die dritte und letzte Hypothese, die hier überprüft werden soll, lautet „Durch die Covid-19-Pandemie war der Staat gezwungen, Maßnahmen zu ergreifen, um dieser Krise zu begegnen. Dies hat das Verständnis, wie der Staat in Krisen und damit vor allem durch in der Krise der sozialen Reproduktion agiert beeinflusst.“ Diese Hypothese konnte durch die Analyse in der vorliegenden Arbeit nicht bestätigt werden, da sich im analysierten Diskurs in Beiträgen, die nach Beginn der Pandemie entstanden sind, keine Verständnisse der Rolle des Staates in der Krise der sozialen Reproduktion zeigen, die nicht auch in älteren Beiträgen gefunden werden können. Ein Grund dafür könnte, wie bereits in Kapitel 3.3.3 erläutert, darin liegen, dass die entsprechenden analysierten Diskursbeiträge, die sich explizit mit der Situation von sozialer Reproduktion bzw. Care in der Pandemie beschäftigen, davon ausgehen, dass die Pandemie die bestehende Krise lediglich verschärft (vgl. Beier 2022: 87) bzw. bestehende krisenhafte Zustände lediglich sichtbar gemacht habe (vgl. Dowling 2021: 13).

4.2 Fazit

Alles in Allem lassen sich im analysierten wissenschaftlichen Diskurs zur Krise der sozialen Reproduktion wie im Verlauf der vorliegenden Arbeit bereits erläutert, acht Stränge des Staatsverständnisses in den analysierten Diskursbeiträgen erkennen. Diese sind: 1. „Staatliche Maßnahmen zur Reduktion von Kosten für (entlohnte) Reproduktionsarbeit“, 2. „Individualisierung der Verantwortung für (familiäre) Reproduktionsarbeit, wodurch der Staat als nicht verantwortlich konstruiert wird“, 3. „Förderung von Care-Migration durch den Staat“, 4. „Abwertung von Reproduktionsarbeit durch den Staat“, 5. „Staatliche Förderung der Erwerbsbeteiligung von Frauen“, 6. „Kommodifizierung von Reproduktionsarbeit (auch) durch staatliche Maßnahmen“, 7. „Herstellung von „Zweigeschlechtlichkeit“ (auch) durch

staatliche Regulierung“ und 8. „Staatliche Regulierung biologischer Reproduktion“. Sechs dieser acht Diskursstränge finden sich in einer Form auch im feministisch-materialistischen Verständnis der Rolle des Staates im Bereich der sozialen Reproduktion. Somit bestätigt sich in weiten Teilen die in der Einleitung formulierte Annahme, dass ein feministisch-materialistisches Staatsverständnis zur Analyse, Erklärung und Bearbeitung der Krise der sozialen Reproduktion bzw. Care-Krise eingesetzt werden kann. Die durchgeführte Analyse des wissenschaftlichen Diskurses zur Krise der sozialen Reproduktion bzw. der Care-Krise hat allerdings auch, wie bereits erläutert, einige blinde Flecken der feministisch-materialistischen Staatstheorie, die in Kapitel 2.2 der vorliegenden Arbeit erläutert wurde, aufgezeigt.

Um also die Rolle des (neoliberalen) Staates in der Krise der sozialen Reproduktion, so wie sie in dem hier untersuchten wissenschaftlichen Diskurs verstanden wird, vollständig theoretisch erklären zu können, müsste die feministisch-materialistische Staatstheorie vor allem in den Bereichen der Abwertung von Reproduktionsarbeit durch den Staat und der staatlichen Förderung der Kommodifizierung von Reproduktionsarbeit ergänzt werden. Dies könnte ein Thema für ein zukünftiges wissenschaftliches Projekt sein, das auf der vorliegenden Arbeit aufbaut und versucht die bestehende feministisch-materialistische Staatstheorie in den entsprechenden Bereichen zu ergänzen, um so die theoretischen Leerstellen zur Rolle des (neoliberalen) Staates in der Krise der sozialen Reproduktion zu ergänzen und die feministisch-materialistische Staatstheorie an die aktuelle Situation sozialer Reproduktion anzupassen.

In einem zukünftigen Forschungsprojekt könnte darüber hinaus auch untersucht werden, warum es überhaupt relevant ist, bei der Analyse der Krise der sozialen Reproduktion bzw. der Care-Krise den Staat und seine Rolle in dieser Krise in den Blick zu nehmen, indem danach gefragt wird, was Perspektiven auf die Krise, die den Staat gar nicht thematisieren im Gegensatz zu denen, die es tun, entgeht.

Literatur:

Amelina, Anna; Lutz, Helma (2017): Gender, Migration, Transnationalisierung. Eine intersektionelle Einführung. Bielefeld: transcript Verlag.

Aulenbacher, Brigitte; Bachinger, Almut; Décieux, Fabienne (2015): Gelebte Sorglosigkeit? Kapitalismus, Sozialstaatlichkeit und soziale Reproduktion am Beispiel des österreichischen „migrant-in-a-family-care“-Modells. In: Kurswechsel, 2015 (1). S. 6-14.

Bader, Pauline et al. (2011): Die multiple Krise – Krisendynamiken im neoliberalen Kapitalismus. In: Demirović et al. (2011) (Hrsg.): VielfachKrise. Im finanzdominierten Kapitalismus. Hamburg: VSA Verlag, S. 11-28.

Beier, Friederike (2022): Kinder, Küche, COVID – Materialistisch-feministische staatstheoretische Perspektiven auf die Regierung von Care-Arbeit in der Pandemie. In: FEMINA POLITICA, 2022 (1). S. 87-95.

BELTZ: Julia Dück. Online verfügbar unter https://www.beltz.de/autor_detailansicht/autorensseite/100185-julia-dueck.html, zuletzt geprüft am 15.07.2024.

Berkeley Sociology: Arlie R. Hochschild. Online verfügbar unter <https://sociology.berkeley.edu/professor-emeritus/arlie-r-hochschild>, zuletzt geprüft am 18.07.2024.

Bhattacharya, Tithi (2017a): Introduction: Mapping Social Reproduction Theory. In: Bhattacharya, Tithi (Hg.): Social Reproduction Theory: Remapping Class, Recentring Oppression. London: Pluto Press, S. 1-20.

Bhattacharya, Tithi (2017b): How Not to Skip Class: Social Reproduction of Labor and the Global Working Class. In: Bhattacharya, Tithi (Hg.): Social Reproduction Theory: Remapping Class, Recentring Oppression. London: Pluto Press, S. 68-93.

Blätter für deutsche und internationale Politik: Autorinnen und Autoren. Christa Wichterich. Online verfügbar unter <https://www.blaetter.de/autoren/christa-wichterich>, zuletzt geprüft am 17.07.2024.

Brand, Ulrich; Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München: oekom Verlag.

Bundesministerium für Gesundheit: Fallpauschalen. Online verfügbar unter <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/service/begriffe-von-a-z/f/fallpauschalen>, zuletzt geprüft am 07.07.2024.

Bundeszentrale für politische Bildung: Krise. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/17759/krise/>, zuletzt geprüft am 05.12.2023.

Décieux, Fabienne (2020): Sorgearbeit und zukünftige zeitgemäße Arbeitskraft im Gegenwartskapitalismus. In: Becker, K. et al. (Hrsg.) (2020): Gespannte Arbeits- und Geschlechterverhältnisse im Marktkapitalismus. Geschlecht und Gesellschaft 72. Wiesbaden: Springer Fachmedien. S. 191-212.

Dowling, Emma (2021): Caring in Times of a Global Pandemic: Introduction. *Historical Social Research*, 46 (4). S. 7-30.

Dreas, Susanne A. (2019): Zum Verhältnis von Gender und Care oder: Warum ist Sorgearbeit weiblich? In: Kolhoff, L. (Hrsg.) (2019): *Aktuelle Diskurse in der Sozialwissenschaft II. Perspektiven Sozialwirtschaft und Sozialmanagement*. Wiesbaden: Springer Fachmedien. S. 223-239.

Dück, Julia (2016): Die Care-Krise aus Sicht eines materialistischen Feminismus. In: Doneit, Madeline; Lösch, Bettina; Rodrian-Pfennig, Margit (Hrsg.) (2016): *Geschlecht ist politisch. Geschlechterreflexive Perspektiven in der politischen Bildung*. Leverkusen-Opladen: Verlag Barbara Budrich. S. 161-174.

Dück, Julia (2018): Feministische Klassenpolitiken in Kämpfen um soziale Reproduktion. Zu den Auseinandersetzungen an der Berliner Charité für mehr Personal im Krankenhaus. In: *Suburban*, 6 (1), S. 129-140.

Dück, Julia; Hajek, Katharina (2018): ‚Intime Verhältnisse‘. Eine gesellschaftstheoretische Erweiterung der Debatte um soziale Reproduktion. In: Scheele, Alexandra; Wöhl, Stefanie (Hrsg.) (2018): *Feminismus und Marxismus*. Weinheim, Basel: Beltz Juventa. S. 218-231.

Engels, Friedrich (1884): *The Origin of the Family, Private Property, and the State*. In: Tucker, Robert C. (Hrsg.) (1978): *The Marx-Engels Reader*. New York, London: W.W. Norton & Company, S. 734-759.

Engels, Friedrich; Marx, Karl: *Marx Engels Werke Band 23. Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*. 24. Auflage. Berlin: Dietz, 2013.

Farris, Sara R. (2019): Social reproduction and racialized surplus populations. In: Osborne, Peter; Alliez, Éric; Russell, Eric-John (Hrsg.) (2019): *Capitalism: Concept, Idea, Image – Aspects of Marx’s Capital Today*. Kingston upon Thames: CRMEP Books. S. 121-134.

Ferguson, Susan (2017): Children, Childhood and Capitalism: A Social Reproduction Perspective. In: Bhattacharya, Tithi (Hg.): *Social Reproduction Theory: Remapping Class, Recentering Oppression*. London: Pluto Press, S. 112-130.

Fonds Soziales Wien (FSW): Über Team Focus. Online verfügbar unter <https://www.fsw.at/p/team-focus-ueber-uns>, zuletzt geprüft am 18.07.2024.

Forum Umwelt und Entwicklung: Christa Wichterich: Die zentralen Themen der Frauenbewegung sind nicht abtrennbar von Ökologie. Online verfügbar unter <https://www.forumue.de/christa-wichterich-die-zentralen-themen-der-frauenbewegung-sind-nicht-abtrennbar-von-oekologie/>, zuletzt geprüft am 17.07.2024.

Fraser, Nancy (2017): Crisis of Care? On the Social-Reproductive Contradictions of Contemporary Capitalism. In: Bhattacharya, Tithi (Hg.): *Social Reproduction Theory: Remapping Class, Recentering Oppression*. London: Pluto Press, S. 21-36.

Friedrich-Ebert-Stiftung: Care-Arbeit. Was ist Care-Arbeit? Online verfügbar unter <https://www.fes.de/wissen/gender-glossar/care-arbeit>, zuletzt geprüft am 10.09.2024.

FU Berlin: Dr. Friederike Beier. Online verfügbar unter <https://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/grundlagen/gender-div/team/Mitarbeiter-innen/friederike-beier/index.html>, zuletzt geprüft am 17.07.2024.

Genetti, Evi (2015): Geschlechterverhältnisse im bürgerlichen Staat. Feministische Denkart materialistischer Staatstheorien. In: Hirsch, Joachim; Kannakulam, John; Wissel, Jens (Hrsg.) (2015): Der Staat der Bürgerlichen Gesellschaft. Zum Staatsverständnis von Karl Marx. Baden-Baden: Nomos. S. 145-164.

Goldsmiths: Sara R. Farris. Online verfügbar unter <https://www.gold.ac.uk/sociology/staff/farris-sara/>, zuletzt geprüft am 18.07.2024.

Hochschild, Arlie (2004): Love and Gold. In: Ricciutelli, Luciana (Hrsg.) (2004): Feminist Politics, Activism and Vision. Local and Global Challenges. Toronto: Inanna Publication and Education. S. 34-46.

Hochschule Neubrandenburg a: Prof. Dr. phil Susanne A. Dreas. Online verfügbar unter <https://www.hs-nb.de/fachbereich-soziale-arbeit-bildung-und-erziehung/ppages/susanne-dreas/>, zuletzt geprüft am 15.07.2024.

Hochschule Neubrandenburg b: Susanne Dreas. Schwerpunkte in der Lehre. Online verfügbar unter <https://www.hs-nb.de/fachbereich-soziale-arbeit-bildung-und-erziehung/ppages/susanne-dreas/lehre/>, zuletzt geprüft am 15.07.2024.

Jäger, Siegfried (2011): Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse. In: Keller, Reiner et al. (Hrsg.) (2011): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden. 3. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag. S. 91-124.

Jäger, Margarete (2019): Wie kritisch ist die Kritische Diskursanalyse? In: Lohmeier, Christine; Wiedemann, Thomas (Hrsg.) (2019): Diskursanalyse für die Kommunikationswissenschaft. Theorie, Vorgehen, Erweiterungen. Wiesbaden: Springer VS, S. 61-82.

Jäger, Margarete (2021): Kritische Diskursanalyse. Skizze eines Analysekonzepts. In: Farrokhzad, Schahrzad et al. (Hrsg.) (2021): Migrations- und Fluchtdiskurse im Zeichen des erstarkenden Rechtspopulismus. Wiesbaden: Springer VS. S. 3-22.

Löffler, Marion (2011): Feministische Staatstheorien. Eine Einführung. Frankfurt, New York: Campus Verlag.

Johannes Kepler-Universität Linz (JKU): Brigitte Aulenbacher. Online verfügbar unter <https://www.jku.at/institut-fuer-soziologie/abteilungen/gesellschaftstheorie-und-sozialanalysen/team/aulenbacher/>, zuletzt geprüft am 18.07.2024.

Ludwig, Gundula (2015): Geschlecht, Macht, Staat. Feministische staatstheoretische Interventionen. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich.

Ludwig, Gundula; Sauer, Birgit (2010): Engendering Poulantzas oder: Sinn und Zweck feministischer Anrufung materialistischer Staatstheorie. In: Adolphs, Stephan; Demirović, Alex; Karakayali, Serhat (Hrsg.) (2010): Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas. Der Staat als gesellschaftliches Verhältnis. Baden-Baden: Nomos. S. 173-188.

Marxist Feminist Collective (2020): On Social Reproduction and the Covid-19 Pandemic. Online verfügbar unter <https://spectrejournal.com/seven-theses-on-social-reproduction-and-the-covid-19-pandemic/>, zuletzt geprüft am 05.12.2023.

Matei, Flavia; Sagmeister, Maria (2021): Die „Pflegekrise“ als Krise der Arbeit sichtbar machen. In: *juridikum*, 2021 (3). S. 395-403.

McNally, David (2017): Intersections and Dialectics: Critical Reconstructions in Social Reproduction Theory. In: Bhattacharya, Tithi (Hg.): *Social Reproduction Theory: Remapping Class, Recentering Oppression*. London: Pluto Press, S. 94-111.

Mohandesi, Salar; Teitelman, Emma (2017): Without Reserves. In: Bhattacharya, Tithi (Hg.): *Social Reproduction Theory: Remapping Class, Recentering Oppression*. London: Pluto Press, S. 37-67.

Nowak, Jörg (2006): Poulantzas, Geschlechterverhältnisse und die feministische Staatstheorie. In: Bretthauer, Lars et al. (Hrsg.): *Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie*. Hamburg: VSA Verlag, S. 137-153.

Poulantzas, Nicos (1978): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie*. Hamburg: VSA Verlag.

Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS): Julia Dück. Online verfügbar unter https://www.rosalux.de/profil/es_detail/2AKFACAW4B/julia-dueck?cHash=209f274d71775f5b748b4d7bcefc8f46, zuletzt geprüft am 15.07.2024.

Sablowski, Thomas (2003): Entwicklungstendenzen und Krisen des Kapitalismus. In: Demirovic, Alex (Hrsg.) (2003): *Modelle kritischer Gesellschaftstheorie. Traditionen und Perspektiven der Kritischen Theorie*. Stuttgart, Weimar: Verlag J.B. Metzler, S. 101-130.

Sauer, Birgit (2001): *Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte*. Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag.

Sauer, Birgit (2003): Das „bewundernswert Männliche“ des Staates. Überlegungen zum Geschlechterverhältnis in der Politik. In: Dies.: *Geschlecht und Politik. Institutionelle Verhältnisse, Verhinderungen und Chancen*. Berlin: wvb, S. 13-26.

Sauer, Birgit (2018a): Der Staat als geschlechtsspezifisches Gewaltverhältnis. Eine (neo-) marxistisch-feministische Perspektive. In: Scheele, Alexandra; Wöhl, Stefanie (Hrsg.) (2018): *Feminismus und Marxismus*. Weinheim, Basel: Beltz Juventa. S. 202-217.

Sauer, Birgit (2018b): Materialistisch-feministische Staatstheorie. Kritische Perspektiven auf Gewalt gegen Frauen. In: Brand, Ulrich; Görg, Christoph (Hrsg.) (2018): *Zur Aktualität der Staatsform. Die materialistische Staatstheorie von Joachim Hirsch*. S. 115-134.

Sauer, Birgit (2022): Staats- und gesellschaftstheoretische Perspektive auf Intersektionalitätspolitik. In: Biele Mefebue, Astrid et al. (Hrsg.) (2022): *Handbuch Intersektionalitätsforschung*. S. 463-476.

The New School for Social Research: Nancy Fraser. Online verfügbar unter <https://www.newschool.edu/nssr/faculty/Nancy-Fraser/>, zuletzt geprüft am 14.07.2024.

transcript: Gabriele Winker. Online verfügbar unter <https://www.transcript-verlag.de/author/winker-gabriele-320001810/>, zuletzt geprüft am 16.07.2024.

Universität Wien: Forschungsplattform GAIN – Gender: Ambivalent In_Visibilities. Online verfügbar unter <https://gain.univie.ac.at/>, zuletzt geprüft am 18.07.2024.

Universität Wien u:cris: Fabienne Décieux. Online verfügbar unter <https://ucrisportal.univie.ac.at/de/persons/fabienne-d%C3%A9cieux>, zuletzt geprüft am 16.07.2024.

Website Emma Dowling: about. Online verfügbar unter <https://emmadowling.net/about-2/>, zuletzt geprüft am 17.07.2024.

Website Gabriele Winker a: Home. Online verfügbar unter <https://www.gabriele-winker.de/index.htm>, zuletzt geprüft am 16.07.2024.

Website Gabriele Winker b: Beruflicher Lebenslauf. Online verfügbar unter <https://www.gabriele-winker.de/vita.htm>, zuletzt geprüft am 16.07.2024.

Wichterich, Christa (2016): Feministische Internationale Ökonomie und Sorgeextraktivismus. In: Brand, Ulrich; Schwenken, Helen; Wullweber, Joscha (Hrsg.) (2016): Globalisierung analysieren, kritisieren und verändern. Das Projekt Kritische Wissenschaft. Hamburg: VSA Verlag. S. 54-71.

Winker, Gabriele (2015): Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft. Bielefeld: transcript Verlag.

Winker, Gabriele (2018): Das Ganze der Arbeit revolutionieren!. In: Scheele, Alexandra; Wöhl, Stefanie (Hrsg.) (2018): Feminismus und Marxismus. Weinheim, Basel: Beltz Juventa. S. 102-114.

Winker, Gabriele (2021): Solidarische Care-Ökonomie. Revolutionäre Realpolitik für Care und Klima. Bielefeld: transcript Verlag.

Abstract

Das Anliegen der vorliegenden Arbeit ist es, die Rolle des (neoliberalen) Staates in der aktuellen Krise der sozialen Reproduktion zu beleuchten. Dabei wird untersucht, inwiefern sich im wissenschaftlichen Diskurs zu dieser aktuellen Krise Verständnisse dieser Rolle identifizieren lassen, die blinde Flecken oder Unter-Thematisierungen der feministischen Staatstheorie aufzeigen. Daher wird in dieser Arbeit eine Analyse des wissenschaftlichen Diskurses zur Krise der sozialen Reproduktion durchgeführt, um die Forschungsfrage „Wie wird der Staat im wissenschaftlichen Diskurs zur Krise der sozialen Reproduktion thematisiert? Inwiefern kann dieses Staatsverständnis mit der feministisch-materialistischen Staatstheorie erklärt werden?“ zu beantworten. Dabei komme ich zu dem Ergebnis, dass die feministisch-materialistische Staatstheorie in weiten Teilen dazu geeignet ist, die Rolle des Staates in dieser Krise zu verstehen. Die Analyse hat jedoch auch einige blinde Flecken dieser Theorie aufgezeigt. Daher zeigt diese Arbeit auf, dass der Staat eine zentrale Rolle in der Krise der sozialen Reproduktion einnimmt, die in weiten Teilen durch die feministisch-materialistische Staatstheorie erklärt werden kann. Dennoch bedarf es in bestimmten Bereichen auch weiterer Theoriebildung, um die Rolle des Staates in der Krise vollständig theoretisch erklären zu können.

The aim of this thesis is to analyse the role of the state in the current crisis of social reproduction. In this process I will analyse if the scientific discourse on the crisis of social reproduction shows understandings of the role of the state in this crisis that show some blind spots of the feminist state-theory. Therefore, there will be an analysis of the scientific discourse of the crisis of social reproduction in this thesis, to answer the research question “How is the state discussed in the scientific discourse on the crisis of social reproduction? How can this understanding of the state be explained by the feminist-materialistic state-theory?”. I conclude that, in large parts, the feminist-materialistic state-theory is able to explain the role of the state in this crisis. However, the analysis also shows some blind spots of the theory. Therefore, this thesis proves that the state has a significant role in the crisis of social reproduction that, in large parts can be explained by feminist-materialistic state-theory. In some areas, however, there is further theory-building necessary to be fully able to explain the role of the state in this current crisis.